

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Konterrevolution und Weltkrieg

Ein Vierteljahrhundert ist seit dem 1. Januar 2000 verstrichen. Für die BRD fällt die Bilanz dieser 25 Jahre sozial und politisch negativ aus, für die Welt ist sie zweigeteilt: Dem Imperialismus sind in den von China und Rußland angeführten Ländern des Südens beachtliche Gegner erwachsen.



Die rote Fahne auf dem Reichstag ist Symbol für die Rettung der Menschheit.

Die deutsche Arbeiterbewegung aber wurde nach der historischen Niederlage durch die Konterrevolution in der DDR und deren Anschluß an die BRD weiter geschwächt. Die herrschende Klasse sitzt fest im Sattel und hat zumindest auf dem wirtschaftlichen Feld des Klassenkampfes ihren Sieg gefestigt. Das läßt sich beziffern: Die Reallöhne der deutschen lohnabhängig Beschäftigten lagen Ende 2024 unter denen des Jahres 2000, der Anteil der Löhne am jährlichen Volkseinkommen ist von etwa 73 Prozent auf 70,1 Prozent gesunken. Die von Energie- und Lebensmittelkonzernen in der Pandemie seit 2020 gezielt angeheizte Inflation hat zu einem stärkeren Einbruch bei den Reallöhnen geführt als die Finanz- und Weltwirtschaftskrise von 2007 bis 2010.

Hinter diesen Zahlen verbergen sich handfeste qualitative Veränderungen zum Schlechten. Am 4. November 2024 teilte das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung mit: „Seit 2010 ist die Ungleichheit der Einkommen in Deutschland deutlich gestiegen, und in den letzten Jahren haben sich Ängste, den eigenen Lebensstandard nicht mehr halten zu können, in der Bevölkerung stark ausgebreitet.“ Mit materiellen Einschränkungen und Zukunftssorgen gehe vor allem bei ärmeren Menschen eine erhebliche Distanz zu wichtigen staatlichen und

politischen Institutionen einher. Deutlicher ausgesprochen besagt das: Die Massenbasis des politischen Systems wird kleiner, und die Bereitschaft vieler, die eigenen Metzger zu wählen, wächst leider. Nach der Beseitigung des realen Sozialismus erhebt der Faschismus erneut sein Haupt.

Das Monopolkapital spielt diese Karte gegenwärtig nicht aus, läßt seine Unzufriedenheit mit der parlamentarischen Demokratie und den sie tragenden Parteien aber spüren. Der Wahlsieg Donald Trumps und der unmittelbar darauf folgende Sturz der Bundesregierung kündigen einen neuen Kurs der herrschenden Klasse an: Die USA, deren Parlament einmütig im Dezember einen neuen Militärhaushalt in Höhe

von 895 Milliarden US-Dollar beschloß, sind ein Kriegsstaat. Die US-Monopolkapitalisten, die wie Tesla-Chef Elon Musk direkt ins Regierungsgeschäft einsteigen, sind auf Welt Herrschaft aus. Das bedeutet für sie, die mit dem kometenhaften Aufstieg Chinas zur technologischen und ökonomischen Supermacht aufgewachsen sind, harte Konfrontation mit der Volksrepublik. Die Weltuntergangsuhr der von Albert Einstein gegründeten Atomphysikervereinigung steht seit September 2024 auf 90 Sekunden vor zwölf.

Die BRD und die EU geraten gleichzeitig gegenüber USA und China ins Hintertreffen. Zudem ist die politische Stabilität der BRD beschädigt. Die aber war in den Augen des Monopolkapitals stets ein Vorzug. Vor allem aber: Berlin und Brüssel haben sich im Krieg gegen Rußland verrechnet und schwanken nun zwischen Scharfmacherei und dem Unwillen, der in Kiew regierenden Clique weitere Milliarden Euro hinterherzuwerfen. Sollte Trump, der nicht jeden Krieg mag, mit Moskau einen Waffenstillstand herbeiführen, werden weitere Unsummen fällig, um die eroberte Beute in der Ukraine überhaupt nutzen zu können. In Berlin hegen einige wieder den alten Traum des deutschen Imperialismus, den einer seiner Ideologen 1916 so notierte: „Wer Kiew hat, kann Rußland zwingen.“ Heute heißt das: Deutsche Soldaten in einer

„Friedenstruppe“ in die Ukraine schicken. Nicht nur Herr Kiesewetter von der CDU interessiert sich für Rohstoffe dort.

80 Jahre nach dem Sieg über den deutschen Faschismus vollzieht die BRD den Übergang zum Kriegsstaat nach dem Vorbild der USA. Dort leben nach fast 25 Jahren „Weltkrieg in Stücken“ (Papst Franziskus) laut Weltbank 1,25 Prozent der Bevölkerung – mehr als vier Millionen Menschen – von weniger als 2,15 Dollar am Tag, in der BRD sind es 0,2 Prozent – noch. Das sind die Ergebnisse „eines existierenden Klassenkampfes, einer unter unsern Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung“. Als Marx und Engels dies im „Manifest der Kommunistischen Partei“ formulierten, meinten sie die internationale Revolution des Proletariats. Heute bedarf es der Kraft aller Vernünftigen, um die konterrevolutionäre Tendenz der vergangenen 25 Jahre zu stoppen. Denn sie ist eine zum Weltkrieg.

Arnold Schölzel

Aus dem Inhalt



Verschiedene Demokratiemodelle und systemische Rivalen	2
Bürgerlicher Parlamentarismus	4
Medien und Manipulation	5
Staatliches Meinungsmonopol	6
Zur Frage des Militarismus	8
Weg in den Weltkrieg	10
NATO-Erstschnitz gegen Rußland	11
„Merksätze über den Atomkrieg“	12
Stoppt die Kriegspolitik der NATO	13
Ukraine-Konflikt	14
Erklärung der DKP zum Angriff auf Syrien	18
Sanktionen gegen Syrien	18
Das Ende Syriens	19
Der Kasaner BRICS-Gipfel schrieb Geschichte	22
Die Welt in Flammen (Kongo)	24
Kriegsrecht in Südkorea	26
Linke in Deutschland	28
„Parteiengefüge und Klassenkräfte“	30
Der historische Platz der DDR	32
Aus dem RF-Archiv: Wer – wen?	34
Aus dem RF-Archiv: Wer – wen?	34
Leserbriefe	37

Verschiedene Demokratiemodelle und systemische Rivalen

Nachdem alle Mahnungen, Beschwörungen und Verheißungen zum Ernst des Zustands „unserer Demokratie“ und zur Kriegsertüchtigung verklungen sind, richtet sich der Blick auf den 23. Februar, den Tag, an dem laut Herbert Wehner die an der Bundestagswahl sich beteiligenden Menschen die Möglichkeit haben, mit ihrer Stimmabgabe Handlungen zu legalisieren, die später gegen sie unternommen werden. Wir lassen es etwas nüchterner angehen und beginnen mit drei Zitaten: 1. In einem Gespräch mit der „Frankfurter Rundschau“ über Parteien, denen es darum gehe, die Demokratie abzuschaffen, sagte Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden: „Die AfD hatten Sie erwähnt. Aber das BSW auf der linken Seite halte ich für ähnlich gefährlich.“ 2. Vizekanzler Robert Habeck: In den 80er-Jahren war Frieden eher möglich durch weniger Waffen – „heute muß

Noch im ausgehenden alten Jahr hatte die amtierende Außenministerin Annalena Baerbock versucht, der politischen Führung in China wieder einmal den demokratischen Marsch zu blasen. Sie hat es sich zwar verkniffen, den Staatspräsidenten Xi Jinping noch einmal einen Diktator zu nennen, aber es hat sowohl in der Vorbereitung ihrer Reise als auch während ihres Aufenthalts in Beijing nicht an Worten gefehlt, die an die anrühige „Hunnenrede“ Kaiser Wilhelms II. erinnerten. Es ist fast schon faszinierend, mit welcher unbedarften Überheblichkeit sowie anmaßenden Selbstüberhöhung und Selbstgerechtigkeit die frühere Trampolinspringerin bei ihren Auslandseinsätzen auftritt. Geradezu grotesk ihre schon unmittelbar vor dem Besuch geäußerte Belehrung: „Statt als permanentes Mitglied im UN-Sicherheitsrat Verantwortung für Frieden und Sicherheit in

Ende ihres Besuchs in homerisches Gelächter ausgebrochen sind ...

Heuchelei als Ersatz für seriöse Diplomatie

Szenenwechsel: Vor 140 Jahren, am 15. November 1884, begann in Berlin die Kongo-Konferenz, auf der die Kolonialmächte die Aufteilung Afrikas beschlossen. Deutschlands Außenministerin nimmt das Datum zum Anlaß, einen Beitrag, der mit ihrem Namen gezeichnet ist, in der „Frankfurter Rundschau“ veröffentlichen zu lassen. Sie schreibt: „Die deutsche Kolonialpolitik war geprägt von Unrecht, Gewalt und Rassismus. Sie führte zu den Vernichtungskriegen im ehemaligen Deutsch-Südwestafrika, zum Völkermord an den Herero und Nama, für den unser Land historische Verantwortung trägt.“ Das ist soweit richtig. Aber dann folgen Passagen, die ihre ganze Heuchelei zum Ausdruck bringen und belegen, daß sie (und mit ihr das von ihr repräsentierte Land) nach wie vor einer westlich geprägten kolonialen Denkweise verhaftet ist.

„Diese Vergangenheit“ schreibt sie oder läßt sie schreiben, „können wir nicht ungeschehen machen. Doch wir können gemeinsam an einer besseren Zukunft arbeiten. Dafür ist es entscheidend, Unrecht zu benennen und anzuerkennen.“ Dann fügt sie hinzu sie, Deutschland habe aus seinen historischen Fehlern gelernt. In der Außenpolitik bemühe man sich um Verstehen, man habe gelernt zuzuhören. „Aufarbeitung heißt nicht nur, um Verzeihung zu bitten, sondern es in Zukunft besser, gerechter zu machen“, schwadroniert Baerbock und macht seit ihrer Amtseinführung im Jahr 2021 das genaue Gegenteil. Deutschland positioniert sich eng an der Seite rechter Regimes, unterstützt Genozid, liefert Waffen in Krisengebiete und ist unter Obhut der USA einer unipolaren Weltsicht verpflichtet.

Vor dem Hintergrund der aktuellen deutschen Außenpolitik und des von deutscher Politik bekundeten Willens zum Krieg mit Rußland ist der Beitrag nicht nur eine dreiste Aussage. Er ist der groß angelegte Versuch einer Exkulpation, einer Schuldbefreiung von allen begangenen kolonialen Verbrechen, um sich das Recht für einen nach den Richtlinien kolonialer Denkweise ausgerichteten neuen Anlauf nehmen zu dürfen. Eine 360-Grad-Drehung à la Baerbock. Die Außenministerin und das politische Establishment in Deutschland interessieren sich nicht für die russische Sicht, nicht für Gesprächsangebote von Rußland, nicht für die Sicht und die Belange anderer Länder und Kulturen, sie interessierten sich nicht für Zusammenhänge und den historischen Kontext, obwohl doch Rußland zu Europa gehört. Im Ukraine-Konflikt kommt vom kollektiven Westen kein Vorschlag zur Befriedung ... Mit Desinformationen und nachweislich unwarhen Behauptungen versucht man, sich über den eigentlichen Kriegsgrund



In Umfragen befürworten mehr als 80 Prozent der Bürger Chinas das politische System des Landes. Foto: 19. Parteitag der KP Chinas 2017

man das leider anders beurteilen“. Eben dieser Habeck hat 3. dies geäußert: „Viele Politikerinnen und Politiker, aber auch viele weitere Personen des öffentlichen Lebens sind täglich Haß und Beleidigungen bis hin zu Todesdrohungen ausgesetzt. Ich habe mich entschieden, dies nicht zu akzeptieren und somit nicht zu normalisieren, sondern konsequent gegen Beleidigungen und Bedrohungen vorzugehen, die Recht und Gesetz verletzen. Ich will damit der Zerstörung des demokratischen Diskurses etwas entgegenzusetzen und zeigen, daß der Rechtsstaat durchsetzungsfähig ist.“ 4. „Auch deshalb ist die Demokratie in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem Erfolg geworden.“ So lobte die Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) anläßlich der Feierlichkeiten zum 75jährigen Bestehen des Bundestags dessen „verantwortungsvolle Entscheidungen“ über bewaffnete Auslandseinsätze der Bundeswehr.

der Welt zu tragen, stellt sich China mit seiner Wirtschafts- und Waffenhilfe für Rußland gegen unsere europäischen Kerninteressen.“ (Kleiner Einschub: Daß die NATO seit 1990 die Kerninteressen Rußlands ignorierte, indem das Kriegsbündnis bis an dessen Grenzen vorgeschoben wurde, ist für sie kein Thema.) Mehr als peinlich ist, daß sie als Vertreterin eines Landes, das nach den USA den Krieg in der Ukraine am eifrigsten anheizt und fast die ganze Palette militärischer Ausrüstung dorthin liefert, China beschuldigt, daß es womöglich Rußland mit Drohnenteilen oder Mikrochips versorgt. In Kenntnis des wirtschaftlichen Abstiegs Deutschlands einerseits und der hemmungslosen Unterwerfung unter die US-Politik haben die stets höflichen chinesischen Diplomaten das arrogante Auftreten ihres Gasts entsprechend eingeordnet. Nicht bekannt ist, ob ihre Gastgeber in Beijing nach

hinwegzulügen. Das chinesische Außenministerium hat schon mehrfach die USA beschuldigt, ihre Bemühungen um Aufrechterhaltung der „globalen Harmonie“ hinter dem Begriff „Demokratie“ zu verbergen. Als Edelvasall der USA versucht auch die deutsche Außenpolitik ihre „wertegeleitete“ Demokratieideologie durchzusetzen. Und deshalb, weil sie „führend dienen“ will (Robert Habeck), steht sie in vorauseilendem Gehorsam „bei Fuß“, wenn es um die Beteiligung an der Umsetzung des völkerrechtswidrigen US-Sanktionsregimes geht. Dem setzt die chinesische Führung mit nie nachlassender Geduld entgegen, daß sich historisch verschiedene Demokratiemodelle herausgebildet hätten, daß Geschichte, Kultur, generell nationale Besonderheiten berücksichtigt werden sollten. Entscheidend sei, ob die Bevölkerung das jeweilige politische System befürwortet. Was die VR China betrifft, so liegt die Zustimmungsrate bei 82 Prozent. In seinem Buch „Feindbild China“ erklärt Uwe Behrens Auswahlverfahren und Kriterien für Manager, Funktionäre und Politiker auf allen Ebenen bis hin zu höchsten Ämtern. „Die westliche Welt“, schreibt er, „geht wie selbstverständlich davon aus, daß die übrige Welt, China inklusive, ihr Gesellschaftsmodell übernimmt. Übernehmen muß. Wer sich widersetzt, wird überzeugt. Missioniert wie damals, als schon einmal die Welt in Kolonien und Einflußgebiete aufgeteilt wurde.“ Das Jahrhundert der Demütigungen hat sich tief in das historische Gedächtnis aller Chinesen eingebrannt. Behrens weiter: „Wie der frühere Dolmetscher von Deng Xiaoping, Zhang Weiwei, in seinem Buch ‚Die chinesische Welle‘ schreibt, wäre es für die chinesische Bevölkerung kaum vorstellbar, daß erstens ihre Regierung alle vier Jahre wechselte und zweitens ein Schauspieler wie Ronald Reagan oder ein Komiker wie Wolodymyr Selenskij ins höchste Staatsamt in China gelangten, nicht zu reden von Figuren wie Donald Trump.“

Systemischer Rivale – autoritär, autokratisch, diktatorisch?

Die Kategorie „systemischer Rivale“ wird von den westlichen Wertefanatikern gern als Euphemismus benutzt, um zu verschleiern, daß für sie China eine Bedrohung ist. Das ist sogar richtig, aber nicht deshalb, weil die Volksrepublik die freiheitliche Lebensart nach westlichem Muster infrage stellt. Das tut sie nämlich nicht. „Die Wahrheit liegt auf dem Platz“, hat ein früherer Fußballübungsleiter einmal gesagt. Schauen wir etwas genauer auf die beiden bevölkerungsreichsten Länder. Zunächst auf Indien, in dem das Kastenwesen noch immer das gesellschaftliche Leben beeinflusst. Ein Land, das dennoch aber als größte Demokratie der westlichen Welt gilt. Danach auf die Volksrepublik China, wo es zwar keine „Unberührbaren“ wie in Indien gibt, statt dessen aber angeblich „Menschenrechtssopfer“ soweit das Auge reicht. Ökonom Ashoka Mody, ehemaliger Berater von IWF und Weltbank, erklärte in einem Interview mit Simon Zeise in der „Berliner Zeitung“ (26./27. Oktober 2024), warum China Indien weit voraus ist. Er sagte, „daß das chinesische Pro-Kopf-Einkommen noch bis etwa

1980 niedriger war als das indische. Heute liegt es weit darüber.“ China verfüge über ein hervorragendes Humankapital. „Als China in die Reformphase unter Deng Xiaoping eintrat, hatte es bereits relativ gut ausgebildete Arbeitskräfte mit Grundschul- und Sekundarschulbildung. Dies war und ist in Indien nicht der Fall. Auch ist in China die Gleichstellung zwischen Mann und Frau wesentlich besser. Mao Zedong ist bekannt für den Ausspruch ‚Frauen machen den halben Himmel‘. Frauen waren Teil der Arbeiterschaft. Frauen waren Teil des Zentralkomitees der kommunistischen Partei. Frauen können auf die Straße gehen, ohne Angst zu haben, belästigt zu werden. In Indien war das nie der Fall. Grundlegende Bildung und die Gleichstellung der Geschlechter: Dies sind die beiden Merkmale jeder erfolgreichen Wirtschaft seit der industriellen Revolution vor 250 Jahren.“ Auf die Frage Simon Zeises, wie groß der Abstand mittlerweile in den Bereichen Bildung und Gleichstellung sei, antwortete Mody: „In Indien verfügen nur etwa 15 Prozent der Schüler über die grundlegenden Fähigkeiten im Rechnen und Lesen. In China sind es 85 Prozent. Die Chinesen haben viel Geld für ihr Universitätsystem ausgegeben, weshalb sie heute weltweit auf Nummer 1 stehen, wie die letzte Pisa-Erhebung gezeigt hat. China verfügt über eine gut ausgebildete Bevölkerung, die der in Europa und in den USA überlegen ist. Das indische Humankapital ist in etwa auf dem gleichen Niveau wie das einiger afrikanischer Länder südlich der Sahara. Wer glaubt, daß Indien China einholen und die nächste Supermacht wird, hat etwas Illegales geraucht.“ China liefert ein Muster für die Umsetzung der von der UNO 1966 beschlossenen Menschenrechtskonvention über ökonomische, soziale und kulturelle Rechte, die u. a. von den USA bis heute nicht ratifiziert wurde. Geht von diesem „systemischen Rivalen“ eine Bedrohung für westlichen Wertestandard aus?

„Man kann nicht in Ruhe der Liebe pflegen, solange man Ungeheuer bekämpfen muß.“ (Peter Hacks)

Die Abschaffung der Leibeigenschaft 1861 in Rußland war der Beginn einer Zeitenwende, um das Modewort einmal zu verwenden. Der Umbruch leitete eine Phase in der russischen Geschichte ein, die von Konflikten begleitet schließlich 1917 in die Revolution mündete. Zeitgleich mit diesem Datum starteten „alle Mächte des alten Europa zu einer heiligen Hetzjagd“, wie es in der Einleitung zum kommunistischen Manifest heißt. Diesmal war es allerdings kein Gespenst mehr, sondern eine konkrete Aktion mit dem Ziel einer von Knechtschaft und Ausbeutung befreiten Welt. Der den Revolutionären und dann der Sowjetunion von Anfang an aufgezwungene Überlebenskampf mußte früher oder später Folgen für die Führung der Mitgliedschaft in der noch jungen Kommunistischen Partei haben. Das wurde besonders deutlich nach Beginn und während des Großen Vaterländischen Kriegs bis hin zum Sieg über den Faschismus. Ständen zu Beginn Theorienwissen und proletarische Herkunft im Vordergrund, um in die Kommunistische Partei aufgenommen

zu werden, wurden mehr und mehr die soldatischen Tugenden zur Meßlatte für die Aufnahme in die Partei. Ihre Führung setzte durch unablässige Schulung und Betreuung auf eine weltanschauliche Geschlossenheit in der Vorstellungswelt der Rotarmisten, motivierte sie so zu kämpfen und vermittelte ihnen das Gefühl der Zusammengehörigkeit. Als Marxisten trugen die Bolschewisten ein breites Verständnis politischer Kenntnisse an die Soldaten heran. Jeder sollte sich als verantwortungsbewußter Akteur auf der weltpolitischen Bühne verstehen und wissen, daß jeder Gedanke, jede Handlung politisch zählte. Zur Verbreitung dieser Überzeugungen betrieb die Sowjetführung intensive politische Bildungsarbeit innerhalb der Armee. Zusätzlich errichtete sie ein Überwachungsnetz im Militärapparat, mit dessen Hilfe die Stimmungen der Rotarmisten erfaßt wurden. Dieser Überwachungsmodus überlebte das Ende des Kriegs. Er war eine Leitplanke in der politischen Arbeit und prägte den auf Vertrauen und Kontrolle basierten sozialistischen Alltag. Was als sozialistische Demokratie verstanden werden sollte, gründete wie im Krieg auf soldatische Tugenden. Das ist ein wesentlicher Grund, weshalb es nach dem Krieg nicht wirklich gelungen ist, einen Demokratietyp sozialistischer Prägung hervorzubringen. Allerdings muß gefragt werden, ob es unter den Bedingungen des Kriegs, der nach 1945 als bald als Wettrüstungskrieg gegen ein in weiten Teilen zerstörtes Land fortgesetzt wurde, überhaupt möglich gewesen wäre, einen sozialistischen Demokratiebegriff, über theoretische Debatten hinaus, in den politischen Alltag zu integrieren. Eine Erklärung, warum das Land auch nach 1990, nunmehr als Rußland, allen Vernichtungsplänen standgehalten hat, könnte die in diesem Beitrag fast schon zu oft zitierte deutsche Außenministerin liefern. Auf die Frage, warum die Sanktionsorgie gegen das Land keine nachhaltige Wirkung erzielt hätte, antwortete sie, daß autokratische Regimes die Belastungen ihren Bevölkerungen eben besser vermitteln könnten. Der französische Historiker Emanuel Todd hat die Frage allerdings mit mehr Tiefgang beantwortet. Todd führt den Begriff einer autoritären Demokratie ein und schreibt: „Das System Putin ist stabil, weil es das Ergebnis der russischen Geschichte ist und nicht das Werk eines einzelnen Menschen.“ Fassen wir zusammen. Lieber tot als rot. Der Wertewesten steht auf einem populistischen Dogmatismus. Er wird von einem dualistischen Denken geleitet. In diesem gibt es keinen Raum zwischen richtig und falsch, gut und böse. Demokratie oder Autokratie. Grauzonen sind nicht zugelassen. Nur zwischen Frieden und Freiheit soll kein „oder“ stehen. Allerdings in anderer Reihenfolge, sagt der Bundeskanzler in spe Friedrich Merz: „Erst wenn Freiheit besteht, erst dann kann es Frieden geben.“ Denn diesen gebe es ja auf jedem Friedhof. Vielleicht wird er sich schon vor Amtsübernahme und noch vor der russischen Reaktion auf den ersten Tauruseinsatz eine Grabstelle ausgesucht haben. In einer multipolaren Welt ist diese kriegsüchtige Denkweise zum Scheitern verurteilt.

Hans Schoenefeldt

Ideengeschichtliche Basis des bürgerlichen Parlamentarismus erodiert

Nun wird das Wahlvolk am 23. Februar 2025 wieder zu den Urnen gerufen. Im weihevollen Akt der Wahl, dem Kernstück der Demokratie, so hört man, entscheide dann der Souverän über die Besetzung eben jener Staatsmacht, deren Protagonisten ihm fortan – durch die Kreuzchen der Untertanen legitimiert – wieder vier lange Jahre erklären werden, warum sie das, was sie versprochen und weswegen sie gewählt wurden, nicht mehr halten müssen. Der Bürger gibt im wahrsten Sinn des Wortes seine Stimme ab und hat sie für die kommenden Jahre verloren. Das weiß auch jeder, ebenso ist bekannt, auch wenn es noch nicht alle wissen, daß das Kreuzchen bestenfalls über Nuancen der Entrechtung und einzelne Grautöne der Ausbeutung mitentscheidet. Etwas anders zu erwarten wäre schlichtweg naiv. Das Schlechte ankreuzen, um das noch Schlechtere zu vermeiden, oder wie Karl Marx schrieb „Wer zwischen zwei bürgerlichen Regierungen nach dem kleinerem Übel sucht, befindet sich in der Lage von Buridans Esel (der zwischen zwei gleich großen Säcken Heu verhungerte), zwar nicht zwischen zwei Säcken Heu, um zu entscheiden, welcher der anziehendere, wohl aber zwischen zwei Trachten Prügel, um zu entscheiden, welche die härtere sei.“ (MEW 8, 190). Der Wahlkampf, nach offizieller Lesart nur geführt, um ihn, den Souverän, von einer ihm noch genehmen Schattierung im bürgerlichen Farbenkreis zu überzeugen, gibt den beteiligten Staatsschauspielern, um deren Besetzungsplan es geht, willkommene Gelegenheit, sämtliche gefühlige Attitüden und Allüren auszuleben. In bis zur Absurdität verzerrten Verhaltensweisen, stets pendelnd zwischen Rührstück und Schmierkomödie, sprechen sie sich gegenseitig die „sittlich Reife“ ab, halten sich wahlweise für „ehrlos“, „kleinkariert“ oder schlicht „unfähig“. Sie sehen sich vom Verrat „tief enttäuscht“, treten heftig nach, ziehen sich schmolend zu „Küchengesprächen“ zurück, just, um in der nächsten Talkshow wiederum das Liebeswerben um überlebensnotwendige Mitkoalitionäre zu entfachen. Hauptsache der Griff zur Macht bleibt sicher. Den Beobachter dieser Szenerien befällt eine eigentümliche Verbindung von Lachen und Grauen, typisch für eine Groteske. Niemand hat Zweifel, daß sich dieses Spielchen in vier Jahren wiederholt, wo es doch bei allen zurückliegenden Wahlen nicht anders war. Was Bertolt Brecht Galilei über dessen Wissenschaftlerkollegen sagen ließ, paßt auch hier: „Das Höchste, was man erhoffen kann, ist ein Geschlecht erfinderischer Zwerge, die für alles gemietet werden können.“ Na, für alles wohl gerade nicht: Nicht für die knapp 15 Millionen Menschen unterhalb der Armutsgrenze, nicht für fehlende Busse und verspätete Bahnen, nicht für marode Schulen und Brücken, wohl aber für 38 militärisch Großvorhaben, die vier

Tage vor Weihnachten noch schnell genehmigt wurden. 21 Milliarden Euro für Raketenwerfer, Patriot-Raketen, Handgranaten, U-Boote und ein Weltraumüberwachungsradar. Den Winter- und Sommerfahrplan der Republik bestimmen die Lobbyisten und damit bei der Wahlvorbereitungs-Propaganda nichts verrutscht, warnt das Innenministerium vor dunklen Kanälen, aus denen Desinformationen als „unzulässige Einflußnahme auf die Wählerinnen und Wähler“ niederregnen. Als würden sich Russen und Chinesen für das nächste Drehbuch der Berliner Laienspielschar interessieren. Aber medial soll schon mal vorgetestet werden, wie Wahlergebnisse, die nicht ins System passen (siehe Georgien und Rumänien), hinterher zu annullieren sind. Alles in allem nur ein kleiner Ausschnitt des real gelebten Parlamentarismus der letzten Wochen.

Man fragt sich, was spricht daraus? Von der bürgerlichen Politikwissenschaft, die sich mit der Krise des Parlamentarismus schon beschäftigt seit es Parlamente in der Mechanik des kapitalistischen Staates gibt, ist keine Antwort zu erwarten. Über ein Jahrhundert addiert und erörtert sie Symptom um Symptom, Mangel um Mangel, um stets immer wieder auf neue zu diagnostizieren, daß für die fünf Phänomene, die dem Wahlbürger das Vertrauen ins repräsentativ-parlamentarische System nehmen, keine Abhilfe in Sicht ist: Bürokratie und Ineffizienz, die Parlamentarier als Büttel von Lobbyinteressen, das Fehlen „direkter Demokratie“ (das Volk ist bei Entscheidungsprozessen, auch und gerade solcher von großer Reichweite, ausgeschlossen), die bürgerlichen Parteien teilen selbstherrlich die Macht in Staat und Politik unter sich auf (Abgeordnete folgen nicht ihrem „Gewissen“, sondern der Fraktionsdisziplin) sowie Korruption und Unterschlagung. Die 75-jährige Geschichte des Bundestags ist voller Belege für jeden einzelnen dieser Umstände, neu ist dabei höchstens die seit der Corona-Pandemie (Regieren durch Rechtsverordnungen am Parlament vorbei) erkennbare Tendenz der Regierenden, wenn's drängt, ohne Skrupel den sonst hochgepriesenen Maschinenraum der bürgerlichen Demokratie einfach rechts liegen zu lassen, der Notstand braucht keinen parlamentarischen Segen, das kann die Exekutive selber. Gesetze der Regierung werden parlamentarisch abgenickt, vornehm nennt sich das „Notarfunktion“. „Das Bemogeln der Abgeordneten, das Präsentieren von Halbwahrheiten mit treuem Augenschlag, die Unterschlagung von Tatsachen werden, solange es geht, immer wieder versucht und augenscheinlich als Kavaliärsdelikt zugunsten der Minister angerechnet“, beschrieb 1968 der SPD-Parlamentarier Hans Apel das Bundestagsklima. Wie könnte die Legitimationskrise des Kapitalismus samt dem Parlament als Kernstück des staatlichen Überbaus augenfälliger werden, als in

Winston Churchills Bonmot „Demokratie ist die schlechteste aller Regierungsformen – abgesehen von all den anderen Formen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert worden sind“. Offenbar das Generalrezept: Das kleinere sei dem größeren Übel vorzuziehen. Die Lage für das kapitalistische System der Bundesrepublik ist ernster geworden. Es geht nicht mehr nur um die Überwindung einer zyklischen Krise. Das Erstarken der Länder des Globalen Südens, mehr als 20 000 Firmenpleiten in 2024, Massenentlassungen, das Desaster in der Ukraine, grassierende Ungewißheit über die Zukunft der NATO und Zerfalltendenzen der Europäischen Union bei gleichzeitigem Wegbruch der angestammten Absatzmärkte bringen die Monopolinteressen in Bedrängnis. Die ökonomischen Krisenerscheinungen haben den Systemüberbau längst erfaßt und stellen seine Legitimation in Frage. Das parlamentarische System, das mit der Bourgeoisie im Kontrast zum Feudalismus und den monarchischen Strukturen noch den gesellschaftlichen Fortschritt für sich verbuchen konnte, ist nicht nur einfach „in die Jahre gekommen“, seine ideengeschichtliche Basis erodiert. Jeder, der Augen im Kopf hat, kann Zeuge der Selbstentlarvung werden. Der Politikwissenschaftler Johannes Agnoli beschrieb 1967 das Strukturprinzip des herrschenden repräsentativen Regierungssystems als Herrschaftsinstrument: „Das Repräsentationsprinzip – der Kern des Parlamentarismus – wurde als Verfassungsnorm erdacht, gewollt und verwirklicht mit einer genauen repressiven Aufgabe, die schon von Anfang an einen Befriedigungscharakter trug. Es galt, friedlich aber wirksam, die Mehrheit der Bevölkerung von den Machtzentren des Staates fernzuhalten.“

In seinem Werk „Staat und Revolution“ entwarf Lenin das Konzept einer zum Parlamentarismus alternativen Vertretungskörperschaft. Ausgehend von der Marx'schen These „Statt einmal in drei oder sechs Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ver- und zertreten soll, sollte das allgemeine Stimmrecht dem in Kommunen konstituierten Volk dienen, wie das individuelle Stimmrecht jedem andern Arbeitgeber dazu dient, Arbeiter, Aufseher und Buchhalter in seinem Geschäft auszusuchen“, betonte Lenin, „ohne Vertretungskörperschaften können wir uns eine Demokratie nicht denken, auch die proletarische Demokratie nicht; ohne Parlamentarismus können und müssen wir sie uns denken“. Denn „die Parlamentarier müssen selbst arbeiten, selbst ihre Gesetze ausführen, selbst kontrollieren, was bei der Durchführung herauskommt, selbst unmittelbar vor ihren Wählern die Verantwortung tragen“. Das wäre dann direkte Demokratie durch direktes Mandat und unmittelbare Rechenschaftspflicht jederzeit abwählbarer Vertreter.

Medien und Manipulation (Teil 1)

Auch gestandene Linke sind immer wieder völlig verblüfft darüber, daß „ihre“, also „unsere“ Medien offensichtliche Unwahrheiten präsentieren oder Nachrichten bis zur Unkenntlichkeit frisieren. Man kann verstehen, daß das entsprechende Unbehagen oft in das Bestreben umschlägt, „es denen einmal richtig zu geben“. Mit Vehemenz wird dann häufig versucht, das erkennbar Falsche richtigzustellen. Auch der Versuch, die betroffenen Medien intensiv zu mahnen, sich an den Ehrenkodex ihres Berufes zu halten, darf meist nicht fehlen. Denn dieser Ehrenkodex macht ja angeblich das Verbreiten gesicherter und objektiv begründeter Fakten zum Inhalt jeglicher aktueller Nachrichtenverbreitung. Mit gutem Recht darf man sich angesichts unserer täglichen Medienerfahrungen fragen, ob nicht das schon die größte Lüge ist, die man uns auftischt. Wie sinnvoll ist es dann, sich auf genau diese Selbstzuschreibung zu berufen, als wäre sie ein ewiges Gesetz? Zumal, von wenigen Ausnahmen abgesehen, solche gut gemeinten Ermahnungen zur Wahrheit fast immer wirkungslos abprallen. Und wenn man richtig überlegt: Sie wirken angesichts der wahren Rolle der Medien in der Gesellschaft auch reichlich hilflos.

Schaut man genauer hin, stellen sich sofort zwei grundsätzliche Fragen. Folgt denn die Nachrichtengebung in der Klassengesellschaft wirklich dem Drang, die Welt sachlich und ausgewogen zu zeigen? Oder ist es nicht eher ihre Aufgabe, ganz reale Absichten und Interessen zu transportieren, die mit der Wahrheit nicht unbedingt etwas zu tun haben müssen?

Handelt es sich dabei um grundlegende ökonomische Interessen, so sind diese, wie allgemein bekannt, allemal wirkungsmächtiger, als jeglicher Appell an Ehre und Gewissen, auf die sich die Medien in der Selbstdarstellung immer wieder berufen. Mit seinem „Geld regiert die Welt“ formuliert der Volksmund seit langem sein Mißtrauen gegenüber der angeblich allgegenwärtigen Herrschaft der moralischen Grundsätze. Vor nicht allzu langer Zeit schallten erstmals die Rufe von der „Lügenpresse“ über die Straßen und Plätze Deutschlands. Es hieß wohl nur deshalb „Lügenpresse“ und nicht „Lügenmedien“, weil sich das schlechter rufen läßt. Es ist ja beileibe nicht nur die Presse, die lügt, daß sich die Balken biegen. Rundfunk und Fernsehen stehen ihr darin bekanntlich in nichts nach. Und auch in den sogenannten sozialen Medien findet sich weitaus weniger Wahrheitsinformation als durchschaubare Manipulation. Was dem Linken ein Rätsel ist, wird den Sozialisten nicht verwundern. Denn der erinnert sich daran, daß sich die ökonomische Basis der Gesellschaft einen ihr gemäßen gesellschaftlichen Überbau verschafft, verschaffen muß. Neben vielem anderen gehören dazu auch die Medien. Im Zusammenwirken mit all den anderen Teilen des Überbaus ist es ihre Aufgabe, Pflicht und Schuldigkeit, der ökonomischen Basis und den in ihr herrschenden Interessen gesellschaftsweite Geltung zu verschaffen.

Nur das nämlich sichert der Basis entsprechende Stabilität für ihre Entwicklung. Keine Gesellschaft kann sich ausreichend entwickeln, wenn sie es nicht vermag, die Ideen der ökonomisch Herrschenden zu den in der Gesellschaft herrschenden Ideen zu machen. Das galt in der Sklavenhaltergesellschaft und auch im Feudalismus. Und es gilt natürlich auch im entwickelten Kapitalismus der Jetztzeit. Der Volksmund beschreibt dieses dienende Verhältnis der Medien sehr treffend mit den Worten „Wes Brot ich eß, des Lied ich sing“.

Die Medien sind keine von den in der Basis der kapitalistischen Gesellschaft herrschenden Interessen unabhängige „vierte Gewalt“, wie immer wieder schönfärbisch behauptet wird. Alles Gerede beispielsweise vom „öffentlich-rechtlichen Rundfunk und Fernsehen“ kann nicht wirklich verdecken, welchen Interessen auch diese Medien bei Strafe ihres Untergangs verpflichtet sind. Sie sind, so deutlich muß man das immer wieder sagen, lediglich die Übersetzer und der Transmissionsriemen der Ideen der ökonomisch Herrschenden. Ihre Aufgabe besteht nicht darin – wie oft behauptet – das Volk objektiv und unvoreingenommen zu informieren. Ihre Aufgabe ist es, die Ideen der Herrschenden möglichst kunstvoll so an den Mann (und die Frau) zu bringen, daß sie von denen möglichst als ihre eigenen verstanden und anerkannt werden.

„Lügen die Medien?“, fragt Jens Wernicke in seinem 2017 im Westend Verlag erschienenen außerordentlich lesenswerten Sammelband über die Praktiken und Funktionsmechanismen der Medienmanipulation. Und sein Fazit: Natürlich lügen sie. Wenn es an diesem Buch aus den Erfahrungen der seither verflossenen Jahre noch etwas zu ergänzen gäbe, dann wäre es lediglich ein Kapitel darüber, um wieviel unverschämter und manipulativer nur wenige Jahre später vorgegangen wird. Nein, aus Sicht der Herrschenden lügen sie nicht. Sie transportieren lediglich die einzige Wahrheit ins Volk, die das Kapital akzeptiert: Die, die ihm und seinen Profitinteressen dient. Daß diese Wahrheit ganz oft zu dem konträr ist, was die einfachen Menschen für wahr und gerecht halten, hat Donald Trump in die bezeichnenden Begriffe „alternative Fakten“ und „alternative Wahrheiten“ gefaßt. Er hat damit präzise ausgedrückt, was schon immer die Position des Kapitals gegenüber dem arbeitenden Volk war: „Eure Wahrheit ist nicht unsere Wahrheit!“

Ist es nicht an der Zeit, daß wir dieser Position mit größerem Selbstbewußtsein begegnen? Es ist dieser Widerspruch in den Wahrheiten, auf den wir immer wieder aufmerksam machen müssen. Und was man sofort anfügen sollte: Die von euch ausgehaltenen Medien sind nicht „unsere“! Das zu wissen, ist eine wichtige Frage der Selbstbehauptung und Selbstverteidigung. Wir sollten ruhig immer öfter die einzig wirksame Entgegnung auf all den Medienschund formulieren, mit dem wir täglich gefüttert werden: Wir werden einen Dreck tun, euch immer wieder hinterherzuhecheln, wenn ihr Tag für Tag Kübel

von geistigem Unrat über uns ausgießt. Wir werden unsere Kräfte nicht sinnlos damit aufbrauchen, ständig eure Lügen korrigieren zu wollen. Denn ihr werdet euch nicht korrigieren, wenn es um euren Broterwerb geht. Solange eine Gesellschaft aus antagonistischen Klassen besteht, sind auch die Medien von diesem Antagonismus geprägt. Niemals darf man sich einbilden, diesen Antagonismus dadurch auflösen zu können, daß man sich vorschreiben läßt, diese Medien und ihren Auftrag als seine eigenen wahrzunehmen. Ganz praktisch sollten wir im Sinne der Worte Erich Kästners „nie dürft ihr so weit sinken, von dem Kakao, durch den man euch zieht, auch noch zu trinken“ mehr Abstand von dem nehmen, was uns die Medien des Kapitals weismachen wollen. Natürlich versucht es, seine Sucht nach Höchstprofitten hinter der angeblich erforderlichen Kriegstüchtigkeit des deutschen Volkes zu verstecken. Es wird uns wenig helfen, wenn wir lediglich die semantischen Fehler benennen, die ihm dabei unterlaufen. Es macht Marodeure zu Freiheitskämpfern und erklärt Kämpfer für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zu Terroristen. Dem kann man nur begegnen, wenn man eine eigene Position zu den Kämpfen hat, um die es da geht. Dasselbe gilt für die geostrategischen Kämpfe unserer Zeit, bei denen sich große Gruppen des internationalen Kapitals in eine Neuaufteilung der Welt stürzen, koste es, was es wolle. Wenn wie in Deutschland die Monopolinteressen der Autoindustrie zu Interessen des deutschen Volkes erklärt werden, obwohl sie das nie und nimmer sind. Wenn Sündenböcke für die vom Kapital verschuldeten Probleme vor allem unter den Armen und Benachteiligten gesucht werden. Wenn man versucht, uns idiotischerweise einzuhämmern, die Welt wäre am besten, wenn alles so bliebe, wie es jetzt ist.

Um nicht mißverstanden zu werden: Natürlich geht es nicht darum, die Auseinandersetzung mit den Methoden und Wegen der Manipulation, die die bürgerlichen Medien verwenden, einzuschränken oder gar aufzugeben. Aber im Sinne der eigenen geistigen Hygiene darf man gut und gern auf manches ihrer Medienprodukte, wie zum Beispiel die meisten der unsäglichen Talkshows verzichten. Es kann auch nicht schaden, bei anderen Medienformaten einmal längere Pausen einzulegen. Verpassen wird man dadurch wenig. Aber man erhält Freiraum dafür nachzudenken, was wirklich wichtig ist in der Welt. Und noch mehr: Gangbare Wege zu suchen, Zählbares in Bewegung setzen zu können. Natürlich wäre es ein Traum, eines Tages eigene Radio- und Fernsehkanäle zu haben. Allerdings findet man auch heute schon im Internet viele Beispiele gut gemachter und informativer Nachrichtenportale. Zu propagieren, daß es sie gibt und Menschen dafür zu interessieren, sie zu nutzen, ist etwas deutlich Wirksames, als darauf zu bauen, daß man die Medien des Bürgertums umdrehen oder zur Wahrheit erziehen könnte.

Dr. Joachim Seider
Berlin

Unser Leben in einer Gesellschaft mit staatlich geschütztem Meinungsmonopol

Ein führender Grünen-Politiker erklärte jüngst: „Gerade in diesen Zeiten ist das Grundgesetz unser Kompaß.“ Das hat weniger Nutzwert als ein Stapel gebrauchter Abfalltüten. Es sind schließlich hierzulande wie überall im „Wertewesten“ die „demokratischen“ Polit-Eliten, die sich nicht die Bohne um die Grundrechte scheren.

„Die Grundrechte sind in erster Linie Abwehrrechte des Bürgers gegen den Staat“, urteilte das Bundesverfassungsgericht anno 1958 bezüglich der Meinungsfreiheit. Das ist lange her. Die meisten unserer politischen Auftragnehmer lassen sich, soweit sie das Urteil überhaupt kennen, davon garantiert nicht beirren. Ihre fortwährenden propagandistischen Bekenntnisse zu den Menschenrechten übertünchen nur die dem Wahlvolk entgegengebrachte Herablassung. Im Übrigen dienen sie dazu, sich anderen Ländern gegenüber zu erhöhen.

Entsprechend aufgeblasen heißt es auf den Web-Seiten des Baerbock-Ministeriums: „Das Grundgesetz garantiert ... nicht nur die Menschenrechte in Deutschland, sondern verpflichtet uns, uns auf der ganzen Welt für den Schutz der Würde und der Grundfreiheiten der Menschen einzusetzen.“

Ein Heißluftballon, aufgeheizt mit Anmaßung und missionarischem Eifer; angesichts der zahllosen erpresserischen Aktivitäten der deutschen Außenpolitik eine absurde Heuchelei. Deutsche Regierungen haben (wie die meisten westlichen Länder, voran die USA) unzählige Konflikte provoziert, „Farbrevolutionen“ unterstützt, Kriege (herbei)geführt und mit wirtschaftlichen und anderen Repressionen dazu beigetragen, daß Millionen Menschen getötet, verstümmelt, zur Flucht getrieben und rundum ihrer Menschenwürde beraubt wurden. Passend dazu ein Statement des Friedensnobelpreisträgers Nelson Mandela: „Wenn zwei Nachbarländer gegeneinander kämpfen, dann weißt du, daß die USA eines davon besucht hatten.“

Wo blieben die Menschenrechte im transatlantischen Herrschaftsbereich?

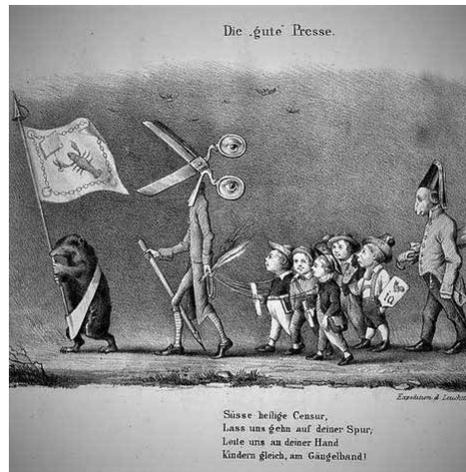
Egon Bahr (1922–2015), hochrespektierter SPD-Politiker, hatte den aktuell wieder von den Grünen aufgetischten, anscheinend unausrottbaren Stuß „Menschenrechte-geleitete Politik“ schon vor Jahren im Kreis von Schülern entlarvt: „In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie oder Menschenrechte. Es geht um die Interessen von Staaten. Merken Sie sich das, egal, was man Ihnen im Geschichtsunterricht erzählt.“

Kriminelle Einmischung

Die Wahrung der Menschenrechte ist eine Obliegenheit der Vereinten Nationen. Die deutsche Regierung hat diesbezüglich gegenüber anderen Staaten keine Eingriffsrechte. Ihre Einmischung in die vorgeblich menschenrechtswidrige Politik mißliebiger Staaten, häufig mit Wirtschafts- und anderen

Sanktionen verbunden, ist schierer Völkerrechtsbruch. Das begleitende Aufhetzen von Bevölkerungsgruppen gegeneinander dient lediglich der Destabilisierung und einem angestrebten Umsturz. In Syrien, Venezuela, Hongkong und Weißrußland gelang das nicht; in der Ukraine und in Libyen schon. Demokratie und Menschenrechte kamen dabei bekanntlich nicht zum Zuge. Die heimgesuchten Völker wurden in Chaos und Elend gestürzt.

Typisch deutsche Doppelmoral und damit Unmoral: Anpassungsdruck wird nur auf unlieb-same Staaten ausgeübt.



Die Karikatur in der Zeitschrift „Leuchtturm“ ist zwar bereits 177 Jahre alt, aber die Zensur scheint unsterblich zu sein ...

Auf Rußland zum Beispiel. Die Trampoline im Berliner Außenamt will unseren europäischen Nachbarn bekanntlich „ruinieren“. Ihr gehässiger, dummdreister Spruch blieb als eine der übelsten Fehlleistungen der deutschen Außenpolitik im kollektiven Gedächtnis haften. Nach der letzten Präsidentenwahl in Rußland zeterte Baerbock, wie üblich so schlecht informiert wie vorlaut: „Der Wahlvorgang zeigt nicht nur das ruchlose Vorgehen Putins gegenüber seinem eigenen Volk, sondern auch gegen die Charta der Vereinten Nationen.“

Eine intellektuell wenigstens halbwegs anspruchsvolle Begründung oder gar Belege für den Schmach hatte die unreif wirkende Quasselstrippe nicht zu bieten. Die Tageschau verbreitete ihr Geschwafel trotzdem. Wolf Schneiders journalistische Mahnung, „typische Lügen der Politiker nicht in den Stand der Wahrheit zu erheben“, ignoriert die grün versifft Redaktion ARD-aktuell gewohnheitsmäßig. Die journalistischen Berufskrankheiten – Rückgratverkrümmung und Schleimbeutelentzündung – therapiert man bei ARD-aktuell mit regierungsfrommer Gefolgschaftstreue.

Beleg für Prinzipien- und Charakterlosigkeit: Über Saudi-Arabien äußern sich unsere Berliner Regierenden und ihre journalistischen

Wasserträger nur pastoral säuselnd. Baerbock in ihrem verkorksten Deutsch: „Es ist kein Geheimnis, daß uns im Bereich der Menschenrechte immer noch vieles teilt.“

Daß sie einer „islamistischen Kopf-ab-Diktatur“ Aufwartung macht, wird dem Zuschauer nicht vermittelt.

Blutige Imperien

Der Staatsterrorismus Israels ist natürlich vollends tabu. Weder unsere Regierung noch die Leit- und Konzernmedien gebrauchten je diese angemessene Qualifizierung, nicht einmal, als das israelische Militär die extralegale Hinrichtung des Libanesen Nasrallah mittels einer 900-Kilo-Bombe (!) besorgte, zugleich mehrere Hochhäuser in Beirut zerstörte und deren mindestens 600 Bewohner ermordete. Deutschland liefert trotz des israelischen Völkermords in Gaza weiterhin Großwaffen an Israel. Menschenrechte ...?

Im Irak verbleibt eine räuberische Besatzungstruppe der USA, obwohl das Parlament und die Regierung in Bagdad die Amis wiederholt zum Verschwinden aufgefordert haben. In den USA, dem „Land der Freien, Heimat der Tapferen“, gilt bis heute ein verrottetes Wahlsystem, das demokratischen Maßstäben Hohn spricht.

Was menschenrechtsfeindlich ist und was nicht, bestimmen die Eliten des Wertewestens nach Bedarfslage. Die zynische Gesinnungslumperei der Bundesregierung, Rußland einen „völkerrechtswidrigen Angriffskrieg“ gegen die Ukraine vorzuwerfen und zugleich mit Geld und Waffen alles dafür zu tun, daß er nicht endet, ist nicht mehr steigerungsfähig.

An die eigene Nase gefaßt

Wie steht es, menschenrechtlich betrachtet, bei uns hierzulande? Zum Beispiel mit dem grundgesetzlich garantierten Recht auf Informationsfreiheit? Dazu gehen wir jetzt erst mal andachtsvoll in die Knie, legen die Hände zusammen und lauschen unseren europäischen und deutschen Gesetzgebern: „Jede Person hat das Recht auf freie Meinungsäußerung. Dieses Recht schließt die Meinungsfreiheit und die Freiheit ein, Informationen und Ideen ohne behördliche Eingriffe und ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen zu empfangen und weiterzugeben“, heißt es wortgleich in Artikel 11 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union und der Europäischen Menschenrechtskonvention. Und im deutschen Grundgesetz: „Jeder hat das Recht, seine Meinung ... frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten ... Eine Zensur findet nicht statt.“

Ampelregierung, Justizbehörden, Mainstream-Medien und Verfassungsschutz blasen den Weihrauch gleich wieder fort. Der Pferdefuß des hehren Gesetzes: „Die Ausübung dieser Freiheiten ... kann Formvorschriften, Bedingungen, Einschränkungen oder

Strafandrohung unterworfen werden, die ... notwendig sind für die nationale Sicherheit ... oder ... zur Aufrechterhaltung der Ordnung ...“ Das ist so schön schwammig, daß sich damit die Hüpfburgen sämtlicher Berliner Kindertagesstätten auskleiden ließen. Im Alltag des erwachsenen Bürgers wirkt die gesetzliche Begrenzung der Informationsfreiheit faktisch wie deren Abschaffung. Staatliche Bevormundung und Meinungsdirigismus führen eben zum betreten Denken, vorzugsweise bei der Journalle.

(...)

Den Alltag belastend, begann der erbitterte Meinungskampf mit der häßlichen AgitProp in der Corona-Debatte. Es folgte der Ukraine-Streit. Denn: „Eine der größten und gefährlichsten Medienlügen dieser Zeit ist, daß Putin einen ‚unprovokierten Krieg‘ in der Ukraine begonnen habe“ – eine von den USA und ihren Vasallen initiierte und durchgesetzte Medienlüge. Als dieser Krieg im Februar 2022 ins Zentrum der Geopolitik rückte, sperrte die EU-Polit-Elite im Blitzverfahren und ohne jegliche parlamentarische Beteiligung die weit verbreiteten russischen Medien aus. Sie beherrschte einen Lehrsatz Montesquieus: „Unbedingter Gehorsam setzt Unwissenheit bei den Gehorchenden voraus.“

Rossija Segodnja ist die wichtigste russische öffentlich-rechtliche Rundfunkgruppe. Sie betreibt sechs Fernsehkanäle (RT-Gruppe), Nachrichtenagenturen (Sputnik, RIA-Novosti) und Websites (Voice of Europe). Ihre Angebote sind jetzt im transatlantischen Westeuropa komplett verboten. Besonders Rußland today (derzeit noch erreichbar per <https://dert.online>), in Deutschland nach wie vor beliebt (bei YouTube z.B. vor dem Verbot 600 000 Abonnenten), ist den Herrschenden seit eh und je ein Dorn im Auge. Es berichtet eben auch über Ereignisse und Standpunkte, die von den regierungshörig gleichgeschalteten Mainstreammedien verschwiegen wurden.

Der Europäische Gerichtshof entschied, daß das vom Rat der Europäischen Union verfügte Verbot berechtigt sei, da eine „ernste Bedrohung des Friedens an den Grenzen der Europäischen Union“ bestanden habe. ... „Die Russische Föderation habe Fakten manipuliert und eine Propagandakampagne gestartet, die den Angriff auf die Ukraine legitimieren sollte.“

Ein hanebüchen konformistisches Urteil, erwirkt für den EU-Rat, einen jeglicher parlamentarischen Kontrolle entzogenen Kungelklub der EU-Regierungschefs. Es macht deutlich, daß im Zweifel – wie zu obrigkeitsstaatlichen und faschistischen Zeiten – die Pressefreiheit nur von Herrschafts-Gnaden abhängt – und daß EU-Richter nur wird, wer ins politische System paßt. Der Negativ-Beweis: Daß die deutsche Regierung eine Führungsrolle beim völkerrechtswidrigen und mörderischen Angriffskrieg gegen Jugoslawien hatte, kam nie vor Gericht und wurde auch nie in der Tagesschau angesprochen.

Immer die gleiche Leier

Hier noch eine kleine Portion Realsatire: Tagesschau & Co. dürfen und können ihre Informationen nur aus „westlichen“ Quellen

zapfen, weil die russischen eben verboten sind. Den Bürgern wird mittels Zensur das Recht genommen, sich aus allen allgemein zugänglichen Quellen zu unterrichten. Sie haben den stereotypen transatlantischen Propagandadreck zu fressen und basta. Der Wille, abweichende Meinungen und Betrachtungsweisen zu unterdrücken oder sie verächtlich zu machen, prägt längst nicht mehr nur die Nachrichten über Rußland und China. Er ist auch im innenpolitischen Diskurs überdeutlich spürbar. Er richtet sich gegen die bewußten kritischen Medien und gleichermaßen gegen oppositionell eingestellte Mitbürger. Der Inlands-Geheimdienst, fälschlich „Verfassungsschutz“, versucht außerhalb jeder Rechtsgrundlage seit geraumer Zeit, den Meinungsstreit mittels Verleumdung und Denunziation zu lenken. So veröffentlichte das Bayrische Landesamt kürzlich einen Bericht, in dem behauptet wurde, Medien wie Nachrichtenseiten, Berliner Zeitung und Freitag publizierten Inhalte, „die anscheinend grundsätzlich ins russische Narrativ passen“. Nach massiver Kritik erklärten sich die perfiden Dunkelmänner für „mißverstanden“. Ihr Bericht wurde korrigiert. Der Vorwurf, die Nachrichtenseiten verbreiteten „russische Narrative“, bleibt aber aufrechterhalten. Kritik an mangelnder Rechtsstaatlichkeit der Ukraine ist in den Augen deutscher Geheimdienstler also ein „russisches Narrativ“: Schamloser und hirnrissiger geht es nicht.

Kritik wird angeprangert

Gegen kritisch-bewußte Medien ziehen mittlerweile auch die staatsnah organisierten Landes-Medienanstalten (überwiegend finanziert aus den Rundfunkbeiträgen) zu Felde, mit „Bearbeitungsgebühren“ bis 800 Euro pro Fall. Seit der letzten Änderung des Medienstaatsvertrages sind diese Aufseher der Landesregierungen dazu übergegangen, unliebsame Internet-Beiträge auf Beachtung der „journalistischen Sorgfaltspflicht“ zu prüfen – offensichtlich, um kritische Internet-Publizisten einzuschüchtern, in finanzielle Schwierigkeiten zu bringen und mundtot zu machen. Fachlich inkompetent, jedoch auf Basis eines Zensur-Gesetzes, das nur für Internet-Medien gilt, nicht für alle anderen. Demnach ein hochproblematisches Sondergesetz, der Konstruktion nach aus finsternen Zeiten bekannt.

Eine weitere, recht ekelhafte Variante der staatlichen Einflußnahme auf den Meinungsdiskurs ist die massive finanzielle Unterstützung privater Organisationen, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, unerwünschte Meinungen zu diskreditieren und zu kontern. Das Schmiergeld für die medialen Blockwarte beispielsweise des Unternehmens CORRECTIV betrug 2023 mehr als 430 000 Euro. Das Zentrum Liberale Moderne, als GmbH vom grün-russophoben Ehepaar Marieluise Beck und Ralf Fücks gegründet, griff besonders erfolgreich Staatsknete ab: Laut Antwort der Bundesregierung auf Anfrage der Linken wurde es seit 2018 mit mehr als 4,4 Millionen Euro gefördert. Eines seiner wichtigsten Projekte namens „Gegneranalyse“ hat sich der aggressiven Kritik oppositioneller kritischer Medien verschrieben.

Befund: Denunziatorische Drecksarbeit, von der Bundesregierung finanziert.

Mehrheit bezweifelt Meinungsfreiheit

Der allgegenwärtige Meinungsdruck hat inzwischen dazu geführt, daß nur noch 40 Prozent der Deutschen glauben, ihre Meinung frei äußern zu können. So groß war die Sorge in der Bundesrepublik noch nie, für frei heraus geäußerte Gedanken abgestraft zu werden. Nur Anhänger der Grünen geben sich nach wie vor von der Meinungsfreiheit überzeugt. Wen wundert's?

Keine Geschichte ohne besondere Duftnote: Die Bertelsmann-Stiftung, bekannt für ihre verheerende Abfüllung regierender Flaschen (u.a. das Konzept zur Halbierung der Krankenhausbetten vor fünf Jahren) bewaffnete kürzlich zusammen mit dem obskuren Bürgererrat (vorwiegend Lobbyisten) unsere Innenministerin Nancy Faeser für deren Kampf gegen die Meinungsfreiheit: „Vor dem Posten (= Text im Internet veröffentlichen, d. Verf.) soll es eine angemessene Bedenkzeit (2–5 Minuten) ... geben. Innerhalb dieser Bedenkzeit überprüft eine KI (= Künstliche Intelligenz, d. Verf.) den Inhalt auf mögliche Desinformation ... Besteht ein Verdacht auf Desinformation, soll ein Warnhinweis erscheinen ... Entscheidet sich die Verfasserin / der Verfasser, trotzdem zu posten, wird der Inhalt zurückgehalten und durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Plattform final geprüft. Bei einer Einstufung des Beitrags als Desinformation wird der Post nicht veröffentlicht.“

Bertelsmann regt sogar an, die Verbreitung von vermeintlicher/angeblicher Desinformation strafrechtlich zu ahnden. Die Herrschaften demonstrieren damit ein Demokratieverständnis gleich rechts neben dem des Hunnenkönigs Attila.

Der Kampf gegen „falsche“ Meinung, umgeformt in Strafverfolgung, ist voll entbrannt.

Friedhelm Klinkhammer, Volker Bräutigam

Redaktionell gekürzt

Quelle: <https://publikumskonferenz.de/blog>, 15.10.24

Sie lügen mehr noch wie gedruckt – ein Medienfreiheitsfazitfragment –

Feindnachrichten sind Lügengeschichten,
Die schau und hör ich mir nicht an.
Denn alles, was sie je berichten,
Zielt ab, auf Wahrheit zu verzichten,
Vasallengleich im Lügenbann.

Kapitalinteressen sind's früh bis spät.
Desinformanten lenken, lenken ab.
Der Horizont, mit Unkraut ausgesät,
Worauf die Ernte für ein Friedhofsbeet
Im Hirn der Lebenden schon zeigt das Grab.

E.Rasmus

Die nachfolgende Arbeit von **Dr. Wolfgang Trunk** aus Frankfurt/Main basiert auf in den *Marxistischen Blättern (MBL)* veröffentlichten Texten verschiedener Autoren, die sich mit der Frage des Militarismus aus historischer und gegenwärtiger Sicht befassen. Die in Frankfurt/Main gegründete Zeitschrift erscheint seit November 1963 und steht der Deutschen Kommunistischen Partei nahe.

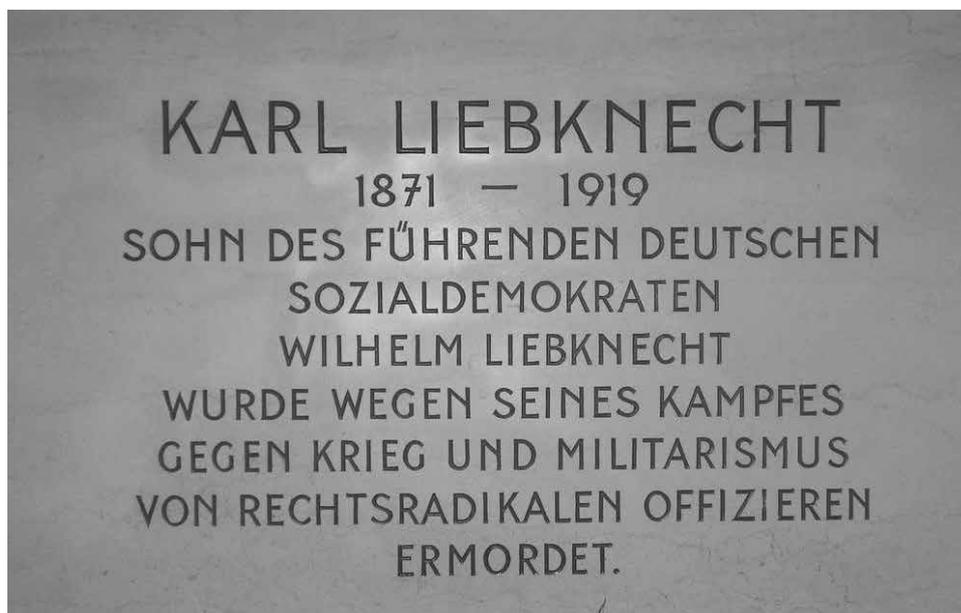
Zur Frage des Militarismus

Ein erster Hinweis auf den Militarismus von Seiten der Klassiker findet sich bei Friedrich Engels. In seinem „Anti-Dühring“ von 1878 schreibt er über den deutsch-französischen Krieg der Jahre 1870/71 und stellt fest, daß „dieser Krieg alle kontinentalen Großstaaten gezwungen“ hat, „das verschärfte preußische Landwehrsystem bei sich einzuführen“ [MEW 20, 158]. Neben dem stehenden Heer wurden zusätzliche Verbände von Veteranen und weiteren Kräften gebildet, mit denen man die militärische Aktivität ausweiten konnte. Dadurch hat sich auch die ökonomische „Militärlast“ vergrößert: „Die Konkurrenz der einzelnen Staaten untereinander zwingt sie ..., jedes Jahr mehr Geld auf Armee, Flotte, Geschütze etc. zu verwenden“ [ebd.].

In seinen beiden Formen bildet er eine ‚Lebenserscheinung‘ des Kapitalismus: als Militärmacht, die die kapitalistischen Staaten bei ihren äußeren Zusammenstößen einsetzen (‚Militarismus nach außen‘, wie es die Deutschen nennen), und als Waffe in den Händen der herrschenden Klassen zur Niederhaltung aller ... Bewegungen des Proletariats (‚Militarismus nach innen‘)“ [LW 15, 187]. Wenn Lenin hier von einem „modernen“ Militarismus spricht, dann ist das ein Vorgriff auf seine Imperialismus-Analyse, die er acht Jahre später, im Jahr 1916, vorlegen sollte [LW 22, 189 f.]. Danach ist der Militarismus des zwanzigsten Jahrhunderts nicht einfach durch den Kapitalismus bedingt, sondern durch dessen neue Entwicklungsstufe, den Imperialismus.

Subjekte und Strukturen, er übergreift Basis und Überbau der jeweiligen Gesellschaft und verändert sich historisch mit ihr; er weist Variablen auf, nimmt verschiedene Qualitäten an und bringt unterschiedliche Typen hervor. Nicht erst heute, da seine Vorherrschaft infrage gestellt ist, stützt sich der Imperialismus der USA auf seine militärische Übermacht. Für das US-Militär wird ein extremer Aufwand getrieben, mit der Entwicklung und dem Einsatz modernster Technik, dem Schwerpunkt auf den Offensiv-Kapazitäten von Marine und Luftwaffe und einem globalen Netz von Stützpunkten – das ist Militarismus in seiner bislang höchstentwickelten Form. Im Gegensatz dazu konnte Lenin feststellen, daß England, die Kolonialmacht schlechthin, in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts jenes Land war, „das damals am wenigsten Militarismus ... kannte“, eben weil es ein Land noch in der „Kulminationsperiode des vomonopolistischen Kapitalismus“ war [LW 32, 349], quasi „das Muster eines rein kapitalistischen Landes“ [LW 25, 428].

Als Besonderheit des deutschen Militarismus gilt seine preußische Herkunft. Preußen war ja „durch die Nationalstaatsbildung nicht in Deutschland aufgegangen“, wie Heiner Karuscheit in den *Marxistischen Blättern* [MB] feststellt, „sondern hatte durch die ‚großpreußisch-militaristische Reichsgründung‘ seine Macht umgekehrt auf ganz Deutschland ausgedehnt“ [MB 4.2018, 99]. So bekam der preußische Militarismus eine „strukturbestimmende Bedeutung im spezifisch deutschen Bündnis von Großbourgeoisie und feudalen Junkern“ [Wagener, MB 3.2014, 52]. Im Ergebnis war „die ganze wilhelminische Gesellschaft vom Militarismus durchdrungen“ [Niemann, MB 3.2014, 70]. Gerhard Feldbauer spricht hier von Auswüchsen eines „Halbabsolutismus“, die für Deutschland charakteristisch waren, und die „den Faschismus weit stärker als in Italien“ begünstigt haben [MB 1.2004, 95]. In ihrem Aufruf vom Juni 1945 hat die KPD deshalb gefordert, die bürgerlich-demokratische Umbildung aus dem Jahr 1848 „zu Ende zu führen, die feudalen Überreste ... zu beseitigen und den ... altpreußischen Militarismus ... zu vernichten“ [MB 3.2020, 100]. Es ist freilich ein Lehrstück in Sachen „Geschichte“, daß der Militarismus in Deutschland überhaupt noch zum Thema wird. Eigentlich sollte er seit 1945 erledigt sein. Auf den Konferenzen in Jalta und Potsdam hatten die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs erklärt, sie wollten den deutschen Militarismus ausrotten, um eine künftige Bedrohung durch Deutschland auszuschließen. Das wurde mit dem Potsdamer Abkommen verbindlich vereinbart. Vier Jahre später wurde die Geltung dieser Vorschriften durch die Verfassung der BRD anerkannt, aber der entsprechende Paragraph 139 des Grundgesetzes ist nur noch Makulatur. Ständen die Remilitarisierung und



Gedenktafel in der Wohnhausanlage Liebknechtshof (1926/27) von Karl Krist in Wien-Meidling

So ist „die Armee ... Hauptzweck des Staats, ist Selbstzweck geworden“ [ebd.]. Diese Politik, die Europa „beherrscht und verschlingt“, bezeichnet Engels als „Militarismus“ [ebd.]. Die marxistische Auslegung des Begriffs von heute steht in dieser Tradition. Militarismus liegt demnach vor, wenn eine herrschende Ausbeuterklasse „zur Verwirklichung ihrer Expansionspolitik ... den militärischen Mitteln ... die Hauptrolle in der Politik zuweist“, und wenn deshalb „die bewaffneten Kräfte ... zu extremer Stärke entwickelt werden“ [Kleines Politisches Wörterbuch, Berlin/DDR 1983, 617]. In seiner Schrift „Militarismus und Antimilitarismus“ aus dem Jahr 1907 hat Karl Liebknecht zwei Wesenszüge des Militarismus angesprochen. Zum einen begreift er den Militarismus als eine „Lebenserscheinung“ des Kapitalismus, zum anderen verdeutlicht er den Zusammenhang von Aggression nach außen und Repression nach innen. Ein Jahr später knüpft Lenin hier an: „Der moderne Militarismus ist ein Resultat des Kapitalismus.

Mit seiner Schrift zu diesem Thema, mitten im Krieg verfaßt, hat Lenin die Aggressivität des Imperialismus von dessen aktuell-ökonomischer Basis her begründet, und damit wird auch der Begriff des Militarismus theoretisch auf eine höhere Stufe gehoben. Da „der Imperialismus ein ‚erbitterter Kampf der Großmächte um Teilung und Neuaufteilung der Welt‘ ist, muß er „unvermeidlich zur weiteren Militarisation in allen ... Ländern führen“ [LW 23, 95]. Der „moderne“, der imperialistische Militarismus, erweist sich als eine soziale Gesetzmäßigkeit. Liebknecht hatte schon im ersten Satz seiner Schrift herausgestellt, daß der Militarismus etwas „Verwickeltes, Vielgestaltiges“ und „Vielseitiges“ ist. Mit der Aggression nach außen und der Repression nach innen werden zunächst zwei Dimensionen der Vielgestaltigkeit in den Blick genommen. Innerhalb dieses Rahmens hat der moderne Militarismus dann seine Elemente und Erscheinungsformen – er existiert als Tendenz und als Status, er hat

die NATO-Mitgliedschaft der BRD bereits im offenen Gegensatz zu einer Friedenspolitik, so wurde die Sache mit dem 2-plus-4-Vertrag besiegelt. Seither wird der Paragraph 139 GG offiziell als obsolet angesehen. Nach Patrik Köbele ist das „ein Beispiel dafür, wie Artikel des Grundgesetzes in einer Allianz von Parlament, Behörden und Gerichten einfach ignoriert werden“ [MB 3.2019, 89]. Der gesamte Umgang mit den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens ist ein Indiz für die wahren Absichten der herrschenden Klasse und den Einfluß des Militarismus in der BRD. Robert Steigerwald sprach vom „Aufbau eines neuen deutschen Militarismus“ in der jungen BRD, und das war kein einfaches Vorhaben [MB 4.1999, 71]. In der Hauptsache ging es um dessen „Wiederbelebung ... als Hilfstruppe im Kampf gegen den Kommunismus“ [Neuber, MB 2.2009, 29]. Das traf sich mit einem „Interesse der alten Wehrmachtsführung an ihrer Rehabilitierung“ [ders., MB 2.2005, 47]. Dagegen stand aber der Umstand, daß sich die „Weltkriegskatastrophe ... in das kollektive Bewußtsein der Kriegs- und Nachkriegsgeneration“ eingegraben hatte [Strutinsky, MB 1.2014, 57]. Auch auf Seiten der Westalliierten war die „Furcht vor einem ... wiedererwachenden deutschen Militarismus ... allgegenwärtig“, weshalb „der NATO-Beitritt Westdeutschlands erst 1955“ erfolgte [ders., MB 2.2009, 26]. Unter diesen Bedingungen mußte die vierte Auflage des deutschen Militarismus ganz anders daherkommen als seinerzeit im alten Preußen, im wilhelminischen Kaiserreich oder gar im Faschismus. Der neuen Wehrmacht, der Bundeswehr hat man ein demokratisch-modernes Image gegeben: Ihre Aufgabe sollte allein die Verteidigung sein, und es galt „das Konzept der Inneren Führung bzw. des Bürgers in Uniform“ [Venzeke, MB 4.2010, 122]. Das hat „dazu beigetragen, daß in großen Teilen der Bevölkerung Militarismus nicht an politischen, gar von klassenmäßigen Erkenntnissen geprägten Kriterien festgemacht wird“ [Deumlich, MB 6.1996, 84]. Bekanntlich hat Deutschland zwei nationale Vollformen des modernen Militarismus hervorgebracht, nämlich den Militarismus des Kaiserreichs und jenen des deutschen Faschismus. Der militaristische Charakter dieser Verhältnisse war für die Zeitgenossen eine Erfahrungstatsache, und auch im historischen Rückblick ist er offensichtlich. Im Deutschland der BRD hat der Militarismus nicht nur ein anderes, zunächst verdecktes Gesicht angenommen – es hat sich auch die Art gewandelt, in welcher der Militarismus seine Kriterien erfüllt. Zwar stellt die Bundeswehr ein Instrument reaktionärer Politik dar, aber sie ist nicht zum „Hauptzweck des Staats“ geworden; die „Militärlast“, von der Engels sprach, ist in Deutschland groß, aber sie überfordert den Staat nicht; vor allem setzt der Imperialismus der BRD nicht primär auf militärische Mittel, zumal Deutschland über keine politischen Waffen verfügt. Vor diesem Hintergrund hat Werner Ruf eingeschätzt, daß „die Verwertungsmöglichkeiten für ... deutsches Kapital ... friedliche Verhältnisse“ benötigen [MB 4.1990, 71]. Gleichwohl macht „die deutsche Monopolbourgeoisie ... den Konfrontationskurs“ der USA heute mit,

wie Lucas Zeise anmerkt, wenn auch „unter der Parole vom ‚Primat der Politik‘“, womit sie andeute, „daß ihre ökonomischen Interessen eigentlich anders gelagert sind“ [MB 1.2015, 131]. Immerhin bietet dieser Widerspruch einen Ansatzpunkt für den Klassenkampf der Friedenskräfte in Deutschland. Der Schlüssel zum Verständnis des BRD-Militarismus liegt in seinem imperialistischen Charakter. Wie sich der Imperialismus gewandelt hat, so hat sich auch dessen Militarismus verändert. Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges sind die Hauptstaaten des Imperialismus nicht mehr nur Konkurrenten, sondern sie bilden eine „Schicksalsgemeinschaft“ [Landefeld, MB 4.2011, 7]. Das Kolonialsystem war zusammengebrochen, und das sozialistische Weltsystem war neu entstanden. Dem Imperialismus stand nun ein kollektives Subjekt gegenüber, ein Zusammenschluß von Staaten, und dieser Veränderung seiner Handlungsbedingungen hat er sich angepaßt. So war die „Gründung der NATO am 4.4.1949 ... etwas qualitativ Neues“ [Knorr, MB 2.1999, 34]; die „imperialistische Militärblockpolitik nahm einen komplexen Charakter an“ [ebd., 35]. Es versteht sich von selbst, daß die Arbeitsteilung in einem solchen Block vom Prinzip der Macht bestimmt wird. Der Militarismus der BRD hatte hier nur als Juniorpartner der USA eine Chance. Da waren die Verhältnisse klar, und es bestand Planungssicherheit – noch heute wird von regierungsoffizieller Seite das Prinzip der Hegemonie jenem der Multipolarität in Worten vorgezogen. Allerdings mehren sich die Anzeichen, daß der deutsche Militarismus Wege sucht, um aus dem Schatten der USA herauszutreten. Angesichts dieser Entwicklung fragt Wolfgang Gehrcke, „wie stark und vor allem wie autonom der deutsche Militarismus“ ist [MB 6.2018, 45]. Ab den sechziger Jahren kam die Anpassung des Imperialismus in einer neuen Strategie der NATO zum Ausdruck, der „Flexible Response“. Dieser Ansatz verlangte Armeen, die stets einsatzbereit sind, die auf alle Arten militärischer Aktion vorbereitet sind, und die sich auf eine leistungsfähige Kriegsindustrie stützen können – Prinzipien, die auch weiterhin gelten. Der Rang des Militär-Industrie-Komplexes wurde mit der „Flexible Response“-Strategie faktisch festgeschrieben. Damit geht eine „politische Verselbständigung des Militärs“ einher [Deumlich, MB 6.1996, 83], vor der erstmals ein ausgewiesener Kenner öffentlich gewarnt hat, nämlich Dwight D. Eisenhower. Wenn bereits Liebknecht davon gesprochen hatte, der Militarismus sei zu einem Staat im Staat geworden, ja zu einem Staat über dem Staat [II., 3], dann ist der Militär-Industrie-Komplex heute dessen Hauptstruktur. Arno Neuber weist darauf hin, daß dieser Komplex von inneren Spannungen nicht frei ist, und er bedauert zu recht, daß der Begriff des Militär-Industrie-Komplexes „weitgehend aus den aktuellen theoretischen Debatten verschwunden“ ist [MB 6.2012, 67]; es reiche nicht aus, nur von einer „Rüstungslobby“ zu sprechen [ebd.]. In das Bewußtsein der Massen tritt der Militarismus zunächst durch seine Propaganda. Er ist auf die Manipulation angewiesen, da er

breite Akzeptanz für eine Politik braucht, die sich gegen die Interessen des Volkes richtet. Ungebrochen sind hier die „militaristische Symbolik“ sowie „die Kriegs- und Soldatenromantik“ [Weber, MB 6.2000, 65]; in ihrer Eigenwerbung stellt sich die Bundeswehr entweder als eine Art Abenteuer-Urlaub dar oder als Organisation mit sozialer Verantwortung, ähnlich der Feuerwehr oder dem Rettungsdienst. Bei Bedarf reicht die Propaganda-Arbeit aber bis zur „Schaffung einer Kriegspsychologie“ [Becher, MB 5.2014, 103]. Allerdings ist die Reichweite eines konventionellen Hurra-Patriotismus heute begrenzt. Reinhard Kühnl hat darauf hingewiesen, daß der jungen Generation „in ihrer großen Mehrheit der ganze Humbug vom Deutschtum und von deutscher Seele und vom deutschen Blut zum Hals heraushängt“ [MB 1.1992, 57]. Deshalb „versuchen die Herrschenden schon seit längerem, die Interventionspolitik von NATO, EU und Bundesregierung ‚humanitär‘ umzudeuten“ [Strutinsky, MB 3.2010, 19]. Mit dieser Ausrichtung werden auch Kreise der Bevölkerung erreicht, deren Selbstverständnis nicht militaristisch oder chauvinistisch ist. Hier liegt eine große ideologische Herausforderung für die konsequenten Friedenskräfte.

Wenn übrigens Liebknecht und Lenin von einem Militarismus „nach innen“ sprachen, dann war jene Seite bürgerlicher Herrschaft gemeint, die man heute als „Repression“ bezeichnet. Das ist die Gesamtheit der Maßnahmen von Zwang und Gewalt, die gegen den sogenannten inneren Feind ergriffen werden, insbesondere gegen die Arbeiterbewegung und ihre Organisationen. Parallel zum Militär erfordern auch diese Maßnahmen einen Apparat, vor allem die Polizei, die politische Justiz, das zentrale Kriminalamt und den Inlandsgeheimdienst. Für den kritischen Bürger der BRD ist das nichts neues – das IMSF hat schon im Jahr 1977 eine Studie zum Ausbau des staatlichen Repressionsapparats vorgelegt [Informationsbericht Nr. 29]. Historisch neu ist indes etwas anderes: An die Seite des Staates und seiner Repression ist die Zivilgesellschaft getreten. Deren „spezifische Funktion“ ist die „Herrschaftssicherung auf dem Gebiet der geistigen Orientierung, der Mentalitäten und Weltbilder“ [Seppmann, MB 1.1992, 85]. Und der „entwickelte Kapitalismus ... ist ... der Inbegriff einer zivilgesellschaftlich strukturierten Formation, eines auf Hegemonie und Konsens ... aufbauenden Machtsystems“ [ebd.]. Damit hat die Integrationspolitik an Bedeutung gewonnen, und die Repression hat sich relativiert. Allerdings stehen diese beiden Seiten in einem Spannungsverhältnis – wer die Repression forciert, der kann die Integration gefährden. So bilden Integration und Repression den strategischen Grundwiderspruch im heutigen Herrschaftssystem der BRD.

Im Wesentlichen bleibt festzuhalten: Die Militarisierung ist der Ausdruck eines Militarismus, wie der Militarismus eine Erscheinung des Imperialismus ist. Aber so offensichtlich die Prozesse der Militarisierung sind, so erklärungsbedürftig ist der Militarismus.

Dr. Wolfgang Trunk
Frankfurt/Main

Fast 80 Jahre nach dem Sieg über den Faschismus wird der Weg in einen neuen Weltkrieg vorbereitet

Konflikte und Kriege brechen nicht einfach aus, sondern haben stets eine Vorgeschichte, die von Politikern und Medien stets verschwiegen wird. Selbst der UNO-Generalsekretär holte sich kräftige Rüffel der westlichen „Wertegemeinschaft“ ein, als er vor einiger Zeit richtig bemerkte, daß der Krieg im Gaza-Streifen nicht im luftleeren Raum entstanden ist! Zu dieser Vorgeschichte, bezogen auf den Ukraine-Konflikt, gehört ein orchestriertes Konzept zur Desorientierung der Bevölkerung nach innen und ungestörter Aggression nach außen. Dazu einige Tatsachen:

- Rußland ist unser Feind Nummer eins. Das kolportierte beispielgebend der Historiker Schögel bei ntv am 24.11.24: „Der Osteuropa-Historiker Karl Schlögel fordert von Deutschland eine grundsätzliche Korrektur seiner Rußland-Politik und warnt vor Blauäugigkeit gegenüber den weiteren Zielen von Präsident Wladimir Putin. ‚Rußland ist der Feind‘, sagte Schlögel, einer der profiliertesten Kenner Rußlands. ‚Rußland ist ein Staat, der in Europa einen Krieg angefangen hat, und darauf müssen sich die Deutschen einstellen. Das heißt: verteidigungsbereit sein, abwehrbereit sein.“
- In diesem Konzert dürfen natürlich auch die Geheimdienste nicht fehlen: Mitte Oktober warnte der Chef des deutschen Bundesnachrichtendienstes, Bruno Kahl, daß Rußland die NATO vor 2030 angreifen könnte. Seiner Meinung nach betrachtet der Kreml Deutschland als Feind, da Berlin die zweitgrößte Unterstützung für Kiew leistet. Weiter zitiert ntv Kahl mit den Worten: „Wir befinden uns in einer direkten Konfrontation mit Rußland“, und zeigte sich empört, daß Putins Bestreben nicht nur die Eroberung der Ukraine, sondern auch die „Schaffung einer neuen Weltordnung“ sei.
- Daß Informationen der Geheimdienste mit größter Vorsicht zu genießen sind, ist nicht erst seit dem Irak-Krieg und den dort als gesichert angenommenen Massenvernichtungswaffen bekannt. Generell wird bei

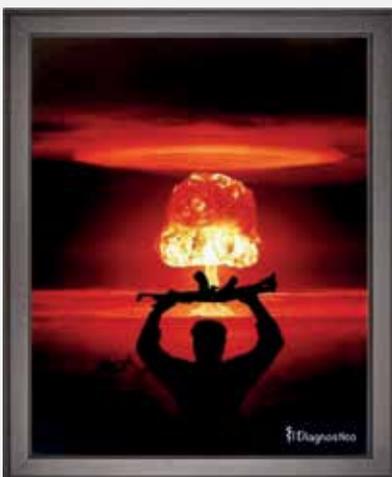
Vorkommnissen der unterschiedlichsten Art der „Russe“ als „wahrscheinlicher“ Verursacher dargestellt, egal ob es sich um ein Loch im Zaun der Bundeswehrkaserne oder um den Brand in einer Berliner Rüstungsfirma handelt. Was das Loch im Zaun angeht, kommentierte ntv am 28.11.24, daß NVA-Kasernen (!) noch richtig bewacht worden seien. Jeden Tag geistern, lanciert durch Geheimdienste, „Vermutungen“ durch die Medien, wann der „Russe“ angreifen wird.

- Diesem Gebaren schließt sich auch die Bundeswehr mit ihrem Generalinspekteur Breuer an, der bei Caren Miosga am 27.11.24 vom Leder zog. Dabei war auch kurz der Absturz einer DHL-Maschine in Vilnius Thema. Der Hellseher schließt einen Sabotageakt nicht aus. Präsident Putin habe einen hybriden Zustand erzeugt, der nicht mehr ganz Frieden sei, aber auch noch nicht Krieg. Dazu gehöre, „daß man austestet, wie weit man gehen kann“, so Breuer. Alle Expertenmeinungen unmittelbar nach diesem tragischen Unfall gehen jedoch in Richtung technisches oder menschliches Versagens.
- Um die Lage noch weiter anzuheizen, erklärte der Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, Admiral Rob Bauer, während einer Konferenz in Brüssel. „An der Spitze der NATO wird in Betracht gezogen, im Falle eines bewaffneten Konflikts zwischen Moskau und dem Bündnis präzise Präventivschläge auf russischem Gebiet durchzuführen. Ein klügerer Ansatz ist, nicht zu warten, sondern im Falle eines Angriffs auf uns die Raketenabschußrampen in Rußland anzugreifen. Wir benötigen eine Kombination präziser Schläge, um die für Angriffe auf uns genutzten Systeme lahmzulegen, und wir müssen den ersten Schlag ausführen.“ Er fügte hinzu, daß die Nordatlantikkallianz ihre Waffenbestände auffüllen und die Luftverteidigungssysteme sowie Systeme für präzise Schläge modernisieren muß. Was ein Erstschlag bedeutet, sollte nicht nur dem militärisch Gebildeten bekannt sein!

- Wir alle sind Zeugen der ständig eskalierenden Waffenlieferungen der NATO-Staaten an die Ukraine, vom Schutzhelm angefangen bis zum Jagdflieger F-16. Von Taurus abgesehen, bleiben eigentlich nur noch Bodentruppen übrig. Aber auch hier tut sich etwas. Dazu äußerte sich der Politikwissenschaftler Carlo Masala von der Universität der Bundeswehr in München. Er sagte dem RedaktionsNetzwerk *Deutschland (RND)*: „Wir brauchen eine Rückfalloption für den Fall, daß die USA ihre Waffenlieferungen an die Ukraine einstellen. Dabei geht es um eine Koalition der Willigen, die im Zweifel auch bereit ist, Bodentruppen in die Ukraine zu entsenden. Da ist gerade viel in Bewegung, in Frankreich, Großbritannien und Polen.“ Interessant in diesem Zusammenhang die Äußerung des Kanzlerkandidaten der Grünen, Herrn Habeck, daß Kanzler Scholz diesbezüglich immer zu spät entschieden habe.
- Nicht zuletzt gehört in die Rubrik Eskalation der Lage auch die Meldung, daß das Bundesamt für Bevölkerungsschutz einen Bunkerschutzplan für Deutschland prüfe.

Viele Fakten ließen sich noch anfügen, überdeutlich wird, daß die Gefahr eines vernichtenden Krieges immer größer wird, aber nicht, weil Rußland ein Feind Deutschlands ist oder plant, demnächst NATO-Staaten anzugreifen! Dafür gibt es in Äußerungen des russischen Präsidenten keinerlei Belege. Rußland war und ist jederzeit an guten Beziehungen zu Deutschland interessiert. Unser Verband zur Pflege der Traditionen der NVA und der Grenztruppen der DDR definiert sich laut Statut aus gutem Grund als parteipolitisch unabhängig. Im Vorfeld der bevorstehenden Bundestagswahl ist aber jeder gut beraten, sich genau zu überlegen, welcher Partei er seine Stimme gibt!

Oberst a.D. Friedemann Munkelt
Leipzig



ANGEHEUERT UND GEFEUERT HIRED AND FIRED

Obwohl noch nicht „erklärt“ und ausgesprochen, Darf unser Erdball heut schon sicher sein: Der „Dritte Weltkrieg“ – wenn auch vorerst klein – Ist leider längst inzwischen ausgebrochen.

Wer kennt sie nicht, die Story „Kain und Abel“
Kain wollte alles, brachte Abel um.
Auch Weltmacht Geld wählt das Martyrium
Und meint: „Atomkrieg? Notfalls akzeptabel!“

Heißt dies, den Schlaf der Weltvernunft forcieren?
Es sieht, genau betrachtet, danach aus.
Was sicher fehlen wird, ist der Applaus.
Die Hölle wird dies garantieren.

Lutz Jahoda, 27.11.2024

NATO-Admiral verrät Phantasien der Allianz über „Schlag gegen Rußland“

Die Äußerungen aus der NATO-Spitze über die mögliche Durchführung eines „Präventivschlags gegen Rußland“ seien unverantwortlich, warnte der russische Außenminister Sergei Lawrow. Worum handelt es sich? Im Dezember hatte der Leiter des NATO-Militärausschusses, der niederländische Admiral Rob Bauer, erklärt: „Wir haben unsere Einstellung zum Konzept der Verteidigungsalianz geändert. Es ist viel vernünftiger, nicht auf einen Angriff zu warten, sondern die Raketenwerfer in Rußland zu treffen, falls Rußland uns angreift.“ „We must strike first“, forderte Bauer. Die Aussage des Admirals in englischer Sprache hat eine gewisse Feinheit, da der Satz im vollen Wortlaut zweideutig ist. Im Englischen kann diese auf zwei Arten verstanden werden – sowohl im Sinne eines Gegenschlags (Rußland greift an, die NATO schlägt gegen die russischen Raketenwerfer zurück) als auch eines Präventivschlags (Rußland ist im Begriff, einen Angriff zu starten, die NATO führt zuerst einen Schlag gegen die russischen Raketenwerfer durch). Mit anderen Worten: Der Satz ist so formuliert, daß die Idee eines Erstschlags zum Ausdruck kommt, man aber bei Bedarf behaupten kann, daß der Admiral „mißverstanden“ wurde. Die Grenze zwischen der Aufforderung zu einer Antwort auf eine Aggression und der Aufforderung zu einer offenen Aggression ist hier völlig verwischt. Auch Hitler behauptete einst, daß er Stalin lediglich zuvorkommen wollte. Westliche Strategen gehen davon aus, daß Rußland es nicht wagen wird, Atomwaffen einzusetzen, wenn sich die USA in den Ukraine-Konflikt in Form einer direkten Beteiligung einmischen.

Dieser Mythos ergibt sich schon aus dem Zitat selbst – welche Raketenwerfer will Bauer mit den NATO-Kräften treffen? Iskander? Diese sind aber ein mobiles Mittel; nach dem Abschuss klappt die Batterie das Raketen-system in wenigen Minuten zusammen und verschwindet. Welche Anlagen haben wir denn stationär? Nur Siloabschußrampen der strategischen Raketentruppen. Diejenigen, in denen russische Interkontinentalraketen (ICBM) im Einsatz sind. Es gibt eine Redewendung in Bezug auf strategische Atomwaffen: „Use it or lose it“ (zu Deutsch: „Benutze es oder verliere es“). Sie wurde von den US-Amerikanern schon während des Kalten Krieges formuliert. Sinngemäß geht es um Folgendes: Wenn die Atomwaffen einer Seite kurz davor sind, angegriffen zu werden, steht diese Seite vor dem Dilemma, sie zu verlieren oder sie unter Umständen einzusetzen, unter denen sie dies gerade nicht wollte.

Nach dem Verständnis der westlichen Strategen der Vergangenheit sind daher Schläge auf strategische Kriegsmittel nur dann zulässig, wenn man selbst bereit ist, aufs Ganze zu gehen. Alle atomaren Sprengköpfe einsetzen, zig Millionen Zivilisten und Millionen von Soldaten opfern. Oder man sollte sich bemühen, die

Eskalation einzudämmen, nach dem Prinzip „hier kämpfen wir, dort nicht“, wie es zum Beispiel die Briten 1982 im Falklandkrieg taten. Oder gar nicht zu kämpfen. Dieses Dilemma ist die eine Seite der sogenannten nuklearen Abschreckung – etwas, das den Frieden in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg sicherte. Bauers Worte deuten darauf hin, daß der Verstand der Menschen, die für die Entscheidungsfindung im NATO-System verantwortlich sind, seit dem Kalten Krieg drastisch zurückging. Sie erkennen nicht, daß sie die Existenz ihrer eigenen Zivilisation aufs Spiel setzen. Sie können Bedrohungen nicht mehr angemessen einschätzen, sie können die Folgen ihres Handelns nicht mehr vorhersehen. Sie halten sich nicht mehr an die Prinzipien und den klassischen Kanon der nuklearen Abschreckung.

Da dies der Fall ist, sollten wir davon ausgehen, daß diese Leute, die Anführer der NATO, eines Tages versuchen werden, ihre aggressiven Pläne zu verwirklichen. Damit ein aggressives Land einen Krieg beginnt, muss es nicht unbedingt in der Lage sein, diesen auch zu gewinnen. Es genügt, wenn es glaubt, daß ein Sieg möglich ist. Deutschland zum Beispiel hatte keine Chance gegen das Britische Weltreich, die UdSSR und die USA zusammen. Dennoch zog es mit ihnen in den Krieg. Wichtig ist auch, folgende zu beachten: Bauer ist die Spitze eines riesigen Eisbergs. Der Westen veröffentlicht regelmäßig Analysen, in denen „Enthauptungsschläge“ gegen Rußlands Atomstreitkräfte durchgespielt werden. Das Interesse der westlichen Politiker und Militärs an einem Präventivschlag gegen Rußland ist heute größer denn je. Das heißt, sie erwägen ernsthaft eine solche Option. Was könnten sie einsetzen, wenn man diesen „Angriff gegen die Abschußrampen“ durchführen würde?

Bei einem Erstschlag gegen Rußland würde der Westen sofort strategische Atomwaffen einsetzen. Der Krieg gegen Rußland würde genau mit ihrem Einsatz beginnen. Ganz einfach deshalb, weil kein anderes Mittel diese „Abschußrampen“ treffen kann. Wenn sie nicht getroffen werden, wird Rußland mit all seiner Macht antworten und den Angreifer vernichten. Marschflugkörper haben eine lange Flugzeit, in der es leicht ist, einen Gegenschlag auszuführen. Die USA verfügen nur über wenige Mittelstreckenraketen mit dem Hyperschall-Gefechtskopf Dark Eagle – eine Batterie im Testbetrieb auf US-amerikanischem Boden. Es wird Jahre dauern, bis diese für einen Erstschlag ausreichend sind. Ballistische Raketen vom Typ Minuteman auf US-Territorium haben eine zu lange Anflugzeit, mindestens eine halbe Stunde, und sie können auch nicht für einen plötzlichen Erstschlag eingesetzt werden. Es bleibt nur ein Mittel übrig, und auf dieses wird sich der Westen in einem solchen Fall verlassen: ballistische Raketen von Atom-U-Booten mit Nuklearsprengköpfen. US-amerikanische und

britische seegestützte ballistische Trident-II-Raketen und französische M51-Raketen sind die wirklichen Mittel, um den von Bauer beschriebenen Präventivschlag gegen Rußland zu führen. Für den Fall, daß sie sich zum Zeitpunkt des Schlags in Gewässern in der Nähe Rußlands – zum Beispiel im Mittelmeer – befinden. Der Westen hat keine anderen Mittel. Aber diese sind vorhanden – und sie sind voll einsatzbereit. Die Flugzeit dieser Raketen bis zu den russischen ICBM-Silos ist viel kürzer und beträgt manchmal nur wenige Minuten, je nach Startpunkt. Binnen einer so kurzen Zeit werden die russischen strategischen Raketentruppen möglicherweise nicht in der Lage sein, zu reagieren – zumindest hofft das die NATO. Admiral Bauer hatte offenbar genau diese Waffen vor Augen.

In diesem Fall ist es angebracht, an ein Zitat zu erinnern, dessen Urheber unbekannt ist. Das Internet schreibt es einer alten jüdischen Holocaust Überlebenden zu. Es lautet: „Behaltet immer im Gedächtnis: Wenn jemand irgendwo verspricht, euch zu töten, dann glaubt ihm. Denkt nicht, wie wir es vor dem Holocaust getan haben, daß es nur deren Politik ist und sie gute und nette Menschen sind, daß sie das nur so sagen. Wenn sie ihren Worten Taten folgen lassen, wird es zu spät sein.“ Robert Bauer hat nichts mit den US-Atomwaffen zu tun, aber er ist Teil des Systems, das sie kontrolliert. Ein unbedeutender Teil, ein unverantwortlicher und geschwätziger Angestellter in einer Unterstützungsstruktur. Jedenfalls spricht er aus, was die Leute, die dieses System bilden, denken. Niemand in der NATO-Führung hat seinen Äußerungen widersprochen.

Alexander Timochin

Redaktionell gekürzt

Alexander Timochin ist ein russischer Journalist.

Quelle: Zeitung Wsgljad, 29.11.2024

„Zeit für Kriegsmentalität“

Generalsekretär hält Krieg zwischen dem westlichen Militärbündnis und Rußland in vier bis fünf Jahren für möglich und fordert massive Aufrüstung. Berlin legt Industriestrategie dafür vor, verlangt weltweite Einsatzfähigkeit.

NATO-Generalsekretär Mark Rutte fordert von den NATO-Staaten Europas einen Schwenk hin zu einer „Kriegsmentalität“. Zum wiederholten Male forderte er eine massive Aufstockung der Rüstungshaushalte in den europäischen NATO-Staaten und in Kanada. Rußland und China weiteten ihre Waffenarsenale aus. Das sei „sehr gefährlich“, denn was gegenwärtig in der Ukraine geschehe, könne „auch hier geschehen“: Der NATO-Generalsekretär nannte in diesem Kontext einen Zeitraum von „vier bis fünf Jahren“.

„Verteidigung muß Vorrang erhalten“, verlangte Rutte. Die Rüstungsindustrie in Europa sei „in Jahrzehnten zu niedriger Investitionen“ und kleinlicher nationaler Interessen „ausgehöhlt“ worden; sie sei heute „zu klein, zu fragmentiert und zu langsam“. Mindestens drei Prozent der Wirtschaftsleistung seien erforderlich.

Zu der „Botschaft“, die Rutte vermitteln will, gehört die Forderung, künftig bei den Ausgaben für Renten, Gesundheit und Sozialsysteme Kürzungen vorzunehmen; dafür gäben die Staaten Europas „bis zu einem Viertel“ ihrer gesamten Wirtschaftsleistung aus – aus NATO-Sicht zu

viel. Rutte äußerte wörtlich: „Es ist Zeit, zu einer Kriegsmentalität umzuschwenken.“

Die Bundesregierung treibt eine massive Aufrüstung, wie Rutte sie fordert, schon längst aus eigenem Antrieb voran und hat, um sie weiter zu verstärken, eigens eine Nationale Sicherheits- und Verteidigungsindustriestrategie beschlossen. In dem Papier heißt es, Deutschland müsse „schnellstmöglich wehrhaft werden“; dazu müsse „der rasant gestiegene Bedarf an militärischen Gütern, Dienstleistungen und Innovationen“ so rasch wie möglich gedeckt werden. Um dies zu gewährleisten, habe die Bundesregierung jetzt die neue, in Kooperation mit der deutschen Rüstungsindustrie erstellte Strategie vorgelegt. Dabei setzt Berlin einerseits auf eine enge rüstungsindustrielle Kooperation innerhalb Europas. Andererseits sei es „zur Aufrechterhaltung und Stärkung der strategischen Souveränität sowie [der] Handlungsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland“ erforderlich, „gewisse sicherheits- und verteidigungsindustrielle Kernfähigkeiten und Kapazitäten ... national vorzuhaltend“. So soll etwa eine „engere [...] Verzahnung von ziviler sowie sicherheits- und verteidigungsbezogener Forschung und Entwicklung“ geprüft werden. Dazu sei auch „eine ergebnisoffene Diskussion über die Zivilklauseln“ erforderlich, die es seit geraumer Zeit an einigen Hochschulen gibt. Zudem sollen die geltenden Auflagen für den Bau

und den Betrieb von Waffenschmieden reduziert werden; zugleich sollen für die Rüstungsfinanzierung verstärkt auch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und die Europäische Investitionsbank herangezogen werden. Außerdem strebt Berlin Maßnahmen zur „Diversifizierung und Resilienz von Lieferketten“ an, um von gegnerischen Staaten – in der Praxis vor allem von China – unabhängig zu werden. Dies wird die Preise für Rüstungsprodukte weiter in die Höhe treiben. Kürzlich berichtete das Wall Street Journal, Bestrebungen einiger Start-ups aus der US-Rüstungsbranche, auf chinesische Rohstoffe und Bauteile vollständig zu verzichten, hätten gezeigt, daß dies zwar mit großem Aufwand möglich, aber teuer sei; die Ausgaben stiegen, so hieß es, in teils „sechs- bis zehnfache Höhe“.

Aufschlußreich ist, daß die Nationale Sicherheits- und Verteidigungsindustriestrategie ausdrücklich festlegt, die „militärischen Fähigkeiten, Ausstattung und Ausrüstung“ für die deutschen Streitkräfte müßten „in allen Lagen, Dimensionen, geostrategischen Räumen und klimatischen Bedingungen einsetzbar und einsatzfähig sein“. Dies straft die Behauptung, bei der Aufrüstung gehe es lediglich um die Landesverteidigung, Lügen.

*Redaktionell gekürzt
german-foreign-policy.com, 16.12.2024*

Unser Autor, Prof. Dr. Gerhard Oberkofler, erinnert in einem Beitrag für die „Zeitung der Arbeit“, Wien, an den österreichischen Wissenschaftler und Kommunisten Engelbrecht Broda und dessen „12 Merksätze über den Atomkrieg“. RF dokumentiert aufgrund seiner Aktualität Auszüge aus diesem in den 80er Jahren verfaßten Papier.

„Merksätze über den Atomkrieg“

Der österreichische Kommunist Engelbert Broda (1910–1983) hat nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht Wien 1938 verlassen müssen. Er ging nach Großbritannien und arbeitete dort in der britischen Kernenergieforschung mit. 1947 kehrte er nach Wien zurück. Als international beachteter Spezialist für die Chemie radioaktiver Stoffe hat sich Engelbert Broda an der Universität Wien mit der Erforschung der Lebensprozesse mit den Methoden der physikalischen Chemie befaßt.

Immer wieder hat Engelbert Broda gegen die Atomrüstung mobilisiert. Was ein Atomkrieg, der in der Gegenwart wieder droht, für die Menschen bedeuten würde, präziserte er 1983 in zwölf „Merksätzen“.

1. In Hiroshima und Nagasaki starb während und unmittelbar nach der Katastrophe eine Viertelmillion Menschen – in Hiroshima 40 Prozent der Bewohner.
2. Eine einzige strategische Wasserstoffbombe, in fünf km Höhe zur Explosion gebracht, würde in Detroit oder Leningrad drei Millionen Menschen töten.
3. Die Sprengkraft jeder der größten Wasserstoffbomben entspricht der von 6 Millionen Eisenbahnwagen an Dynamit. Die Sprengkraft einer einzigen dieser Bomben ist weit größer als die aller Waffen in allen bisherigen Kriegen der Menschheit zusammengenommen. Beim Vergleich sind Hitzewirkung und radioaktive Strahlung noch nicht berücksichtigt.
4. In den Arsenalen liegen derzeit 50 bis 60 000 Atomwaffen. Die gesamte Sprengkraft entspricht 1,5 Millionen Hiroshima-Bomben. Würde in jeder Sekunde, Tag und Nacht, eine solche gedachte Bombe eingesetzt, so würde es bis zur Erschöpfung der Lager zwei Wochen dauern.
5. Bei der Explosion einer strategischen Wasserstoffwaffe durch Aufschlag würde eine Million t an Gestein und Erdreich emporgeschleudert. Der entstehende Strahlentepich würde eine Fläche ähnlich der eines österreichischen Bundeslandes auf Monate oder Jahre unbetretbar machen.
6. Eine solche Waffe könnte ein laufendes Atomkraftwerk vollkommen verdampfen und die in ihm vorhandenen Uran- oder Plutonium-Spaltprodukte mitverbreiten. Spaltprodukte aus Kraftwerken weisen eine besonders lange Lebensdauer auf, so daß die radioaktive Verseuchung Dutzende und Hunderte Jahre wirksam wäre.
7. Die Raketen auf einem einzigen atomaren Unterseeboot sind genügend zahlreich, um sämtliche großen und mittelgroßen Städte einer Weltmacht zu vernichten.
8. Die Neutronenwaffe ist dazu bestimmt, Nervensystem und Gehirn augenblicklich zu zerstören. Davon würde in weitem Umkreis auch die Zivilbevölkerung betroffen sein.
9. Ausgehend von vorgeschobenen Waffensystemen können atomare Waffen innerhalb weniger Minuten zur Explosion auf strategischen Zielen gebracht werden, beispielsweise auch durch einen ohne Warnung erfolgenden Angriff um drei Uhr früh.
10. Keine der bisher durchgeführten Abschätzungen kann glaubhafte Daten über die Sekundärwirkungen eines Atomkrieges liefern. Klar ist aber, daß infolge der Zerstörung des komplizierten Netzwerkes unserer Zivilisation die meisten Menschen, die zunächst der Druckwelle, dem Hitzestoß und der radioaktiven Strahlung entgangen sind, dann dem Hunger, der Kälte, dem Schock, den Seuchen und psychischen Störungen zum Opfer fallen werden.

Quelle: ZdA, 7.12.2024

Gemeinsame Erklärung von DKP und PCPE Gegen das imperialistische Kriegsbündnis NATO – Stoppt die Kriegspolitik der NATO

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) und die Kommunistische Partei der Völker Spaniens (PCPE) werben mit einem gemeinsamen Aufruf für Aktionen zum 22. Juni, dem Jahrestag des Überfalls des faschistischen Deutschlands auf die Sowjetunion. 2025 soll dieser Gedenktag zum Aktionstag gegen die NATO-Kriegspolitik werden.

Militärbasen der NATO und ihrer Führungsmacht USA gibt es in vielen Staaten der Welt. In einigen davon sind US-Atomwaffen stationiert. Sie sind eine unmittelbare Gefahr für alle Länder, die sich den USA und ihren Verbündeten nicht unterordnen. Ab 2025 ist geplant, zunächst in der BRD zusätzliche Mittelstreckenraketen des Typs „SM-6“, Hyperschallraketen des Typs „Dark Eagle“ sowie „Tomahawk“-Marschflugkörper zu stationieren. Diese werden als konventionelle Raketen angekündigt, können aber alle mit Atomsprenköpfen ausgerüstet werden. Es handelt sich hier um Offensivwaffen, die das strategische Gleichgewicht bedrohen. Dies ist ein weiterer Schritt zur Eskalation und steigert die Gefahr eines Atomkriegs.

Die NATO ist seit ihrer Gründung ein aggressives imperialistisches Kriegsbündnis, zunächst gerichtet gegen die sozialistischen Staaten. Die Zahl der Angriffskriege von NATO-Staaten seit ihrer Gründung geht in die Dutzende; neben einigen anderen Staaten vor allem von Seiten der USA.

Nach der Niederlage des Sozialismus in der Sowjetunion und Osteuropa dehnte sich die NATO kontinuierlich und entgegen aller Absprachen bis an die russische Grenze aus. Ein weiterer Schritt sollte 2014 mit dem Staatsstreich in der Ukraine durch nationalistische und faschistische Kräfte gemacht werden. Als dieser in Teilen des Landes auf Widerstand stieß, wurde die Ukraine zu einem Aufmarschplatz, durch

die heute – durch NATO-Waffen sowie durch finanzielle und politische Unterstützung – ein Krieg der NATO gegen Russland geführt wird. Im Oktober 2024 wurde im deutschen Ostseehafen von Rostock gegen die Bestimmungen des Zwei-plus-Vier-Vertrags ein taktisches NATO-Hauptquartier (Commander Taskforce Baltic) eingeweiht.



Auch in Spanien befindet sich eine riesige US-Basis: Die Marinestation Rota bei Cádiz

Die NATO unterstützt Israel bei seinem Genozid im Gaza-Streifen und seinem Terrorkrieg gegen den Libanon politisch und durch Waffen. Auch in Asien führt die NATO eine aggressive Politik durch Provokationen gegen die VR China bei Taiwan und mit der Ausdehnung aggressiver Militärbündnisse wie AUCUS. NATO-Staaten sind militärisch in Afrika und Lateinamerika aktiv, um dort ihre imperialistischen Interessen durchzusetzen.

Die NATO-Kriegspolitik, die der militärische Ausdruck des Bestrebens der USA und ihrer Verbündeten nach imperialistischer Dominanz und Unterjochung anderer Staaten und Völker ist, ist verantwortlich für Millionen von Toten. Sie gefährdet den Weltfrieden, sie verursacht weltweit Armut und Elend.

Wir wollen 2025 in unseren Ländern koordiniert, also an einem gemeinsamen Datum, gegen die NATO-Kriegspolitik protestieren!

**Abzug aller US-Atomwaffen aus Europa!
Keine Stationierung von neuen Mittelstreckenraketen in Deutschland!
Abzug aller NATO-Einrichtungen!**

Aus: UZ, 5.12.2024



Friedensfreunde aus Nienhagen bekunden ihre Solidarität mit Marion Nawroth (68; erste links neben dem Spruchband „Kriegstüchtig – nein ...“) aus Bautzen, vierfache Mutter und Großmutter von vier Enkeln, die sich ab Mitte November letzten Jahres drei Wochen im Hungerstreik befand.

Hinter dem Berliner Dom hatte sie ihr Zelt aufgeschlagen, um ein Zeichen zu setzen gegen die allgegenwärtigen und medial gepuschten Forderungen nach Aufrüstung, den Ruf nach TAURUS und einem „Siegfrieden“ über Rußland.

Keine Verhandlungsabsichten, aber Eskalation des Ukraine-Konflikts durch den kollektiven Westen

Zur derzeitigen Lage im Ukraine-Konflikt

Fast drei Jahre tobt nun schon der vom Westen bewußt initiierte Ukraine-Konflikt. Die summierten personellen Verluste der Seiten betragen mehr als zwei Millionen tote und verwundete Soldaten sowie tausende getötete Zivilisten. Die Verluste beider Seiten an Militärtechnik sollen mehr als 200 000 Stück betragen. Die massenhafte Zerstörung der Lebensgrundlagen in der Ukraine führte zu Flüchtlingsströmen in Richtung Rußland (ca. 8 Millionen) und ins westliche Ausland (7 Millionen).

Im vom Westen und der Ukraine überfallenen Kursker Gebiet finden verlustreiche Kämpfe statt, und „Fleischwölfe“ verrichten ihre menschenvernichtende Arbeit, bei der die Ukraine bereits 42 000 Gefallene und Verwundete zu beklagen hat.

Die im Herbst letzten Jahres eingetretene Lage hat sich, besonders durch die Zunahme der Intensität der Kampfhandlungen, den viel größeren Einsatz von immer mehr und moderneren westlichen Waffen sowie durch die verstärkten militärischen Reaktionen Rußlands, massiv verschlechtert.

Die Verlustzahlen entstanden durch die weitgehende Zerstörung der militärischen, energetischen und lebensnotwendigen Infrastruktur, die Dezimierung von Kampftruppen und Militärbasen (auch solcher der NATO und von versöldnerten NATO-Soldaten) sowie die Vernichtung westlicher Waffen. Während die Schwächung der militärischen Fähigkeiten für die Ukraine zu großen Landverlusten führt und existentiellen Charakter annimmt, haben die Angriffshandlungen der ukrainisch-westlichen Truppen auf die RF nicht die gleichen Konsequenzen. So konnten, vornehmlich in den Donbass-Republiken, im Süden und im Kursker Gebiet, 2024 ca. 4 500 qkm befreit werden; täglich sind es derzeit, so Putin, ca. 30 qkm. Eine weitere Schwächung erfahren die ukrainischen Streitkräfte (ukr.-SK) durch die Ausschaltung dringend für die Waffenlenkung benötigter „Starlink“- u. a. militärischer US-Satelliten sowie von Kommunikations- und Führungszentren durch den Einsatz modernster Systeme der Russischen Föderation (RF), wie die Anti-Raketen-Komplexe „S-500“ und „Nudol“, die Störapparatur „Kalinka“, mehrere Systeme des funkelektronischen Kampfes und Kampfplasn im nahen und mittleren Kosmos. Letztere sind für die USA und ihren Ukraine-Konflikt so bedrohlich, daß das Pentagon deren Nichtanwendung und Verbot von Rußland einfordert. Gegen wertvolle Ziele wie Truppenansammlungen, Entscheidungszentren, Objekte des MIK, von bedeutenden Industrieeinrichtungen setzt Rußland die bewehrten „Kalibr“- „Iskander“- „Onyx“ und „Kinshal“-Raketen und nun auch „Oreschniks“ u. a. luftgestützte neue Hyperschall-Raketen erfolgreich ein. Aber auch Fehlentscheidungen der ausländischen und inländischen Entscheidungsträger sowie die unprofessionelle politische Einflußnahme

auf die Führung der Kampfhandlungen sowie die Korruption der Führungseliten haben für die Ukraine einen überaus negativen Einfluß. Die Streitkräfte der Russischen Föderation (SK der RF) besitzen derzeit an der gesamten Front die Initiative, während die ukr. SK in eine aktive Verteidigung gezwungen wurden. Es scheint, daß die personellen Verluste in dieser Phase für beide Seiten annähernd gleich sind, da sie eine Vielzahl von Angriffen und Gegenangriffen durchführen, wobei die SK der RF ihre Operationen durch überlegte Vorbereitung personalschonend realisieren, während die Ukraine ihre oft nur kurz ausgebildeten Soldaten zwingt, den Gegner fast ohne schwere Technik und mit geringen Kräften anzugreifen, was u. a. zu hohen Fluchtraten in die Gefangenschaft führt. Beide Seiten versuchen, ihre Kampftechnologien, ihre Strategien sowie ihre Waffen zu effektivieren (auch schon mit KI), was aber den SK der RF wegen ihres eigenen hochgefahrenen kreativen MIK und der potenteren Partner besser gelingt als der Ukraine, deren Betriebe größtenteils zerstört sind und westliche Lieferungen oft verzögert eintreffen.

Gegenwärtig gibt es kein Patt und somit auch keinen bedingungslosen Willen zu verhandeln, denn beide Seiten verfügen derzeit noch über Eskalationspotential. Auch dabei befindet sich die Ukraine im Nachteil gegenüber Rußland, denn sie kann ihre personellen Verluste (Putin bezifferte diese am 19.12.24 auf über 560 000 allein im Jahr 2024) wegen der akuten Probleme bei der Mobilmachung von neuen Rekruten (die lieber ins Ausland flüchten) nicht voll ausgleichen und ist deshalb auf ausländische Söldner und versöldnerte NATO-Soldaten angewiesen (Die USA gab der Ukraine den verbrecherischen Rat, um keine eigenen Truppen in die Ukraine zu schicken, das Mobilisierungsalter von 25 auf 18 Jahre abzusenken). In der RF haben bisher in diesem Jahr, so Putin weiter, ca. 430 000 Freiwillige Dienstverträge mit der Armee unterschrieben.

Können die USA ihre Kennan-Doktrin im Ukraine-Konflikt durchsetzen?

Erleben wir gerade im und um den Ukraine-Konflikt das Implodieren dieser seit 1946 praktizierten Doktrin?

Diese Frage hat der bekannte britische-Publizist Alastair Crooke auf der Suche nach den tatsächlichen Initiatoren der vielen Konflikte in der Welt in der strategie-culture.su aufgeworfen.

In der Doktrin galt und gilt die Grundaussage „Amerika (USA) ist stark und Rußland ist schwach“, und deshalb hätte Letzteres keine andere Wahl, als sich gegenüber der stärkeren Macht zu beugen. Sollte sich Rußland dagegen auflehnen, würde es zerschlagen und kolonialisiert werden. Das ist nicht nur die US-Handlungsmaxime im Ukraine-Konflikt, sondern auch im gegenwärtigen Nahost-Krieg. Nur heißt es dort „Israel ist stark und Iran ist schwach“.

USA und NATO-Staaten haben nach den Mißerfolgen der Ukraine im Sommer 2024 ihren Partner im Konfliktraum mit Waffen, militärischen Dienstleistungen sowie mit viel Geld überhäuft, um die Ukraine in eine bessere Verhandlungsposition zu bringen, den Konflikt weiterzuführen und eine neue Offensive im Frühjahr/Sommer 2025 vorbereiten zu können. Um den Druck auf Rußland zu erhöhen, werden schrittweise immer mehr und modernere Waffensysteme (z. B. weitreichende Raketen, Flugzeuge, Mehrfachwerfer und modernste Drohnen u. a. benötigte Militärtechnik) sowie viel Munition bereitgestellt. Weiterhin wurde die Ukraine aktiv dabei unterstützt, die Kampfhandlungen in die RF zu tragen, dort Terrorakte zu provozieren und so Rußland zu schwächen. Dazu kommt noch die Indienstellung der Basis für Anti-Raketen und strategische Marschflugkörper (Tomahawk-Raketen, Reichweite 2 500 km) in Polen sowie die für 2026 vorgesehene Stationierung von US-Kurz- und Mittelstreckenraketen (Reichweite 5000 km, Geschwindigkeit 5 Mach) an den Grenzen der RF. Es muß, so Putin weiter, ebenfalls berücksichtigt werden, daß die NATO ihre Kampfbereitschaft in kürzester Zeit erhöhen will. So sollen in 10 Tagen 100 000 Mann, in 30 Tagen 300 000 sowie nach 180 Tagen 800 000 Mann gegen Rußland bereitgestellt werden. Mit diesen bedrohlichen Ankündigungen der NATO soll die RF gezwungen werden, Zugeständnisse an die Ukraine zu machen und ein Einfrieren des Konfliktes, der zur Nachrüstung der Ukraine und danach immer wieder von USA, NATO, EU und Ukraine eskaliert werden könnte, zu akzeptieren. Das hat die RF durchschaut und lehnt deshalb ein Einfrieren ab. Die aggressiven Kräfte in den USA, wozu auch ein großer Teil der Republikaner gehört, haben sich mit denen Großbritanniens und der EU für die Eskalation sowie die Fortsetzung des Ukraine-Konflikts entschieden. Es scheint, daß Trump, der neuerdings eine Doppelstrategie vertritt, einerseits die Ukraine doch mitfinanzieren, aber andererseits Selenskyj und Putin so schnell wie möglich an den Verhandlungstisch bringen will, was einen Besuch Trumps bei Putin einschließt. Damit baut er eine Brücke für die EU-Staaten, die nicht in der Lage sein würden, einen Ausfall der US-Hilfe für die Ukraine, die dadurch kapitulieren müßte, vollumfänglich zu ersetzen. Dafür fordert er die EU-Staaten auf, ihren Beitrag für die NATO und die „Ukrainehilfe“ auf 3,5 % zu erhöhen. Die aggressiven Kräfte des kollektiven Westens wollen auf diese Weise zu einer für sie akzeptablen Lösung kommen, d. h. die RF in die „nukleare Ecke“ zu stellen, wodurch diese zu einem Einsatz von Atomwaffen gezwungen werden sollte. Damit wäre dann Rußland in der ganzen Welt isoliert. Sie rechneten weiter damit, daß Putin daraufhin von der russischen Bevölkerung davongejagt werden würde. Die RF antwortete darauf unverzüglich und setzte am 19.11.24 ihre neue, an die immer schärferen Bedrohungen des kollektiven Westens angepaßte, Nukleardoktrin in Kraft.

Eine weitere wirkungsvolle Antwort der RF an den Westen auf dessen Mehrfachbeschuß russischen Territoriums mit „westlich-ukrainischen“ weitreichenden Raketen, u. a. Flugkörpern, d.h., mit US-ATACAMS und JASSAMS, britischen Stock-Schadows, französischen Scalps sowie modernisierten sowjetisch-ukrainischen strategischen Flügelraketen, beantwortete Rußland mit dem völlig überraschenden Einsatz einer für den Gegner bisher unbekanntenen neuen hochpräzisen konventionellen, ballistischen Feststoff-Hyperschall-Mittelstrecken-Rakete „Oreschnik“ (Reichweite 500 bis 5500 km, Geschwindigkeit 10 Mach). Diese qualitativ neue Hyperschallrakete erschreckte nicht nur die westlichen Neocons, Politiker und Militärs, sondern befreite Präsident Putin von der „Alles-oder-Nichts-Entscheidung“, der Ukraine eine Verhandlungsbasis für einen gezielten Waffenstillstand einzuräumen oder auf die nukleare Abschreckung zurückgreifen zu müssen. Diese neue Überlegenheitswaffe der RF, die in der Welt kein Analog besitzt, vernichtete bei dem ersten Einsatz mit ihren sechs selbständig zielsuchenden Gefechtsköpfen (dieses Mal ohne Ladung), nach 30-minütiger Vorwarnung, die bedeutendste Rüstungsschmiede der Ukraine „Jugmasch“ in Dnepropetrowsk (darunter auch ein Reparaturwerk von Rheinmetall) nur durch ihre kinetische Energie. Damit wurde der Beweis angetreten, daß konventionelle Raketen dieses Typs, bei denen keine radioaktive Strahlung freigesetzt wird, eine Alternative zu taktischen Atomwaffen sein können, wenn sie denn in ausreichender Menge zur Verfügung stehen (Putin).

Diese neue Rakete kann durch die derzeitigen Abwehrsysteme des Westens nicht abgefangen werden (Putin bot dem Westen bei seiner Jahreskonferenz am 18.12.24 sogar an, mit einer Oreschnik gegen alle Typen von LV-Systemen des Westens anzutreten).

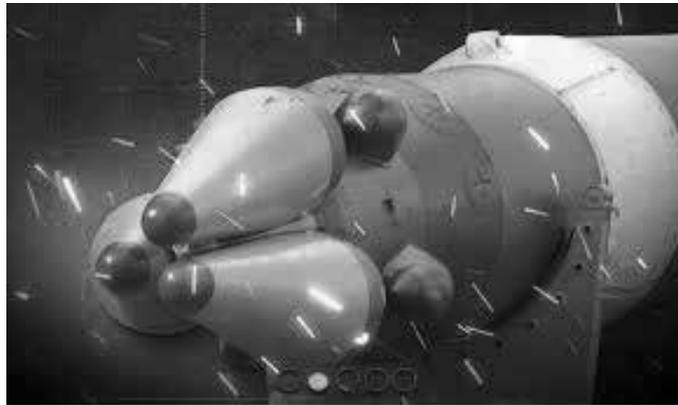
Die „ATACMS“ fliegen im Gegensatz zu den „Oreschniks“ nur mit einer Geschwindigkeit von bis zu Mach 3, selbst die US-Anti-Raketensysteme in Rumänien und Polen verfügen nur über Abwehrsysteme mit der halben Geschwindigkeit der Oreschnik-Raketen.

Die Ausgangslage für die westliche Allianz hatte sich in wenigen Stunden um 180 Grad gedreht. Der Westen ist – für den Fall, daß er weiter eskalieren will – in einer problematischen Situation, d.h. ohne akzeptierbaren Ausweg. Es bleibt ihm, neben dem Einsatz von NATO-Truppen in der Ukraine, nur ein nuklearer Erstschlag, um die militärische Situation in der Ukraine zu wenden, was der Mehrheit der Weltbevölkerung nicht zu vermitteln wäre. Denn wer den nuklearen Erstschlag führt, der stirbt als Zweiter und ist verantwortlich für den Untergang der Welt. Übrigens hat die Überprüfung des russischen automatisch funktionierenden Systems – Peresvet – zur Antwort auf einen westlichen Erstschlag, dessen Einsatzbereitschaft bestätigt.

So hat sich die RF aus der Atomwaffenecke befreit und den schwarzen Peter an den Westen – denn dieser kann nur noch mit Atomwaffen

auf die „Oreschniks“ reagieren – übergeben. Mit diesen „Oreschnik“-Raketen, die bald in Serienproduktion gehen, verfügt die RF über eine wirkungsvolle Waffe, um auf die Eskalationen und Provokationen des Westens und der Ukraine vernichtend antworten zu können. Allein schon dadurch ist die Kennan-Doktrin in der Praxis implodiert, was jedoch die Neocons und Gleichgesinnte bis heute nicht wahrhaben wollen.

Jetzt ist es der Westen, der bei weiteren Eskalationen die nukleare Karte ziehen oder in ernsthafte Verhandlungen mit Rußland eintreten müßte. Da er aber bisher weiter eskaliert, hat Putin die Warnung ausgesprochen, daß, wenn es zu einem neuerlichen Beschuß der RF mit weitreichenden Raketen kommt, Rußland mit „Oreschnik“- u.a. Hyper- und Überschall-Raketen Schläge auf militärische Einrichtungen der Verursacherländer reagie-



Gefechtskopf der neuartigen „Oreschnik“-Rakete

ren würde, natürlich nur nach Vorwarnung der Zivilbevölkerung der Zielgebiete. Diese möglichen Handlungen der RF sind durch die UN-Charta gedeckt, da sich Rußland vor den angreifenden westlichen Konfliktpartnern verteidigen würde.

Wie reagieren die Machtzentren der USA auf die Situation?

Mit ihren Eskalationen wollen die Vertreter des Deep State, welcher hauptsächlich über das US-Außenministerium wirkt, sicherstellen, daß Trump bei der Machtübernahme einen direkten Krieg zwischen den USA und Rußland übernehmen und weiterführen muß. Trump, der im Wahlkampf noch als Friedensengel auftrat, zeigte nach den „ukrainischen“ Angriffen mit weitreichenden Raketen auf Brjansk und Kursk, die nur mit westlicher Hilfe möglich waren und die gegen die UN-Charta verstoßen, keine staatstragende Reaktion. Er hat damit die historische Chance, noch vor dem Antritt seiner Amtszeit Putin die Hand zum Frieden zu reichen, zwar bisher noch nicht genutzt, aber eine solche Absicht bekundet.

Rußland will eine nachhaltige Beendigung des Ukraine-Konflikts

Ganz im Gegensatz zu den neokonservativen Kriegstreibern im Westen hat Rußland aus vielen Gründen (darunter auch aus wirtschaftlichen, sozialen und ethnischen) keinerlei Interesse an einer Eskalation im Ukraine-Konflikt oder an Kriegen gegen die

NATO- oder andere Koalitionen und Staaten. Denn obwohl die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung Präsident Putin dabei unterstützt, die Entmilitarisierung, die Entnazifizierung und den Schutz der russischstämmigen Bevölkerung zu erreichen, sehnt sie sich zugleich nach Frieden.

Ökonomisch steht Rußland, verglichen mit seinen Gegnern, gut da und wächst auch dank der ukrainischen Flüchtlinge. Die Ukraine hingegen ist als Staat wirtschaftlich zerstört und wird ständig schwächer. Relativ betrachtet, befindet sich Rußland in einer vorteilhaften Lage (General a. D. H. Kujat im November 2024).

Zwar konnte Rußland Japan vom 4. Platz in der Welt (nach preisbereinigtem BIP, lt. IMF) verdrängen, hat aber enorme Rüstungsausgaben, welche die Inflation drastisch erhöht. Es hat auch deshalb ein großes Interesse, die

kostspieligen Kampfhandlungen zu beenden, um die dadurch freierwerdenden Mittel für die großen Entwicklungsvorhaben in Sibirien und im Fernen Osten einsetzen zu können.

Fazit

Rußland befindet sich mit den neuen Oreshnik- und weiteren Hyper- und Überschallraketen sowie mit elektronischen Abwehrsystemen in einer militärisch und geopolitisch vorteilhaften Lage. Der kollektive Westen hingegen konnte seine Kennan-Doktrin in dieser Auseinandersetzung nicht durchsetzen.

Militärisch ist nicht nur die Ukraine in höchster Not, sondern auch die NATO und die USA, die trotz ihrer umfangreichen Ukrainehilfen vor einer Niederlage stehen, da die russischen Truppen auf breiter Front mit zunehmender Geschwindigkeit vorrücken. Das von der NATO initiierte Himmelfahrtskommando in der Region Kursk neigt sich für die Aggressoren zu einem verlustreichen Ende.

Die teuren Langstrecken-Raketen-Angriffe des Westens bringen keine kriegsändernden Resultate.

Mit den Oreschnik-Raketen und der geänderten Nukleardoktrin verfügt die RF über eine nicht-nukleare Eskalationsstufe und weist dem Westen gleichzeitig jene Karte zu, die dieser Rußland zugehört hatte.

Falls der Westen weiter Langstreckenwaffen gegen Rußland einsetzt und die RF mit Angriffen auf Ziele im NATO-Raum antwortet, wird sich die NATO nicht auf Artikel 5 berufen können: Erstens, ein Angriff der RF – etwa auf militärische Installationen in GB – würde nicht als Aggression, sondern lediglich als Reaktion auf einen britischen Angriff gegen Rußland bewertet werden. Zweitens verlangt die Auslösung von Artikel 5 Einstimmigkeit, welche unter den gegenwärtigen Bedingungen in der NATO nicht gegeben ist (Putin).

Es bleibt zu hoffen, daß diese Wendung zum Erwachen des Westens und zu einem Treffen am Verhandlungstisch führen wird.

Oberst a.D. Gerhard Giese

Was sich hinter Trumps Agenda verbirgt

Die Agenda des neuen US-Präsidenten verspricht, die Wirtschaft der USA unweigerlich in eine schwere Rezession zu führen. Doch zunächst wird Trump dafür sorgen, daß die ersten Monate seiner zweiten Amtszeit zum gelungenen Feuerwerk der guten Laune geraten. Schließlich hat er den Superreichen genauso goldene Zeiten versprochen wie auch den Super-Armen: Steuererleichterungen, Abbau des verhaßten „Tiefen Staates“, rasche Beendigung des Ukraine-Krieges, Schutz und Förderung der Familien, Befreiung der Kapitalflüsse von behördlichen Regulierungen, Befreiung der Krypto-Währung von der garstigen Finanzaufsicht usw.

Das Problem: Schulden ohne Ende! Fürs erste hat natürlich die Botschaft, daß Trump zum nächsten Präsidenten der USA gewählt wurde, die Superreichen auf der ganzen Welt elektrisiert. Seit der Wahnacht am 5. November fließen im Durchschnitt jede Woche vierzig Milliarden Dollar frisches Geld aus aller Welt in die amerikanischen Börsen, denn die frohe Botschaft, daß die Reichen nun noch reicher werden, wird weltweit vernommen. Entsprechend euphorisch sind die Kapitalmärkte. Das heißt: Trump kann in Vorschußlorbeeren baden. Um die Stimmung eine Zeit lang zu halten, müssen Trump und seine Freunde fleißig die Gelddruckmaschine anheizen. Die ersten Trump-Monate werden richtig lukrativ. Das Dumme nur: Das Geld muß ja irgendeine Beziehung zur Realwirtschaft unterhalten. Das ist aber gerade bei den Amerikanern nicht so ganz unproblematisch. Seitdem der Dollar nicht mehr durch Goldvorräte abgedeckt ist, wird er nur noch durch den Glauben der Leute draußen im Lande gedeckt. Und wer nicht an den Wertgehalt des Dollars glaubt, wird mit blanker Gewalt sanktioniert. Man spricht ja auch vom Fiat-Geld. „Fiat“ ist lateinisch und heißt: „Es soll werden!“ Daran muß man einfach glauben. Das fällt aber selbst den Bürgern der USA mit jedem Tag schwerer. Die Demokraten haben die Wahl ja vornehmlich deshalb verloren, weil sie mit der galoppierenden Inflation im Land der unbegrenzten Möglichkeiten in Verbindung gebracht werden. Die galoppierende Inflation könnte man aushalten. Aber die Amerikaner leben seit Jahrzehnten nur noch auf Pump. Sowohl der Staat wie auch die privaten Haushalte. Im letzten Jahr mußten die gesamten USA Zinsen in Höhe von 5,3 Billionen Dollar aufbringen. Und das bei einem erwarteten Bruttoinlandsprodukt von 29,2 Billionen Dollar. Also: Jeder sechste Dollar in den USA geht für die Abtötung von Zins und Zinseszins drauf! Ganz zu schweigen von der Abzahlung der Schulden selber. Allein die Bundesregierung in Washington muß aktuell allein eine Billion Zinsen zahlen – für eine Gesamtverschuldung von etwa 36 Billionen Dollar! Die privaten Haushalte der USA sind mit 18 Billionen Dollar verschuldet. Wer sich auf Pump ein Haus gekauft hat, muß möglicherweise Hypotheken abbezahlen – das sind aktuell Schulden beim Hausbau von insgesamt 12,6 Billionen

Dollar. Insgesamt schulden die Amerikaner den Banken 1,6 Billionen Dollar für auf Pump gekaufte Autos. Wer in den USA studieren will, muß sich das Studium durch horrenden Kredite finanzieren, die der ins Berufsleben wechselnde Studienabsolvent für ein ganzes Leben auf dem Buckel hat. Das sind im Moment 1,6 Billionen Dollar Studenschulden. Den gewohnten Lebensstil können sich viele Amerikaner nur noch leisten, wenn sie ihr Konto gewaltig überziehen. Macht auch noch mal eine Summe der Kreditschulden in Höhe von 1,2 Billionen Dollar.

Nur, so langsam ist den amerikanischen Kreditbanken die Schuldenorgie selber nicht mehr ganz geheuer. Im Jahre 2019, vor der Corona-Kampagne, wurden 17,6 Prozent aller Kreditanträge zurückgewiesen. Aktuell werden bereits über 21 Prozent aller Kreditanträge abgewiesen. Und da es ja in den USA keinerlei soziale Abstützung gibt, fallen viele Amerikaner gleich in die Obdachlosigkeit. Keiner will diesen Menschen noch was borgen. Die USA haben sich in solchen Situationen immer wieder Kapital aus anderen Ländern herangeholt. In den brausenden Jahren der Präsidentschaft von Ronald Reagan wurden die Leitzinsen so astronomisch hochgesetzt, daß damit Geld aus allen Ländern angesogen wurde wie mit einem Magneten. Häufiger greifen die USA allerdings auf blanken Bankraub zurück. Kriege gegen schwache kleine Länder wie Afghanistan, Irak oder Libyen wurden begleitet mit der Plünderung der unterworfenen Zentralbanken, nebst Goldvorräten. Oder das Mittel der Sanktionen. Aktuell gerade die „Einfrierung“ russischer Bankkonten in der westlichen Wertegemeinschaft. Das brachte auch wieder 300 Milliarden Dollar aus russischem Volksvermögen, von dessen Zinsertrag sich ganz gut leben läßt. Doch da könnte es diesmal auch Streß im eigenen Land geben. Trump muß mit Jerome Powell leben. Denn die halb private amerikanische Zentralbank Federal Reserve – kurz: FED – ist weitgehend unabhängig von den Vorgaben der US-Bundesregierung. Und die FED wird wohl irgendwann auch wieder den Leitzins etwas erhöhen. Das wird die Euphorie der Unternehmer etwas abkühlen. Die klassischen Mittel der Konjunktursteuerung sind schon lange ausgereizt. Es kann nicht mehr unbegrenzt neues Papiergeld gedruckt werden, für das es keine Realwerte mehr gibt. Und das andere Mittel der Staatspapiere, also Schuldscheine der Bundesregierung, die man je nach Bedarf in Umlauf bringt oder von der Zentralbank wieder zurückkaufen läßt, greift auch nicht mehr.

Trump's Ideen zur Sanierung der US-Wirtschaft

Was will also Donald Trump machen, um aus dieser Zwickmühle wieder rauszukommen? Das Sein bestimmt das Bewußtsein. Trump ist selber Multimilliardär, und er ist eingeraht von lauter weiteren Multimilliardären. Zu Trumps „inner circle“ gehört nicht ein

einzigem Vertreter der „normalen“ Bevölkerung. Entsprechend sind die Wirtschaftsrezepte, wie schon bei Ronald Reagan: Den Superreichen muß das Leben noch leichter gemacht werden. Denn wenn die Superreichen viele Geld zur Verfügung haben, werden auch entsprechend viele Brosamen vom Tische der Reichen zum gemeinen Volk herunterregnen. Das hat schon bei Reagan nicht geklappt, und das wird jetzt erst recht nicht klappen. Die Körperschaftssteuer, also die Konzernsteuer, soll von 21 auf 20 Prozent gesenkt werden. Bei Unternehmen, welche die Trump-Administration als besonders wichtig erachtet, soll der Steuersatz sogar auf 15 Prozent gesenkt werden. Und da Donald Trump ja der Messias der Krypto-Währungen ist, sollen Gewinne bei Krypto-Spekulationen von den Steuern ganz befreit werden – wenn die Krypto-Währung in den USA beheimatet ist. Ginge es nach den Vorstellungen von Trumps neuem Handelsminister Howard Lutnick, seines Zeichens Investmentbanker und Multimilliardär, dann würde die Einkommensteuer komplett entfallen. Statt dessen würden die Einnahmen des Bundes voll und ganz aus drastisch erhöhten Zolleinnahmen generiert. So weit will Trump aber jetzt noch nicht gehen. Die Einkommensteuer bleibt bestehen, mit einem Spitzensteuersatz von 37 Prozent bei den Superreichen. Die Möglichkeit, Ausgaben bei der Steuererklärung abzuschreiben, wird allerdings ausgeweitet. Und dann fällt auch mal ein Krümel runter zu den einfachen Leuten – es gibt Steuergutschriften für pflegende Angehörige.

Trump's aggressivste Waffe sind allerdings die astronomisch hohen Zölle, die er einführen will. Vorgesehen sind 10 bis 20 Prozent Basiszölle auf alle Importe. Für Importe aus dem bösen China soll es sogar 60 Prozent Strafzölle geben. Das hat jetzt schon im Vorfeld Konsequenzen. Denn deutsche Premiumbetriebe wie BASF, VW, Mercedes oder BMW bauen bereits neue Werke in den USA, wohin sie wesentliche Kapazitäten hin verlagern – einschließlich Arbeitsplätze, die bislang in Deutschland beheimatet waren. Selbst deutsche Fertigungsbetriebe in Mexiko bleiben von hohen Zöllen nicht verschont, obwohl die USA, Kanada und Mexiko schon seit Jahrzehnten eine Freihandelszone unterhalten. Die hohen Importzölle sind allerdings ein Bumerang, der den Trumpisten geradewegs wieder auf die Nase knallt. Denn selbstverständlich werden sich die Exportnationen entsprechend mit drastischen Strafzöllen auf US-Waren revanchieren. Die Zeiten der kompletten Straflosigkeit der USA gehören endgültig der Vergangenheit an. Und: Wer bezahlt denn die Strafzölle auf billige chinesische Ware? Richtig. Der einfache US-Bürger, der so wieso schon unter der Inflation leidet. Zu der Abschottung gegen den Zustrom fremdländischer Ware in die USA kommt die Abschottung gegen den Zustrom von Flüchtlingen aus Südamerika. Erst wurde ein schrankenloser Freihandel zwischen Mexiko und den

USA vertraglich abgesichert, nun wollen die Trumpisten eine gewaltige Mauer bauen, um die Flüchtlinge abzuwehren. Und dann will Trump die etwa elf Millionen illegalen Einwanderer in den USA irgendwohin abschieben. Erste grobe Schätzungen gehen davon aus, daß eine solche Massendeportation den US-Steuerzahler mindestens eine Billion Dollar kosten wird.

Trump plant, Geldverschwendung im öffentlichen Sektor einzuschränken. Ein neu geschaffenes Ministerium für effizientes Regieren, das eigentlich kein Ministerium ist, sondern eher ein Beratungsbüro, soll geleitet werden vom reichsten Mann der Welt, Trump-Intimus Elon Musk (Privatvermögen lumpige 303,7 Milliarden Dollar) und von dem Multimilliardär Vivek Ramaswami. Musk hatte bereits bei einer Wahlveranstaltung versprochen, von

den 6,5 Billionen Staatsausgaben locker zwei Billionen einzusparen. Und man kann Vivek Ramaswami nur viel Erfolg wünschen, wenn er sich mal das Verteidigungsministerium genauer unter die Lupe nimmt: „Das Pentagon hat gerade die siebte Buchprüfung in Folge geschwänzt. Und das bei einem Etat von annähernd einer Billion Dollar. Sie können noch nicht einmal sagen, wo das ganze Geld hingekommen ist.“

Schlußfolgerung: Es kann sich bei den meisten Trump-Ideen nur um Wahlkampfretorik handeln. Würde Trump seine bizarren Vorschläge wirklich in die Tat umsetzen, würde er wohl als der ultimative Totengräber der Vereinigten Staaten von Amerika in die Geschichte eingehen. Eher wahrscheinlich ist, daß die USA sich auf ihre Tradition besinnen und mal wieder ein Land, oder vielleicht

gleich mehrere Länder, ausrauben. Dafür allerdings stehen die Chancen eher schlecht. Denn die nächsten Raubopfer, nämlich China, Rußland und der Iran, sind den USA ebenbürtig, wenn nicht gar überlegen. Mit der Genehmigung des Einsatzes von Fernlenkwaffen der USA und anderer NATO-Staaten von der Ukraine auf Rußland ist der Raubzug auf Rußland angepöflet. Damit läuft die Kriegsmaschine unerbittlich und unwiderruflich an. Es ist nur zu hoffen, daß in den USA noch irgendjemand den irren Suizid aufhält. Denn der Suizid der amerikanischen Superreichen könnte dann auch der Suizid der Menschheit sein.

Hermann Ploppa

Redaktionell gekürzt

Quelle: apolut.net, 23.11.2024

Leichter Abschied

Olaf Scholz war ein Kriegskanzler mit Hemmungen. Er setzte das größte Aufrüstungsprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik in Gang, rühmte sich auch am Montag im Bundestag wieder, nach den USA am meisten Waffen in die Ukraine zu liefern. Ab 2028 kostet, so seine Ansage, allein die Bundeswehr pro Jahr 30 Milliarden Euro mehr. Mit neoliberalen Wahnvorstellungen – öffentlichen Dienst schrumpfen, Infrastruktur privatisieren, Bildung- und Gesundheitswesen kommerzialisieren – ist das auch von der dritt- oder viertgrößten Volkswirtschaft der Welt nicht zu bewältigen. Dieser Regierungschef hat die Kugel „Kriegstüchtigkeit“ ins Rollen gebracht. Die Scharfmacherretorik von Baerbock, Habeck, Hofreiter, Kiesewetter, Roth oder Strack-Zimmermann ist die passende Begleitmusik. Das am 16.12. von Scholz wiederholte Nein zu „Taurus“-Lieferung und zur Entsendung deutscher Soldaten in die Ukraine hebt seinen „Wumms“- und „Bazooka“-Größenwahn in der Außen- und Sicherheitspolitik, die

bedingungslose Gefolgschaft gegenüber den Biden-USA nicht auf.

Der kommende Kanzler, der voraussichtlich Friedrich Merz heißt, kann das im Handumdrehen ändern, muß es aber wegen Trump vermutlich nicht. Merz verzichtet in seiner Rede auf jede Andeutung zu Marschflugkörpern oder „Friedenstruppe“, Kriegskanzlerkandidat will im Wahlkampf keiner genannt werden. Die Weichen fürs „Wir wollen uns verteidigen können, damit wir uns nicht verteidigen müssen“ (Merz), sind außerdem gestellt. Da soll lediglich jeder wieder seiner vaterländischen Pflicht nachkommen – Merz: „Wir alle müssen mehr arbeiten“ – und das Gold, das er nicht hat, für Granateneisen geben. Der Dank geht wie 1914 oder vor 1933 vor allem an die SPD, die sich diesmal willig von Bündnis 90/Die Grünen treiben ließ. Von Scholz gab's zum Abschied die Absurdität dazu: Tradition der Bundesrepublik sei „eine Außenpolitik, die das Völkerrecht achtet und verteidigt“. Es sei denn, in Jugoslawien,

Afghanistan oder Westafrika schießt und bombt die Bundeswehr.

Die Sozialdemokraten haben geholfen, die sozialen und innenpolitischen Voraussetzungen für die endlosen US-Kriege zu schaffen. Dazu gehört vor allem der sozialpolitische Sieg der herrschenden Klasse über Industriearbeiter und alle lohnabhängig Beschäftigten: Die Senkung der Reallöhne ist vollbracht, kein Aufstand, nirgends. In der Vergangenheit katapultierte das die Bundesrepublik zum „Exportweltmeister“, seit 2018 aber stagniert die deutsche Wirtschaftsleistung mit entsprechenden Folgen: Massenentlassungen, steigende Arbeitslosigkeit, Armut durch Mieten – gewöhnlicher Krisenkapitalismus. Scholz kommentierte das in seiner Abschiedsrede: „Das Leben muß bezahlbar bleiben.“ Seine Demagogie beruht nicht auf Realitätsverlust, sie ist Konzept. Der Krisenkanzler wurde folgerichtig zum Kriegskanzler. Der Abschied fällt leicht.

Arnold Schölzel

junge Welt, 17.12.2024

BUCHTIPPS

► Der Schlaf der Vernunft Über Kriegsklima, Nazis und Fakes

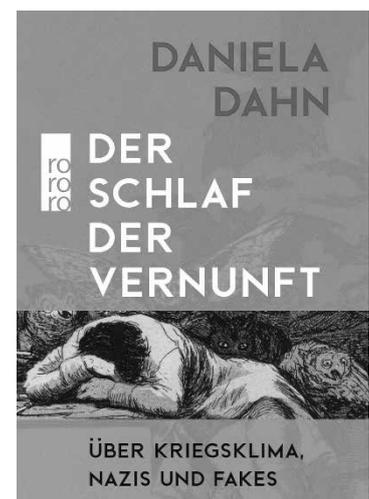
Das neue Buch der Tucholsky-Preisträgerin über die bedrängenden Schrecken der Gegenwart

„Der Schlaf der Vernunft“ –so benannte Francisco de Goya seine berühmte Radierung – „gebietet Ungeheuer“. Die heutigen Ungeheuer sind so bedrohlich wie selten in der Geschichte: die Erosion der Demokratie von rechts und durch Fake News in den Debattenräumen, der Klimawandel, ein Krieg, der uns in eine weltumspannende Katastrophe reißen kann. Sind die von uns gewählten Entscheidungsträger in einen Tiefschlaf der Vernunft gefallen? Jedenfalls halten sie nicht hinreichend Schaden von ihrem Volk ab, wozu sie sich

verpflichtet haben. Sie versagen darin, eine Friedensordnung zu gewährleisten, das Kippen des Klimas zu verhindern, Fluchtursachen zu bekämpfen. Sie gehen ein Weltkriegsrisiko ein. Und nicht einmal den Ausgleich zwischen Ost und West bekommen sie hin.

Daniela Dahn: Sie selbst sind der Rechtsruck. Alles, was passiert, ist Teil einer Reihe von Ursachen, lehrt uns Immanuel Kant. Deshalb ist es von größter Bedeutung, wo man bei einer Erzählung den Anfang setzt. Was geht einer „Zeitenwende“ voraus? Und wie finden wir den Weg in ein vernünftiges politisches System mit Teilhabe für alle? Ein Weckruf in Zeiten des Albtraums.

Rowohlt Verlag GmbH, 192 Seiten, 16,00 €, ISBN/EAN: 9783499016585



Erklärung der DKP zum imperialistischen Angriff auf Syrien

Friedliche Entwicklung in weite Ferne gerückt

„Der Sieg der Dschihadisten in Syrien ist ein zeitweiliger Rückschlag für die antiimperialistischen Kräfte und die Kräfte, die auf eine multipolare Weltordnung hinarbeiten. Es ist vor allem ein Rückschlag für die Menschen in Syrien, für die eine friedliche Entwicklung in noch weitere Ferne gerückt ist, weil ihr Land wieder vollständig zum Spielball des Imperialismus geworden ist“, erklärt Renate Koppe, Internationale Sekretärin der Deutschen Kommunistischen Partei.

Anfang Dezember griffen terroristische dschihadistische Truppen der Hai'at Tahrir asch-Scham (HTS) syrische Städte an, eroberten Aleppo und Homs und schließlich am 7. Dezember auch die syrische Hauptstadt Damaskus. Der syrische Präsident Assad erklärte seinen Rücktritt und hat das Land verlassen. Die „Syrische Nationalkoalition“, ein Zusammenschluß der verschiedenen Oppositionsgruppen, plant die Bildung einer sogenannten Übergangsregierung.

Treiber dieser Entwicklung sind die USA und Israel, die schon seit mehr als einem Jahrzehnt versuchen, Syrien mit allen Mitteln als souveränen Staat zu beseitigen – durch Unterstützung der Terroristen, die nun gewaltsam die legitime syrische Führung gestürzt haben, durch Sanktionen, die die Bevölkerung in die Armut trieben und die Infrastruktur Syriens zerstörten, durch ständige militärische

Angriffe. Die Türkei hat diesen Angriff mindestens geduldet. In den von ihr besetzten Gebieten Syriens, in Idlib, hatten die Dschihadisten freie Hand. Mit der sogenannten Syrischen Nationalarmee (SNA) unterstützt auch eine unmittelbar mit ihr verbundene Truppe den Angriff in bestimmten Teilen Syriens.

Die syrische Regierung und Armee waren in dieser Situation nicht in der Lage, diesen Angriff aufzuhalten. Auch konnte die Regierung Assad die Menschen im Land nicht mehr mobilisieren. Ihre Lage war weit über die Arbeiterklasse hinaus aufgrund des Krieges und der Sanktionspolitik des Imperialismus katastrophal. Auch die Rufe der Kommunisten und anderer fortschrittlicher Kräfte nach einer anderen Wirtschaftspolitik wurden von der bürgerlichen Regierung nicht aufgegriffen. Die Verbündeten Rußland und Iran rufen zu einer politischen Lösung auf. In dieser Situation hätte auch russische militärische Unterstützung, die es am Anfang des Angriffs noch gab, oder auch eine Unterstützung des Iran den Sieg der Dschihadisten nicht verhindern können.

Die Reaktionen der NATO-Länder und Israels sind eindeutig. Der erfolgreiche Angriff der dschihadistischen Terroristen wird als Erfolg gesehen. Der israelische Ministerpräsident Netanjahu erklärte, daß der Machtwechsel in Damaskus ein Ergebnis der Schläge Israels auf den Iran und die Hisbollah seien und neue

Möglichkeiten für Israel eröffne. Eines der Ziele Israels, die Hisbollah im Libanon vom Iran abzuschneiden, wurde erreicht. Diese neuen Möglichkeiten wurden auch sofort genutzt. Israel hat bereits einen weiteren Teil der syrischen Golanhöhen besetzt und führt zahlreiche Angriffe auf Syrien durch. US-Präsident Biden sieht eine „historische Gelegenheit“ und kündigte an, daß die US-Soldaten selbstverständlich im Land bleiben.

Auch der deutsche Imperialismus ist mit seiner Regierung ganz vorne dabei: Bundeskanzler Scholz begrüßte den Sturz des syrischen Präsidenten als „eine gute Nachricht“. Außenministerin Baerbock rief scheinheilig zum Schutz von religiösen und ethnischen Minderheiten auf. Wäre das ernst gemeint, hätte man die legitime syrische Regierung unterstützen müssen, die für ein friedliches Zusammenleben verschiedener Religionen und Bevölkerungsgruppen stand.

„Wir erklären unsere Solidarität mit dem syrischen Volk und den fortschrittlichen Kräften, insbesondere auch mit unseren Schwesterparteien, die nun Verfolgung zu befürchten haben“, so Koppe. „Unsere Aufgabe als DKP ist es, in unserem Land gegen den Imperialismus und seine mörderische Politik zu kämpfen.“

Aus: UZ, 13.12.2024

Syrien wurde durch Sanktionen in die Knie gezwungen Westen feiert Dschihadisten als „Befreier“

Vor sieben Jahren setzte das FBI bis zu 10 Millionen US-Dollar auf den Kopf von Mohammed al-Jolani aus – tot oder lebendig. Heute gilt der Chef der terroristischen al-Nusra-Front, heute der Hai'at Tahrir asch-Scham (HTS), als Befreier Syriens. Wie ein Kartenhaus brach der syrische Widerstand zusammen. Aleppo, Hama, Homs, Deraa – eine Stadt nach der anderen fiel in die Hände der HTS oder der von der Türkei kontrollierten FSA („Freie Syrische Armee“). Die Offensive der HTS ähnelte dem Blitzkrieg des IS, der vor zehn Jahren weite Teile des Irak eroberte. Am Ende fiel am 8. Dezember auch die Hauptstadt widerstandslos. Der gestürzte Präsident Baschar al-Assad verließ Damaskus. Israel jubelt. Die Hamas gratulierte den Syrern. Der syrische Ministerpräsident Mohammed al-Dschalali erklärte seine Bereitschaft, mit jeder neuen Führung zusammenzuarbeiten. Er rief dazu auf, die staatlichen Institutionen zu erhalten und erklärte, er würde am nächsten Tag ganz normal zur Arbeit in seinem Büro erscheinen. Unterstützt wurde er dabei von al-Jolani, dem Führer der Angreifer. Der verbot auf seinem Telegram-Kanal allen Milizen, staatliche Institutionen zu besetzen. Sie würden unter Kontrolle des Ministerpräsidenten bleiben, bis sie offiziell übergeben würden.

Al-Jolani war federführend beim Sturz von Assad. Er ist Syrer aus wohlhabendem Hause und bewunderte die Angreifer vom 11. September. Er trat al-Kaida bei und kämpfte im Irak. Mit Beginn des Krieges kehrte er nach Syrien zurück und gründete die Nusra-Front als Teil von al-Kaida. Später distanzierte er sich von einigen seiner Ideen, er gilt manchen Beobachtern nun als „pragmatischer Radikaler“. Die US-Regierung plant bereits, seine Organisation von der Liste der Terrororganisationen zu streichen. Wie konnte Syrien so widerstandslos zerfallen? War es der türkische Einfluß, der aus der vorgeblichen „Deeskalationszone“ in Idlib ein Trainingslager für Dschihadisten machte? Oder waren es britische und US-amerikanische Geheimdienstinformationen für HTS – die es vermutlich gab? War es wegen der neuartigen Waffe der Drohnen, über die die Angreifer in großem Maßstab verfügten – anders als die syrische Armee? Gab es die heimliche Zusammenarbeit von Teilen der Armee mit den Angreifern, wie 2014 im Irak? Oder hatten die unzähligen israelischen Angriffe Syrien sturmreif geschossen?

All das trug zur Niederlage bei. Aber vielleicht am wichtigsten war, daß es für Syrien keine Perspektive, keinen Weg in die Zukunft gab. Das Land war nicht in der Lage, Widerstand gegen die westlichen Sanktionen zu leisten.

Netzwerke von Macht und Einfluß waren zu stark und zu wenig pragmatisch.

Nach zwölf Jahren Krieg und 20 Jahren Sanktionen sind die Syrer vollständig verarmt. Das Land, das einst eine Million Flüchtlinge aus dem Irak aufgenommen hatte, schickte seine Söhne und Töchter selbst ins Ausland. Es gab nichts mehr zu verteidigen.

Die USA hatten vom ersten Tag des Krieges an klargemacht, daß es für Syrien unter Assad keine Zukunft geben würde – und alles dafür getan, dieses Ziel zu erreichen. Wieder und wieder betonte die damalige Außenministerin der USA, Hillary Clinton – und später ihre Nachfolger –, Syrien unter Assad müsse zerstört werden. Auch wenn es nicht immer danach aussah, waren die USA mächtig genug, dieses Ziel zu erreichen.

Die zahllosen Luftangriffe Israels, die schwersten seit dem Krieg von 1973, und die Annexion weiterer Teile des Golan, das Vordringen in den Süden von Damaskus, die Eroberung von Gebieten im Norden durch die Türkei bzw. ihre „Syrische Nationale Armee“ zeigten schon am Tag danach, daß die Freude vieler Syrer über den Sturz Assads nicht grenzenlos sein wird.

Manfred Ziegler

Redaktionell gekürzt, UZ, 13.12.2024

Eine neue geopolitische Landkarte entsteht

Das Ende Syriens (und vorerst auch von „Palästina“)

Syrien ist in den Abgrund gestürzt – die Dämonen von Al-Qaida, ISIS und die unnachgiebigsten Elemente der Muslimbruderschaft kreisen am Himmel. Es herrscht Chaos, Plünderungen, Angst und eine schreckliche Rachsucht bringt das Blut zum Überkochen. Hinrichtungen auf offener Straße sind an der Tagesordnung.

Vielleicht dachten Hayat Tahrir Al-Sham (HTS) und ihr Anführer Al-Joulani (auf türkische Anweisung hin), sie könnten die Dinge unter Kontrolle bringen. Aber HTS ist ein Sammelbegriff wie Al-Qaida, ISIS und Al-Nusra, und seine Fraktionen sind bereits in Fraktionskämpfe verfallen. Der syrische „Staat“ hat sich mitten in der Nacht aufgelöst; Polizei und Armee sind nach Hause gegangen und haben die Waffendepots für die Shebab offengelassen, damit diese plündern konnten. Die Gefängnistüren wurden aufgestoßen (oder aufgebrochen). Einige davon waren zweifellos politische Gefangene, viele jedoch nicht. Einige der bösartigsten Insassen streifen nun durch die Straßen.

Die Israelis haben innerhalb weniger Tage die Verteidigungsinfrastruktur des Staates in mehr als 450 Luftangriffen vollständig zerstört: Raketenabwehr, Hubschrauber und Flugzeuge der syrischen Luftwaffe, die Marine und die Waffenkammern – alles wurde bei der „größten Luftoperation in der Geschichte Israels“ zerstört.

Syrien existiert als geopolitische Einheit nicht mehr. Im Osten erobern kurdische Truppen (mit militärischer Unterstützung der USA) die Öl- und Agrarressourcen des ehemaligen Staates. Erdogans Truppen und seine Stellvertreter versuchen, die kurdische Enklave vollständig zu zerschlagen (obwohl die USA inzwischen eine Art Waffenstillstand vermittelt haben). Und im Südwesten haben israelische Panzer die Golanhöhen und das dahinterliegende Gebiet bis auf 20 km an Damaskus erobert. Israelische und amerikanische Ölförderer glauben, an diesem äußerst ungünstigen Standort eine Goldgrube entdeckt zu haben. Und ein großes Hindernis – Syrien – für die Energieambitionen des Westens hat sich gerade aufgelöst.

Der strategische politische Gegenspieler Israels, der Syrien seit 1948 war, ist verschwunden. Und die frühere „Entspannung“ zwischen der sunnitischen Sphäre und dem Iran wurde durch die rüde Intervention der ISIS-Neukonfessionisten und durch den osmanischen Revanchismus, der über amerikanische (und britische) Vermittler mit Israel zusammenarbeitet, zunichte gemacht. Die Türken haben sich nie wirklich mit dem Vertrag von Lausanne aus dem Jahr 1923 abgefunden, mit dem sie das heutige Nordsyrien an den neuen Staat Syrien abgetreten hatten.

Innerhalb weniger Tage wurde Syrien zerstückelt, aufgeteilt und balkanisiert. Warum bombardieren Israel und die Türkei also immer noch? Die Bombardierung begann in dem Moment, als Bashar Al-Assad ging – weil die Türkei und Israel befürchten, daß die heutigen Eroberer sich als kurzlebig erweisen und bald

selbst vertrieben werden könnten. Man muß nichts besitzen, um es zu kontrollieren. Als mächtige Staaten in der Region werden Israel und die Türkei nicht nur die Kontrolle über Ressourcen ausüben wollen, sondern auch über die lebenswichtigen regionalen Knotenpunkte und Durchgangswege, die Syrien darstellte.

Es ist jedoch unvermeidlich, daß „Groß-Israel“ irgendwann mit Erdogans osmanischem Revanchismus aneinandergeraten wird. Ebenso wenig wird die saudisch-ägyptisch-emiratische Front das Wiederaufleben der beiden ISIS-Ableger oder der türkisch inspirierten und osmanisierten Muslimbruderschaft begrüßen. Letztere stellt eine unmittelbare Bedrohung für Jordanien dar, das nun an die neue revolutionäre Einheit grenzt.

Solche Bedenken könnten diese Golfstaaten näher an den Iran heranrücken lassen. Katar, das das HTS-Kartell mit Waffen und Finanzmitteln versorgt, könnte von anderen Golfstaaten erneut geächtet werden.

Die neue geopolitische Landkarte wirft viele direkte Fragen zu Iran, Rußland, China und den BRICS-Staaten auf. Rußland hat im Nahen Osten eine komplexe Rolle gespielt – einerseits führt es einen eskalierenden Verteidigungskrieg gegen die NATO-Mächte und verwaltet wichtige Energieinteressen, während es gleichzeitig versucht, die Operationen des Widerstands gegen Israel zu mäßigen, um eine völlige Verschlechterung der Beziehungen zu den USA zu verhindern. Moskau hofft – ohne große Überzeugung –, daß irgendwann in der Zukunft ein Dialog mit dem neuen US-Präsidenten zustande kommen könnte.

Moskau wird wahrscheinlich zu dem Schluß kommen, daß Waffenstillstandsabkommen wie das Abkommen von Astana zur Eindämmung des Dschihadismus innerhalb der Grenzen der autonomen Zone Idlib in Syrien das Papier nicht wert sind, auf dem sie geschrieben wurden. Die Türkei – ein Garant von Astana – ist Moskau in den Rücken gefallen. Wahrscheinlich wird dies die russische Führung in Bezug auf die Ukraine und jegliche westliche Gespräche über Waffenstillstände noch härter machen.

Der oberste Führer des Iran sagte am 11. Dezember: „Es sollte keinen Zweifel daran geben, daß das, was in Syrien passiert ist, in den Kommandozentralen der Vereinigten Staaten und Israels geplant wurde. Wir haben Beweise dafür. Eines der Nachbarländer Syriens spielte ebenfalls eine Rolle, aber die Hauptplaner sind die USA und das zionistische Regime.“ In diesem Zusammenhang wies Ayatollah Khamenei Spekulationen über eine Schwächung des Widerstandswillens zurück. Der Sieg der Türkei in Syrien könnte sich jedoch als Pyrrhussieg erweisen. Erdogans Außenminister Hakan Fidan hat Rußland, die Golfstaaten und den Iran über die Art der Pläne, die in Syrien geschmiedet wurden, belogen. Aber das Chaos ist jetzt Erdogans Problem. Diejenigen, die er hintergangen hat, werden ihm irgendwann die Quittung präsentieren.

Der Iran wird anscheinend zu seiner früheren Haltung zurückkehren, die unterschiedlichen Fäden des regionalen Widerstands zusammenzuführen, um die Reinkarnation von Al-Qaida zu bekämpfen. Er wird weder China noch dem BRICS-Projekt den Rücken kehren. Der Irak – der sich an die ISIS-Gräueltaten seines Bürgerkriegs erinnert – wird sich dem Iran anschließen, ebenso wie der Jemen. Der Iran wird sich bewußt sein, daß die verbleibenden Einheiten der ehemaligen syrischen Armee möglicherweise irgendwann in den Kampf gegen das HTS-Kartell eintreten werden. Maher Al-Assad nahm seine gesamte Panzerdivision in der Nacht von Bashar Al-Assads Abreise mit ins Exil im Irak.

China wird über die Ereignisse in Syrien nicht erfreut sein. Die Uiguren spielten eine herausragende Rolle im syrischen Aufstand (es gab schätzungsweise 30 000 Uiguren in Idlib), die von der Türkei ausgebildet wurden (das die Uiguren als den ursprünglichen Bestandteil der türkischen Nation ansieht). Auch China wird den Sturz Syriens wahrscheinlich als Bestätigung für die mögliche Bedrohung der Sicherheit seiner eigenen Energieversorgung durch den Westen betrachten, die durch den Iran, Saudi-Arabien und den Irak verläuft. Schließlich kämpfen die westlichen Interessen seit Jahrhunderten um die Ressourcen des Nahen Ostens – und letztlich ist es das, was hinter dem heutigen Krieg steckt.

Die Menschen fragen sich, ob er für oder gegen den Krieg ist, da Trump bereits signalisiert hat, daß die Vorherrschaft im Energiebereich eine Schlüsselstrategie für seine Regierung sein wird.

Nun, die westlichen Länder sind hoch verschuldet; ihr finanzieller Spielraum schrumpft schnell und die Anleihegläubiger beginnen zu meutern. Es gibt einen Wettlauf um neue Sicherheiten für Fiat-Währungen. Früher war es Gold, seit den 70er Jahren war es Öl, aber der Petrodollar ist ins Wanken geraten. Die Angloamerikaner würden das iranische Öl gerne wieder haben – wie sie es bis in die 70er Jahre taten –, um es als Sicherheit zu nutzen und ein neues Geldsystem aufzubauen, das an den realen Wert von Rohstoffen gebunden ist.

Israelis feiern im allgemeinen ihre „Siege“. Wird diese Euphorie die US-amerikanischen Wirtschaftseliten belasten? Die Hisbollah ist eingedämmt, Syrien ist entmilitarisiert und der Iran liegt nicht an Israels Grenze. Die Bedrohung für Israel ist heute von geringerer Qualität. Reicht dies aus, um die Spannungen abzubauen oder um ein breiteres Verständnis zu erreichen? Viel wird von den politischen Umständen Netanjahus abhängen. Sollte der Premierminister aus seinem Strafprozeß relativ unbeschadet hervorgehen, müßte er dann die große „Wette“ eines Militäreinsatzes gegen den Iran eingehen, wenn sich die geopolitische Landkarte so plötzlich verändert hat?

Alastair Crooke

Quelle: strategie-culture.su, 16.12.2024

Ausschluß Israels aus der UN-Generalversammlung verlangt

Rund 600 internationale Wissenschaftler und Experten haben in einer Petition an die UN-Generalversammlung vom 25. November 2024 den Ausschluß Israels aus der UN-Generalversammlung verlangt. RF veröffentlicht Auszüge aus dem Schreiben.

Als Wissenschaftler und Praktiker des Völkerrechts, der internationalen Beziehungen, der Konfliktforschung, der Politik und der Völkermordforschung fordern wir die UN-Generalversammlung und ihre Mitgliedsstaaten auf, den israelischen Staat so bald wie möglich aus der Versammlung auszuschließen, um die Glaubwürdigkeit und Legitimität der UN-Charta und der internationalen Rechtsordnung zu wahren. Israel hat eine Politik der ständigen Mißachtung und Respektlosigkeit gegenüber den Vereinten Nationen und dem internationalen Rechtssystem an den Tag gelegt. Dies begann mit der Mißachtung des Rückkehrrechts der Palästinenser, das in der Resolution 194 (III) (1948) verankert ist, und der palästinensischen staatlichen Souveränität, die in der Resolution 181 (II) (1947) verankert ist. Bei der Aufnahme Israels in die Vereinten Nationen durch die Resolution 273 (III) (1949) verpflichteten sich die israelischen Vertreter, diese Resolutionen zu respektieren, die von anderen Staaten und UN-Vertretern als Aufnahmebedingungen angesehen wurden. Im Laufe der Jahrzehnte hat Israel auch die Resolutionen der Generalversammlung mißachtet sowie das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs (IGH) aus dem Jahr 2004, in dem Israel aufgefordert wurde, das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes zu respektieren und die Annexion und Kolonisierung der Besetzten Palästinensischen Gebiete (OPT) verurteilt wurde. Wie in dem jüngsten Gutachten des IGH dargelegt, hat Israel das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und das Recht auf Rückkehr systematisch vereitelt und damit gegen die oben genannten Resolutionen verstoßen. Israel hat auch wiederholt mehrere Resolutionen des Sicherheitsrates missachtet, was an sich schon eine Verletzung von Artikel 25 der UN-Charta darstellt. Gemäß Artikel 6 der UN-Charta kann die Generalversammlung auf Empfehlung des Sicherheitsrates Israel wegen seiner anhaltenden Verletzung der Grundsätze der UN-Charta ausschließen.

Israel verletzt systematisch seine Pflichten gegenüber der UNO und verstößt wiederholt gegen den Schutz von UN-Organisationen wie UNRWA und Unifil. Dazu gehören der Tod von UN-Mitarbeitern und die Bombardierung von UN-Einrichtungen. Außerdem weigert es sich entschieden, mit den UN-Mechanismen zusammenzuarbeiten, indem es unter anderem

Besuche des UN-Generalsekretärs, der UN-Sonderberichterstatter und der unabhängigen UN-Untersuchungskommission nicht zulässt. Auch in den Hallen der UNO gibt Israel wiederholt diffamierende Erklärungen gegen die Organisation ab. Diese Handlungen spiegeln eine völlige Missachtung der UN-Systeme wider und verstoßen gegen das Völkerrecht. Israels systematische Verweigerung des Rechts des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und die unerbittliche Aneignung palästinensischen Landes haben zu einem kritischen historischen Punkt geführt, an dem der israelische Staat mit rücksichtsloser, noch nie dagewesener Gewalt und Entschlossenheit Völkermord und ethnische Säuberung an den Palästinensern betreibt. Die Existenz des palästinensischen Volkes hängt davon ab, dass die israelische Straf-



Seit 2012 hat Palästina Beobachterstatus bei den Vereinten Nationen (Foto von 2014)

losigkeit beendet wird und es endlich sein Recht wahrnimmt, sein eigenes politisches, soziales und wirtschaftliches Schicksal zu bestimmen. Darüber hinaus hat die Schwere der von Israel begangenen Rechtsverletzungen ernste Fragen zur Legitimität des internationalen Rechtssystems insgesamt aufgeworfen und bedroht dessen weitere Integrität. Die Generalversammlung und ihre Mitgliedsstaaten können und müssen an beiden Fronten – dem Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und der Integrität der internationalen Rechtsordnung – unverzüglich tätig werden, indem sie die israelische Regierung aus der Versammlung ausschließen, und zwar im Einklang mit der Befugnis der Versammlung, die Beglaubigungsschreiben der Delegationen der Mitgliedsstaaten zu genehmigen. Der Ausschluß der Delegation einer Landesregierung ist eine außergewöhnliche Maßnahme, aber in diesem Fall stützt sie sich auf einen Präzedenzfall, nämlich den Ausschluß der südafrikanischen Apartheid-Regierung aus der Generalversammlung im Jahr 1974, und auf das Recht. Vor fünfzig Jahren machte die Generalversammlung von ihrer Befugnis

im Rahmen der Mandatsregeln Gebrauch und schloß die südafrikanische Delegation aus, weil sie zu dem Schluß kam, daß die Regierung nicht repräsentativ und daher unrechtmäßig war, weil sie die einheimische schwarze Bevölkerung nicht vertreten hatte. Obwohl die Apartheid-Praktiken Südafrikas im Mittelpunkt dieser Entscheidung standen, wurde der Ausschluß der südafrikanischen Delegation auch implizit mit dem Recht auf Selbstbestimmung begründet, das der schwarzen Bevölkerung des Landes auf Grund des Charakters der Apartheid verweigert wurde. Wie das Gutachten des IGH vom 19. Juli 2024 zu den rechtlichen Folgen der israelischen Politik und Praxis in den besetzten palästinensischen Gebieten zeigt, sind die Argumente für einen Ausschluß der israelischen Regierung wegen mangelnder Repräsentativität genauso stark wie im Fall Südafrikas, wenn nicht sogar stärker. Das Gutachten kommt zu dem Schluß, daß sowohl die Generalversammlung als auch ihre Mitgliedsstaaten rechtlich verpflichtet sind, das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung zu verwirklichen, da es sich dabei sowohl um ein zwingendes Recht (ius cogens) als auch um ein absolutes Recht (erga omnes) handelt. Mit dieser Feststellung macht das Gutachten rechtlich gesehen den Weg frei für die Anwendung des Mandatierungsverfahrens der Generalversammlung, um diesen Verpflichtungen nachzukommen. (...) Wir fordern die Generalversammlung und ihre Mitgliedsstaaten auf, (...) die Verwirklichung des Rechts des palästinensischen Volkes auf Selbst-

bestimmung weiter zu verfolgen, indem sie unverzüglich alle notwendigen Schritte unternehmen, um die israelische Regierung aus der Generalversammlung auszuschließen. (...) Im zweiten Jahr des israelischen Völkermordes, im 57. Jahr der israelischen Besetzung des Gaza-Streifens und des Westjordanlandes, einschließlich Ost-Jeruselems, und im 76. Jahr der israelischen Vertreibung und ethnischen Säuberung von Hunderttausenden von Palästinensern aus dem historischen Palästina würde der Ausschluß Israels aus der Generalversammlung nicht nur die rechtlichen Verantwortlichkeiten und Verpflichtungen der Versammlung und ihrer Mitgliedsstaaten erfüllen, wie im Gutachten des IGH dargelegt, sondern auch ein gewisses Maß an Verantwortlichkeit für Israels langjährige Aushöhlung der Möglichkeiten für menschliches Wohlergehen und Freiheit für Palästinenser mit sich bringen. Diese Maßnahme wäre ein bedeutender Schritt zum Schutz und zur Befreiung des palästinensischen Volkes.

Quelle: Zeit-Fragen, Zürich,

„Ethnische Säuberung Palästinas“

Der in Haifa geborene Historiker Ilan Pappé ist Sohn deutscher jüdischer Eltern, die vor den deutschen Faschisten geflüchtet waren. Er hat in Jerusalem studiert und war bis 2007 Professor an der Universität Haifa. In seinem neuen Buch „Ethnische Säuberung Palästinas“ beleuchtet der Autor die Geschichte der Vertreibung der Palästinenser durch Israel. Dieser Plan wurde schon auf dem ersten zionistischen Kongreß im August 1897 in Basel konzipiert, auf dem Theodor Herzl seine Strategie vom „Judenstaat“ vorstellte. Am 10. März 1948 gab es ein Treffen David Ben-Gurions, erster Ministerpräsident Israels, mit elf Funktionären der jüdischen Einwanderer in Tel Aviv, auf dem es um die Frage der „ethnischen Säuberung Palästinas“ ging. Obwohl das Land noch unter britischem Mandat stand, wurde unter Führung von Moshe Dayan, später Verteidigungsminister, Menachem Begin und Yitzchak Rabin, beide später Ministerpräsidenten und letzterer sogar Friedensnobelpreisträger, mit Waffengewalt

gegen arabisch-palästinensische Ortschaften vorgegangen. 800 000 Menschen flohen, um ihr Leben zu retten, elf Stadtviertel und insgesamt 531 palästinensische Ortschaften sind in kurzer Zeit zwangsgesäumt, zahlreiche Dörfer dem Boden gleichgemacht worden. „Mission erfolgreich ausgeführt“, lautete die Meldung der Okkupanten. Am 7. Februar 1948 hat Ben Gurion das geräumte und zerstörte Dorf „Lifta“ besucht und festgestellt: „Wenn ich jetzt nach Jerusalem komme, habe ich das Gefühl, in einer jüdischen (Jvrit) Stadt zu sein.“ Er meinte sogar: „Wenn wir unbeirrt weitermachen, ist es durchaus möglich, daß es in den nächsten sechs bis acht Monaten beträchtliche demographische Veränderungen gibt, ganz beträchtliche Veränderungen zu unserem Vorteil.“ Es sei an der Zeit „energisch und brutal“ zu handeln. Ben Gurion forderte, „erbarmungslos“ gegen alle Familien vorzugehen, „Frauen und Kinder eingeschlossen“. Und weiter: „Während der Operation ist es nicht nötig, zwischen schuldig und unschuldig zu unterscheiden.“

Der damals zwölfjährige Junge, Fahim Zaydan, erinnerte sich später an die Ermordung seiner Familie. Die jüdische Mördertruppe hätte die Menschen nacheinander aus den Häusern herausgeholt, einen alten Mann ermordet, dann dessen Tochter, danach seinen eigenen Bruder. „Als meine Mutter sich schreiend über ihn beugte – sie hatte noch meine kleine Schwester Hudra im Arm, die sie gerade stillte –, erschossen sie auch sie.“

Illian Pappé berichtet von unzähligen weiteren Verbrechen der israelischen Besatzer am palästinensischen Volk.

Wenn man den heutigen Widerstand der Palästinenser und den Ausrottungskrieg Israels verstehen will, sollte man dieses hervorragende recherchierte, äußerst interessante und informative Werk lesen.

Dr. Matin Baraki

Ilan Pappé: Die ethnische Säuberung Palästinas, Westend Verlag, Neu-Isenburg, 4. Aufl. 2024, 413 S.

Krieg im Nahen Osten: Es geht um Profite und Geostrategie

Die Diskussion um die Beurteilung des Krieges im Nahen Osten verheddert sich gerne in moralischen Kategorien, um vom wesentlichen abzulenken: Geostrategie und Ökonomie

Warum kann Israel diesen Krieg in dieser Form überhaupt führen?

Das Land ist ökonomisch stark und stellt selbst Hochtechnologie her. Es hat zwei zentrale Verbündete: die USA und die BRD. Beide Staaten sind die größten Waffenlieferanten des Landes: 99 % der Rüstungslieferungen kamen aus beiden Ländern (USA 69 %, BRD 30 %). Es existieren strategische Allianzen zwischen den Rüstungsindustrien der drei Länder. Der andauernde Kriegszustand in der Region bietet optimale Möglichkeiten Waffen zu testen. Die israelische Rüstungsindustrie ist ein zentraler

Wirtschaftsfaktor und auf das engste mit der politischen Elite verschmolzen. Für Israel gilt dasselbe wie für die USA: Die Demokratie ist ausgehöhlt und die herrschenden politischen Kräfte folgen den Interessen der Rüstungsindustrie. Wobei im Falle Israels der Zionismus als Legitimationsideologie für den Militarismus dient. In seiner Abschiedsrede 1961 hatte der scheidende US-Präsident Eisenhower vor dem steigenden Einfluß des militärisch-industriellen Komplexes und den darin bestehenden Gefahren für die bürgerliche Demokratie gewarnt. Israel hat einen Anteil am weltweiten Waffenhandel von 10 %. Hochentwickelte Aufklärungs- und Kamikazedrohnen sind Exportschlager. Für diese wird mit dem erfolgreichen Einsatz im Gazastreifen geworben. Die Bundeswehr zeigt großes Interesse.

Israel agiert als US-Gehilfe, um Waffen in Länder zu liefern, die von Washington aus politischen Gründen nicht direkt beliefert werden können. Der Krieg im Nahen Osten folgt einem Muster: Staaten werden gefügig gemacht oder zerschlagen (Libyen, Irak, Syrien). Oberstes Motto: „Gescheiterte Staaten“ können uns zumindest nicht mehr gefährlich werden.

Israel betreibt auch eine eigenständige Politik und hat die Attacke vom 7. Oktober 2023 als Vorwand für umfassende Kriege genutzt. Gleichzeitig ist das Land eingebunden in die geostrategischen Ziele des Westens: Ausdehnung Israels und Ausschaltung des Iran. Völkermord wird dabei als Kollateralschaden in Kauf genommen.

Henning Mächerle

Aus: Gießener Echo, Zeitung der DKP Gießen, November 2024

Gaza und Westbank – Grauen ohne Ende

Über den Krieg in und um die Ukraine gibt es regelmäßig Nachrichten und Berichte zum Leid der Zivilbevölkerung. Vom Krieg Israels gegen die palästinensische Bevölkerung in Gaza und der Westbank wird nur noch berichtet, wenn es besonders spektakuläre Militäraktionen gab. Seit die Zahl der bestätigten Toten in Gaza 40 000 überschritt, werden keine Zahlen mehr genannt. Israel läßt westliche Pressevertreter nicht in die Kriegsgebiete. Scharfschützen ermordeten fast alle palästinensischen Journalisten. Grund für die Zurückhaltung der Medien ist wohl auch die Befürchtung, daß wahrheitsgemäße Berichte über israelische Gräueltaten als Antisemitismus verleumdet werden. Nur in wenigen Zeitungen wie der jungen Welt (jW) erfährt man mehr. Hier einige Beispiele: In den israelischen Lagern für palästinensische Gefangene wird systematisch gefoltert.

Die Mißhandlungen reichen von willkürlicher Gewalt, sexuellen Übergriffen, Demütigungen, Aushungern und Schlafentzug bis zur Verweigerung medizinischer Behandlung. (Auszug aus einem Brief aus Jerusalem in der jW vom 24.8.) In der Westbank besetzt die israelische Armee Flüchtlingslager und Dörfer. Sie zerstört Gebäude, Straßen, Olivenhaine und andere landwirtschaftliche Flächen. Die Bewohner der illegalen jüdischen Siedlungen können unter dem Schutz der Armee die Bevölkerung terrorisieren, verjagen und beschießen (jW vom 30.8.) Am 11.10.2023 erklärte Daniel Hagara, Sprecher der israelischen Armee: „Wir werfen hunderte Tonnen Bomben auf Gaza. Der Fokus liegt auf Zerstörung, nicht auf Genauigkeit.“ Die Folgen: In Gaza wurden nicht nur die Infrastruktur und die Wohngebäude, die Gesundheits- und Bildungseinrichtungen, sondern auch das

kulturelle Erbe zerstört. Das Gaza-City-Archiv mit Jahrhunderte alten Dokumenten wurde abgebrannt. Ein über 1000 Jahre altes Bad wurde dem Erdboden gleichgemacht. Fast alle Moscheen und christlichen Kirchen liegen in Trümmern. Museen und Bibliotheken wurden geplündert und gesprengt. (jW vom 30.8.) Die Bevölkerung des Gaza-Gebietes wird von einem ins andere Trümmerfeld getetzt und sogar in Zeltlagern bombardiert. (...)

Die israelische Regierung behauptet, ihre Armee sei die moralischste der Welt. Die USA, Großbritannien, Deutschland und andere Staaten des Wertewestens liefern weiterhin Waffen und Munition zur Fortsetzung von Mord und Zerstörung.

Gernot Linhart

Aus: Gießener Echo, Zeitung der DKP Gießen, November 2024

Der Kasaner BRICS-Gipfel schrieb Geschichte

In Kasan, der Hauptstadt Tatarstans, fand vom 22. bis 24. Oktober 2024 der 16. Gipfel der BRICS unter russischer Schirmherrschaft statt. Er trug das Motto „Stärkung des Multilateralismus im Interesse einer fairen und sicheren globalen Entwicklung“. Am Gipfel nahmen 34 Länder des Globalen Südens teil: Algerien, Aserbaidschan, Bahrain, Bangladesch, Weißrußland, Bolivien, Kuba, Tschad, Republik Kongo, Äquatorialguinea, Eritrea, Honduras, Indonesien, Kasachstan, Kuwait, Laos, Malaysia, Myanmar, Marokko, Nicaragua, Nigeria, Pakistan, Senegal, Südsudan, Sri Lanka, Staat Palästina, Syrien, Thailand, Türkei, Uganda, Usbekistan, Venezuela, Vietnam und Simbabwe. Der Gipfel von Kasan kann durchaus mit der Bandung-Konferenz in Indonesien verglichen werden, die 1955 die Dekolonisierung bedeutete und die Gründung der blockfreien Länder zur Folge hatte.

Beginnen wir mit den Fortschritten. Die Kasaner Erklärung ist ein detailliertes diplomatisches Manifest. Obwohl die BRICS kein revolutionärer Akteur sind und die Mitglieder keine Ideologie leitet, gelang es ihnen in Kasan, eine einheitliche Strategie zu finden. Sie besteht darin, echte Reformen vorzuschlagen, von der Agenda 2030 der Vereinten Nationen über den Internationalen Währungsfonds (IWF), die Weltbank, die Welthandelsorganisation (WTO) und die Weltgesundheitsorganisation (WHO). Das Abschlussdokument definiert Ziele und Richtungen, die sich noch in der vorläufigen Phase befinden. Hervorzuheben sind: Stärkung des Multilateralismus, Zusammenarbeit, finanzielle und wirtschaftliche Koordinierung, humanitärer Austausch, Besorgnis über illegale Sanktionen in der Weltwirtschaft, Verwendung nationaler Währungen bei Handelstransaktionen seiner Mitglieder und Partner sowie Unterstützung des Aufstiegs von Ländern in Afrika, Asien und Lateinamerika. Der Kern der seit Monaten debattierten Kasaner Erklärung besteht darin, tiefgreifende institutionelle Veränderungen anzustreben und die Hegemonie Einzelner abzulehnen. Folgender Satz faßt den reformistischen Impuls zusammen: „Wir verteilen Versuche, die Entwicklung politisch motivierten diskriminierenden Praktiken zu unterwerfen, aber nicht beschränkt auf die einseitigen Zwangsmaßnahmen, die mit den fünf Grundsätzen der UN-Charta, einschließlich politischer Vorschriften der Entwicklungshilfe und Aktivitäten mit dem Ziel der Einbeziehung einer Vielzahl von Anbietern internationaler Entwicklungshilfe, unvereinbar sind.“

Die BRICS-Länder demonstrierten die Rolle des globalen Südens in internationalen Angelegenheiten. Sie erinnerten an die nationalen Vorschläge zur Vermittlung im Ukraine-Konflikt. Sie unterstützten die Aufnahme Palästinas in die UN als Vollmitglied. Sie forderten die Schaffung eines souveränen, unabhängigen und lebensfähigen Staates Palästina, der in Frieden und Sicherheit mit Israel koexistiert. Die BRICS-Länder warnten vor

einer Eskalation der Feindseligkeiten im Nahen Osten und in Nordafrika. Sie forderten eine Stärkung des Nichtverbreitungs- und Abrüstungsregimes und verlangten von der UNO und ihrem Sicherheitsrat, ihre Rolle bei der Aufrechterhaltung der globalen Stabilität, des Friedens und der internationalen Sicherheit wahrzunehmen. In der Sitzung ergriffen alle 34 Delegationsleiter das Wort. Die Sitzung nahm die ersten dreizehn BRICS-Partner auf: Algerien, Weißrußland, Bolivien, Kuba, Indonesien, Kasachstan, Malaysia, Nigeria, Thailand, Türkei, Uganda, Usbekistan und Vietnam.



Gebäude der von den BRICS-Staaten gegründeten Neuen Entwicklungsbank in Shanghai

Die Transportkorridore sind das wichtigste geökonomische Problem der eurasischen und auch der afro-eurasischen Integration. Mehr als einmal nannte Putin explizit die neuen Wachstumsmotoren der nahen Zukunft: Südostasien und Afrika. Beide sind wichtige Partner mehrerer hochkarätiger Projekte der chinesischen Belt-and-Road-Initiative. Darüber hinaus sprach Putin über die beiden Hauptkorridore der Zukunft: die Nördliche Seeroute – die Chinesen bezeichnen sie als arktische Seidenstraße – und den internationalen Nord-Süd-Transportkorridor, dessen drei Förderer die BRICS-Mitglieder Rußland, Iran und Indien sind. Das bedeutet, daß der BRICS-Staat China Eurasien von Osten nach Westen durchqueren wird, während die BRICS-Staaten Rußland, Iran und Indien dies von Norden nach Süden mit Abzweigen an allen

Breitengraden tun werden. Der Nord-Süd-Transportkorridor bringt Energiezuwächse, positioniert den Iran als entscheidenden Energieknotenpunkt und eröffnet die endlich realisierbare Möglichkeit des Baus der Iran-Pakistan-Indien-Pipeline.

Eine der Säulen der finanziellen Unabhängigkeit der BRICS-Staaten und ihres Engagements für die Infrastrukturentwicklung ist die New Development Bank. Sie wurde 2014 gegründet, hat ihren Hauptsitz in Shanghai und ist darauf ausgelegt, den Bedürfnissen der Schwellenländer Priorität einzuräumen. Die Bank ermöglicht wichtige Infrastrukturprojekte, die das Wachstum in Afrika, Südamerika, Asien und darüber hinaus vorantreiben. In der Weltbevölkerung herrschten große Erwartungen, daß in Kasan ein Durchbruch bei alternativen Zahlungssystemen erfolgen würde. Rußland und China leisten bereits 95 Prozent ihrer Zahlungen in Landeswährungen. Das Thema einer einheitlichen BRICS-Währung ist jedoch noch nicht ausgereift. In Arbeitsgruppen wurde das UNIT-Projekt, eine Geld-Form, verankert in Gold und BRICS-Währungen, ausführlich diskutiert. Die digitale Investitionsplattform BRICS ist bereits im Gange. Zusammen mit der New Development Bank wird dies den Zugang des Globalen Südens zu Finanzierung ohne die befürchteten „Strukturanpassungs“-Bedingungen der IWF/Weltbank erleichtern. Die BRICS halten den komplexen Weg zu einer neuen Zahlungs- und Abwicklungsinfrastruktur für unumgänglich.

Kurz vor dem Kasaner Gipfel gelang Peking und Neu-Delhi dank russischer Vermittlung ein großer Coup, als sie die Normalisierung der Lage in Ladakh ankündigten. Das Thema Saudi-Arabien blieb in Kasan offen. So sehr der Reichtum Saudi-Arabiens im angloamerikanischen Raum investiert ist und in kurzer Zeit verlorengehen könnte, sind jedoch die Beziehungen zur strategischen Partnerschaft mit Rußland und China auf höchster Ebene ausgezeichnet. Die Entscheidung der brasilianischen Regierung, gegen den Beitritt Venezuelas in die Partnergruppe zu stimmen, erscheint falsch und schwerwiegend. Warum stimmte sie für die Partnerschaft mit Bolivien und Kuba, aber gegen die von Venezuela? Beim Veto gegen Venezuela könnte das Dilemma mit Argentinien vor einem Jahr eine Rolle gespielt haben. Damals setzte sich Lula da Silva für die Aufnahme Argentinien als Mitglied der BRICS ein, um die Wahlniederlage von Alberto Fernández zu verhindern. Die brasilianische Regierung steht möglicherweise unter enormem Druck seitens Washingtons. Außerdem gibt es eine einflussreiche Anti-BRICS-Lobby auf den höchsten Ebenen der brasilianischen Regierung, die wie üblich von US-amerikanischen NGO sowie der Europäischen Kommission befeuert wird. Die brasilianischen Wirtschaftseliten und die mit ihnen verbundene brasilianische Armee sind erbitterte Feinde der Bolivarischen Revolution in Venezuela. Das Ziel der Regierung Lula da Silvas wiederum ist es, Reformen

herbeizuführen, die die Lebensbedingungen der Brasilianer verbessern, ohne die Interessen großer ausländischer Unternehmen, die im Land verbleiben, zu beeinträchtigen. In diesem Jahr privilegierte Brasilia die G20 gegenüber den BRICS. Das deutet auf Probleme für 2025 hin, wenn Brasilien die Präsidentschaft der BRICS übernimmt. Der BRICS-Gipfel 2025 soll bereits im Juli stattfinden. Brasilien begründet den Termin damit, im November auch die Klimakonferenz COP-30 ausrichten zu müssen. Trotz alledem: Der Kasaner BRICS-Gipfel stellt einen wesentlichen Fortschritt bei der Konsolidierung der operativen Mechanismen dar. Der angekündigte BRICS-Getreideaustausch mit klaren und transparenten Regeln, wird für die Ernährungssicherheit im globalen Süden von entscheidender Bedeutung sein. Die zunehmende Abkehr vom Dollar bei internationalen Transaktionen, wird seine Dominanz in der internationalen Wirtschaft verringern und so die perversen Auswirkungen der Sanktionspolitik, die der Westen als mißbräuchliches Instrument im Marktwettbewerb und zur globalen politischen Einflußnahme einsetzt, begrenzen. Das Abschlußdokument zeigt, daß sich die BRICS-Staaten der Idee einer neuen globalen Ordnung zuwenden wollen, die weit über eine ausschließlich wirtschaftliche und finanzielle Richtung hinausgeht. Der Kasaner Gipfel war ein politischer Sieg der Russischen Föderation. Die Anwesenheit von 34 Ländern, von denen 24 durch ihre Staatsoberhäupter vertreten waren, hat die Träume Washingtons und Brüssels, Moskau international zu isolieren, zunichte gemacht. Der Auftritt des Generalsekretärs der Vereinten Nationen Guterres verdeutlichte das Interesse der Welt an der Entwicklung der Bewegung. Der Gipfel von Kasan machte deutlich, daß der von den BRICS-Staaten eingeleitete Prozeß ein langer sein wird. Noch ist es äußerst schwierig, in bestimmten Fragen einen Konsens zu erzielen. Insofern sind die Ergebnisse von Kasan erstaunlich. Der chinesische Präsident Xi Jinping plädierte dafür, daß die BRICS am

Konzept des Multilateralismus festhalten und die Meinung des Globalen Südens berücksichtigen. Er ermunterte die Mitglieder und Partner der BRICS, sich für eine Reform der globalen Ordnung einzusetzen, denn diese bleibe hinter dem sich verändernden internationalen Kräfteverhältnis zurück. Vom 10. bis 16. November 2024 versammelten sich die APEC-Länder auf dem Gipfel in Lima, Peru. Die Einweihung des Megahafens von Chancay stellte dieses Gipfeltreffen in den Schatten. Der Hafen von Chancay ist ein Projekt Chinas und Perus. Auf dem offiziellen Foto erschien Ex-Präsident Joe Biden in der letzten Reihe, während der chinesische Präsident Xi Jinping rechts neben Präsidentin Dina Boluarte saß. Der Klimagipfel von Baku, der vom 11. November bis zum 23. November 2024 stattfand, war ebenfalls kein Erfolg. Nach erbittertem Streit um ein neues Finanzziel für Klimahilfen an ärmere Länder rettete man sich nach Verlängerung der Debatte mit 300 Milliarden US-Dollar bis 2035 in eine kümmerliche Abschlußerklärung. Jan Kowalzig, Experte für Klimawandel und Klimapolitik bei Oxfam kommentierte: „Die Welt befindet sich auf Katastrophenkurs, und die Konferenz hat dazu nichts zu sagen.“ Am 21. November 2024 begann das viertägige Iberoamerikanische Gipfeltreffen in Ecuador. Nur drei der 22 Regierungschefs nahmen daran teil: der ecuadorianische Gastgeber Daniel Noboa, der portugiesische Präsident Marcelo Rebelo de Sousa und der Präsident von Andorra, Xavier Espot Zamora. Der Gipfel scheiterte. Sein Gastgeber hatte nicht daran gedacht, daß der Blick nach Spanien und Portugal weder eine Gegenwart noch eine Zukunft hat. Von den drei Gipfeln, die fast gleichzeitig in Südamerika stattfanden, war der G20-Gipfel in Brasilien der wichtigste. Er fand am 18. und 19. November 2024 im Museum für Moderne Kunst in Rio de Janeiro statt und war ein politischer Erfolg für den brasilianischen Präsidenten Lula da Silva. Er schaffte es, seine Hauptarbeitslinien durchzusetzen.

Sie fanden in der Abschlusserklärung ihren Niederschlag: Kampf gegen den Hunger, Klimaerwärmung und Reform der internationalen Institutionen. Außenminister Lawrow, der die Russische Föderation auf dem Gipfel vertrat, versicherte, daß Moskau mit der G20-Abschlusserklärung über die Notwendigkeit einer Lösung des Konflikts in der Ukraine einverstanden sei. Das Foto der Teilnehmer des G20-Gipfels in Rio de Janeiro sagte alles: Ex-Präsident Biden erschien nicht darauf. In der ersten Reihe nahmen nur BRICS-Vertreter Platz: der Gastgeber Lula da Silva, der Präsident Südafrikas Cyril Ramaphosa, der chinesische Präsident Xi Jinping, der Präsident Indiens Narendra Modi, der Präsident der Türkei Recep Tayyip und der Präsident Boliviens Luis Arce. In der zweiten Reihe erschienen mit dem deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz und dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron zwei G7-Mitglieder. Der mexikanische Analyst Alfredo Jalife-Rahme schrieb für „Sputnik“: „Angesichts des durchschlagenden Scheiterns der COP29-Gipfeltreffen in Baku und des Iberoamerikanischen Gipfeltreffens in Ecuador wurden die beiden anderen fast zeitgleich stattfindenden Gipfeltreffen der sterbenden APEC- und G20-Staaten von den BRICS-Staaten gerettet. Das erste von China und das zweite von den BRICS-Gründern, die bereits auf ihren zukunftsweisenden Gipfel in Kasan blickten.“ Der Kasaner Gipfel hat die Welt noch nicht verändert. Internationale Beobachter meinen jedoch, daß er als Start einer Hochgeschwindigkeitsbahnreise in Richtung der entstehenden neuen multinationalen Ordnung in die Geschichte eingehen wird. Zu hoffen ist, daß die revolutionären und fortschrittlichen Kräfte der westlichen Welt den Zug nicht verpassen. Der Imperialismus im Niedergang ist gefährlich. Er spielt mit dem nuklearen Feuer.

Wolfgang Herrmann
Dreesch

gestützt auf Berichte von BRICS TV und Prensa Latina

Direkte Routen nach Asien: Xi eröffnet Mega-Hafen in Peru

An der peruanischen Pazifikküste soll der neue Mega-Hafen Chancay die Routen nach Asien unter Umgehung der USA verkürzen und den Handel ankurbeln. Europa indes, dessen Einfluß in Südamerika weiter zurückgeht, zählt eindeutig zu den Verlierern dieser neuen Strategie. In Peru ist der erste chinesisch kontrollierte Hafen Südamerikas eröffnet worden. Chinas Präsident Xi Jinping und Perus Staatschefin Dina Boluarte weihten den neuen Mega-Hafen Chancay ein, der rund 80 Kilometer nördlich von Lima an der Pazifikküste liegt. Dies sei ein „historischer Moment für Peru“, sagte Boluarte bei der Einweihungszeremonie. Das chinesische Unternehmen Cosco Shipping Ports, das eine 30-jährige Konzession für den Betrieb des Terminals an der Küstenstadt Chancay hat, will im ersten Betriebsjahr bis zu einer Million Container umschlagen.

Insgesamt sollen 3,5 Milliarden US-Dollar (3,3 Mrd. Euro) in den Bau der Hafenanlage investiert werden. Chancay soll zum chinesischen Einfallstor an der Pazifikküste Südamerikas werden. Der Hafen ermöglicht schnellere Rohstoffexporte nach China und erleichtert die Lieferung chinesischer Industriegüter nach Peru, er soll zum größten Hub für Elektronik und Textilprodukte aus Asien auf dem südamerikanischen Kontinent werden. Von Peru aus wiederum sollen störungsfreie Lieferketten für wichtige Rohstoffe wie Lithium oder Kupfer aus Chile und Peru aufgebaut werden. Cosco wird eine direkte Route nach Shanghai einrichten. Damit verkürzt sich die Passage auf etwa 23 Tage. Bislang fahren Schiffe aus Peru meist über Manzanillo in Mexiko und Long Beach in den USA nach China. Nun können sie die USA umgehen.

Experten sehen vor allem China als Gewinner des Mega-Hafens. Lithium ist weltweit begehrt und als zentraler Bestandteil für Akkus unverzichtbar für die Energiewende. In Lateinamerika lagern besonders große Vorkommen des „weißen Goldes“. Und auf sie hat Peking es abgesehen. Europa zählt indes eindeutig zu den Verlierern. Sein Einfluß in der rohstoffreichen Region geht weiter zurück, während Gespräche zu Freihandelsabkommen zwischen Südamerika und der EU stocken. In Südamerika ist der Ärger über die seit 20 Jahren schleppend verlaufenden Verhandlungen groß. Man fühlt sich von den Europäern bevormundet, Brasiliens Präsident Lula da Silva spricht angesichts der Umweltvorschriften aus Brüssel gar von „grünem Kolonialismus“.

RTDE, 15.11.2024

Die Welt in Flammen (Teil 2)

Der Krieg und andere Unmenschlichkeiten im Kongo

Was wissen wir von Afrika? Meist wenig. Und das, was wir wissen, ist lückenhaft und oft geprägt von eurozentristischem Denken und spätkolonialistischen Metaphern. Eigentlich sind wir in der Betrachtung dieses riesigen Kontinents nicht weiter als zu Zeiten des bekannten schottischen Afrikareisenden David Livingstone (1813–1873), wenn man mal von einigen touristischen Hotspots absieht, die aber auch maximal ein für Nichtafrikaner abgemildertes und von den Interessen der Reisenden geprägtes Afrika zeigen. Es ist sowieso vermessen, von *dem* Afrika zu sprechen. Afrika in seiner geografischen, natürlichen und menschlichen Gestalt ist um so vieles mannigfaltiger als z. B. Europa. Der heutige westliche Weltblick auf den schwarzen Kontinent ist im Grunde nicht viel anders als zu Zeiten der „Entdecker und Eroberer“. Neugier und die Aussicht auf sagenhafte Reichtümer trieben jene über den Kontinent, der anthropologisch die Wiege der Menschheit darstellt. Die Afrikaentdecker sahen jedoch nichts Menschliches, nur wilde Tiere, wilde Pflanzen und wilde Schwarze. Letztere galt es zu missionieren, zu domestizieren, um sie zu willigen Werkzeugen der eigenen Reichtumsvermehrung zu machen oder auch wahlweise zu Hunderttausenden als sprechende Werkzeuge in andere Kontinente zu verschleppen, um dort den Reichtum der „moralisch überlegenen Weißen“, genauer gesagt, eines kleinen Teils davon, zu mehren. Den nicht an der Reichtumsvermehrung beteiligten hellhäutigen Menschen wurde von Kirche und Staat eingebläut, daß man mit jenen gottlosen Schwarzen nichts zu tun hätte und daß man helfen müsse, sie im eigenen Interesse niederzuhalten. Funktioniert bis heute: Polizeigewalt gegen Andersfarbige ist an der Tagesordnung, und die Sprache der AfD, der Schwedendemokraten, der Dansk Folkeparti, der niederländischen PVV oder des französischen Rassemblement National, der italienischen Lega Nord oder Fratelli d'Italia und anderer rechtsnationaler bis faschistischer Parteien in der westlichen Welt ist da ja wohl auch eindeutig. Mit der all der Überheblichkeit und Gier kamen verheerende Kriege über Afrika. Ich will hier nur einmal das zweitgrößte afrikanische Land, die Demokratische Republik Kongo, herausgreifen. Die älteren unter den Lesern werden sich an eine 1966 erschienene Dokumentation der bekannten Doku-Filmer Walter Heynowski und Gerhard Scheumann erinnern: „Der lachende Mann“. Dort schilderte der Ex-Wehrmachtssoldat und nunmehrige Söldner Müller vor laufender Kamera Gräueltaten, wie sie von ihm und seinen Kumpanen im Auftrag von Geheimdiensten und großen Firmen begangen wurden. „Kongo-Müller“ war lange Synonym für den Söldnerkrieg der westlichen Welt gegen die Befreiungsbewegungen in Afrika.

Warum ausgerechnet der Kongo? Holen wir etwas weiter aus. Heute gibt es zwei Länder mit dem Namen Kongo, die Republik Kongo, auch als Kongo Brazzaville bekannt, etwa so groß wie die Bundesrepublik Deutschland und den achtmal größeren Nachbarstaat Demokratische Republik Kongo (früher auch Kongo Leopoldville und eine zeitlang Zaire), von dem hier die Rede sein soll. Benannt ist das Land nach dem gleichnamigen Kongofluß, der mit fast 4400 km Länge der zweitlängste Strom Afrikas ist und neben dem Amazonas als einer der wasserreichsten Flüsse der Welt gilt. Er erreicht an manchen Stellen eine Tiefe von mehr als 200 Metern. Das Land in Zentralafrika zieht sich von der Atlantikküste im Osten bis zu den mehr als 3400 Meter hohen Bergen im Westen, deren Hänge auf der anderen Seite zum Tanganjika-See abfallen. In diesem riesigen, wassereichen und fruchtbaren Land leben rund 200 Ethnien. Die Grenzen sind von den kolonialen Mächten, wie fast überall in solchen Gebieten, recht willkürlich ohne Rücksicht auf die Lebensgebiete der dort Wohnenden gezogen worden. Der Kongo ist nicht nur reich an Naturgütern, sondern auch an Bodenschätzen. Das hat dieses Territorium für Kolonialisten immer interessant gemacht. Trotzdem hat die Kolonialgeschichte des Kongo eine Besonderheit. Nachdem sich im 19. Jahrhundert verschiedene Firmen und Länder um die Ausbeutung der Schätze bemüht hatten, stellte der belgische König, Leopold II., auf der 1884/85 vom deutschen Reichskanzler Bismarck initiierten Kongo-Konferenz – eine Versammlung von Ländern, die bei der Kolonialisierung zu kurz gekommen waren – den Antrag, den Kongo als Privatkolonie zu übernehmen. Diesem Antrag wurde auch zugestimmt und so fiel der riesige Kongo in die Hand Leopolds als Kongo-Freistaat. Dabei existierte Belgien als Staat erst seit 1830. Vorher gehörten die Gebiete, die jetzt Belgien konstituieren, vorwiegend zu den Niederlanden. Das hängt auch damit zusammen, daß die Herausbildung von klassischen Nationalstaaten, wie wir sie heute kennen, noch nicht abgeschlossen war. Die Bildung von Nationalstaaten erfolgte erst im Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus. Im Feudalismus gehörten Staaten zu Reichen oder Fürstentümern, die von verschiedenen europäischen Dynastien geleitet wurden. So gehörten u.a. Teile der Niederlande den Habsburgern. Im Feudalismus wurden Reiche ererbt, durch Landnahme hinzugewonnen oder durch fröhliches Gemetzel verhindert, daß Reiche geteilt oder an andere Familienmitglieder gingen. In dem Maße, in dem Grund und Boden ihre Bedeutung als Produktivkraft verloren und die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft an deren Stelle trat, wurden neue Kriterien für die Schaffung von Staaten wichtig.

In Folge eines Aufstandes zu Beginn des 19. Jahrhunderts schlossen sich so die kulturell, sprachlich und religiös sehr heterogenen Gebiete zum neuen Staat Belgien zusammen. Eigentlich sollte nach dem Willen der Aufständischen eine Republik entstehen, doch setzten reaktionäre Kräfte die Gründung eines Königreiches durch. Verschiedenen Königshäusern der Umgebung wurde die Königskrone angetragen. Aber alle winkten ob der großen Widersprüche im Land ab. So übernahm der deutschstämmige Prinz Leopold Georg Christian Friedrich von Sachsen-Coburg-Saalfeld 1830 die Regentschaft als Leopold I. Sein Sohn Leopold II. folgte ihm 1865 auf den belgischen Thron. Jener war vor allem an der rücksichtslosen Ausbeutung der Naturschätze im Kongo, vor allem Kautschuk, interessiert und ließ eine Kolonialverwaltung nebst Privatarmee installieren, die nur ihm allein rechenschaftspflichtig war. Was dann bis 1908 folgte, war eine der dunkelsten Kolonialgeschichten. Wie die Kolonialverwaltung im direkten Auftrag Leopolds agierte, konnte man erstmalig in den Berichten Edmund Dene Morels um 1900 nachlesen. Die Sklavenarbeit, die bei der geringsten Widerständigkeit oder auch nur bei zu geringem Arbeitsertrag grausame Strafen nach sich zog – oft wurden einfach Gliedmaßen abgehackt (es gibt ein Bild aus jener Zeit, auf dem einem Vater die kleinen abgehackten Hände und Füßchen seiner kleinen Tochter vorgelegt wurden, um ihn zu bestrafen) und die Menschen dem Hungertod preisgegeben – und ständige Strafmaßnahmen gegen ganze Dörfer sollen fast 10 Millionen Menschen das Leben gekostet haben. Das Regime war so grausam, daß sich selbst andere Kolonialmächte einer Kritik nicht enthalten konnten, unabhängig davon, daß deren Praxis meist nicht viel humaner war. Nach 1908 blieb der Kongo Kolonie, nur die ärgsten Praktiken wurden abgemildert. Wer sich über die menschenunwürdigen Taten weiter informieren möchte, dem seien die Wiki-Seiten Kongogräuere oder die englische Seite Atrocities in the Congo Free State empfohlen. Erst 1960 erlangte der Kongo nach langem antikolonialem Kampf seine Unabhängigkeit. Patrice Lumumba, einer der bedeutendsten afrikanischen Freiheitskämpfer und panafrikanischer Sozialist, wurde Ministerpräsident. Lumumba war nicht nur ein Mann mit großen Visionen, er war auch außergewöhnlich charismatisch und ein anerkannter Anführer der Fortschrittsbewegung. Seine Wirkung auf die afrikanischen Befreiungsbewegungen und darüber hinaus war so groß, daß sofort, in trauter Einigkeit von US-Geheimdiensten, internationalen Großkonzernen und der einheimischen Kompradonenbourgeoisie Komplote gegen Lumumba geschmiedet wurden. Unter

Nutzung von Stammesrivalitäten, aber auch von kleinbürgerlichen, persönlichen Machtbestrebungen wurden einheimische Mitverschwörer gefunden, wie Joseph Kasavubu, Moïse Kapenda Tschombé sowie Mobutu Sese Seko Kuku Ngbendu wa Zabanga, die Lumumba entmachteten, verhafteten und erschossen. Seine Leiche wurde zerstückelt und in Säure aufgelöst – so als wolle man, daß nichts von ihm übrigblieb. Die ausländischen Söldner und die einheimischen Verräter sollten sich aber irren. Der Name Lumumbas gilt heute noch als leuchtendes Vorbild für progressives panafrikanisches Befreiungsdenden, welches die Folgen des Neokolonialismus überwinden soll. Für den Kongo bedeutete jedoch die Ermordung Lumumbas einen herben Einschnitt. Jahrelang balgten sich die einheimischen Juhasse um die Macht, immer mit freundlicher Unterstützung ausländischer Konzerne und Mächte zum Nachteil des kongolesischen Volkes. Schließlich konnte sich Mobutu durchsetzen, der von 1965 bis 1997 den Kongo diktatorisch regierte. Nun übernehmen Einheimische das Geschäft der Kolonialherren, in deren Auftrag und von ihnen finanziert.

Überhaupt kann man im Ergebnis der Befreiungskämpfe konstatieren, daß die Befreiung vom Kolonialjoch in den meisten afrikanischen Ländern nicht gelungen war. Das hängt sicher auch mit einer gewissen Erwartungshaltung, die an die befreiten Länder gestellt wurde, zusammen. Zwar nannten sich viele Befreiungsbewegungen progressiv, sozialistisch, fortschrittlich, die Frage ist jedoch, inwieweit sie diese Ansprüche tatsächlich erfüllen konnten. Schließlich hatten die Kolonialmächte oft ein mittelalterliches, ethnisch und religiös tief zerrissenes Afrika zurückgelassen.

Obwohl das Wort zurückgelassen den Zustand nicht genau beschreibt, weil sie über ihre ökonomischen und finanziellen Möglichkeiten sofort an den Schwachstellen einhakten. Unter dem Deckmantel der Entwicklungshilfe finanzieren und finanzierten sie einheimische Kollaborateure, die das Geschäft der Ausbeutung für sie übernahmen. Man kann davon ausgehen, daß wissentlich wenigstens ein Drittel der nach Afrika fließenden Gelder der mehr oder weniger verdeckten Finanzierung jener einheimischen Helferlein dient. Hinzu kommen folgende Faktoren: Der Blick aus den Ländern der sogenannten ersten Welt auf Afrika ist nach wie vor von Unwissenheit, Dummheit und Ignoranz geprägt. Das beginnt schon damit, daß wir ständig moralisierend auf diesen Kontinent schauen, was z.B. bedeutet: schwarz = gut, weiß = schlecht. Dabei leben Afrikaner nach den gleichen Gesetzmäßigkeiten wie alle anderen Menschen auf der Welt. Wer einmal in den großen afrikanischen Metropolen, wie z.B. Luanda, Kinshasa, Nairobi oder auch in Kigali, das pulsierende Leben in diesen Millionenstädten wahrgenommen hat, weiß, wie falsch unser Blick ist. Es genügt allerdings, wenige Dutzend Kilometer aufs Land zu fahren, um in jenem stammesbasierten Afrika, das wir so gern von fern bedauern, anzukommen.

Dabei arbeitet die „erste Welt“ mit allen Mitteln dafür, daß dieser Zustand erhalten bleibt. Willkürlich von den Kolonialmächten gezogene Grenzen quer durch religiöse, ethnische und kulturelle Gebiete, die noch heute die Staatsgrenze bilden, unterstützen das. Für den Kongo bedeutete es, daß die bereits oben genannten ehemaligen Weggefährten Lumumbas, wie Kasavubu, Tschombe und dem späteren Diktator Mobutu, die Geschäfte übernehmen. Hauptaugenmerk war die ölfreiche Provinz Katanga. Von 1965 bis 1967 regierte Mobutu, der sich seine Mitverschwörer vom Hals geschafft hatte, extrem diktatorisch. Danach regierten im Kongo unterschiedliche Clans, wie in jüngster Zeit die Kabilas. Doch keiner vermochte das Land zu befrieden. Immer wieder flammten, von ausländischen Kräften organisiert und finanziert, Kämpfe auf. Auch wenn es vordergründig scheinbar um Religiöses oder Ethnisches geht, drehte es sich letztendlich

immer um die Ausbeutung von Rohstoffen. In den letzten Jahren standen vor allem die seltenen Erden hoch im Kurs, welche vorwiegend im gebirgigen Nordwesten zu finden sind. Dabei scheuen die imperialistischen Länder und ihre Konzerne nicht davor zurück, ganze Staaten und ihre Staatschefs zu kaufen. Eine besonders unrühmliche Rolle spielt gegenwärtig Paul Kagame, der ruandische Präsident. Immer wenn die Kämpfe im Kongo abzuflauen drohen, läßt er eigene Streitkräfte oder von ihm unterstützte Rebellen im Kongo agieren. Damit sichert er unter anderem den sklavenartigen Abbau jener seltenen Erden, die auf dem Weltmarkt dann solche Profite erzielen können, wie sie sonst nur im Pyramidenspiel üblich sind. Die Bilanz für den Kongo ist verheerend. Allein in den letzten 30 Jahren gab es über eine Million Tote und sechs Millionen Binnenflüchtlinge. Das ist die blutige Dividende.

Uli Jeschke

ALBA eröffnete „einen neuen Frühling des Fortschritts und der Einheit“

Die Staats- und Regierungschefs der Bolivarischen Allianz für die Völker unseres Amerika (ALBA) – Handelsvertrag (ALBA-TCP) – wirtschaftliches und politisches Bündnis von derzeit zehn Staaten Lateinamerikas und der Karibik – haben während ihres 24. Gipfeltreffens am 14. Dezember 2024 eine Reihe von Initiativen auf den Weg gebracht, die wesentliche Fortschritte nicht nur zum Nutzen der Länder des Integrationsblocks, sondern auch in den Ländern des übrigen Lateinamerikas, der Karibik und Afrikas ermöglichen werden, was von Venezuelas Präsident Nicolás Maduro Moros als „ein neuer Frühling des Fortschritts und der Vereinigung“ bezeichnet wurde.

Er würdigte zum Abschluß des Treffens den im Laufe des Tages erzielten Konsens, zu dem auch das AgroAlba-Programm gehört, das entwickelt werden soll, um die Produktion, die Versorgung und die Ernährungssicherheit in diesen Ländern zu gewährleisten.

Eine weitere Initiative ist ein Handelsabkommen zwischen den Völkern, um die Handelsmöglichkeiten innerhalb Lateinamerikas und der Karibik sowie zwischen den ALBA-Staaten zu erhöhen. Zu diesem Zweck werde man eine Plattform für den Währungs- und Handelsaustausch auf der Grundlage des Konzepts der Sucre-Währung wieder aufgreifen, die von den Währungs- und Finanzbehörden des Blocks lebensfähig gemacht werden solle und die auch einen Kompensationshandel umfasse, betonte der venezolanische Präsident.

Am 24. Januar begeht

Heidi Puchala

ihren 70. Geburtstag.

Wir gratulieren ganz herzlich.

Liebe Heidi, vor zwei Jahren wurdest Du zur Vorsitzenden der Regionalgruppe Schwerin gewählt. Dieses Vertrauen hast Du ideenreich mit großem persönlichen Einsatz gerechtfertigt. Gut besuchte gemeinsame Veranstaltungen mit anderen regionalen Vereinen bekräftigen den Anspruch der „RotFuchs“-Gruppe, ein Gesprächsforum für alle Linken zu sein.

Mit besten Wünschen für die weitere Tätigkeit.

Redaktion und Vorstand

Herzlichen Glückwunsch zum 85. Geburtstag am 6. Januar sagen wir unserem Mitstreiter

Peter Truppel

Seit fünf Jahren führt Peter mit seinem Leitungskollektiv und in vertrauensvoller Kooperation mit weiteren linken Vereinen die Regionalgruppe Cottbus. Niveauevolle Veranstaltungen mit großem Zuspruch sind das Ergebnis seines Wirkens.

Vielen Dank, lieber Peter, und auch fortan viel Erfolg und alles Gute für Dich persönlich.

Redaktion und Vorstand

Sechs Stunden Kriegsrecht in Südkorea

Am 3. Dezember verkündete Präsident Yoon Suk Yeol in einer nächtlichen Fernsehansprache das Kriegsrecht. Minuten später, um 23 Uhr, verkündete der Stabschef der Armee den ersten Erlaß unter Kriegsrecht. Politische Parteien und jede politische Aktivität, Demonstrationen und Streiks waren nun verboten. Die Immunität der Abgeordneten war aufgehoben, die Medien standen unter Kontrolle des Militärs.

Aufhebung des Kriegsrechts

Sofort gingen die Menschen auf die Straße. Die Abgeordneten der Opposition und einige Abgeordnete aus Yoons konservativer People Power Partei eilten zum Parlamentsgebäude. Auch Han Dong-hoon, Vorsitzender der PPP, war unter ihnen und sagte, daß die Verhängung des Kriegsrechts ein Fehler sei. Zur gleichen Zeit eilten Sicherheitskräfte zum Parlament, um die Abgeordneten am Betreten zu hindern, zu verhaften und die Aufhebung des Kriegsrechts zu verhindern.

Es war knapp. Das Militär scheiterte beim Versuch, das Parlamentsgebäude zu stürmen, an der Menschenmenge, die sich bereits dort versammelt hatte und die Soldaten bedrängte. Die Türen des Parlaments waren verbarrikadiert worden. Hätten die Sicherheitskräfte ihre Befehle mit Gewalt durchgesetzt, wäre die Aufhebung des Kriegsrechts verhindert worden und Yoon jetzt Diktator von Südkorea. Nach Mitternacht waren 190 Abgeordnete im Parlament versammelt und beschlossen einstimmig, daß die sofortige Aufhebung des Kriegsrechts das laut Verfassung aufgehoben ist, wenn eine Mehrheit der Nationalversammlung es beschließt.

Begründung & Hintergrund

Yoon wurde 2022 mit knapper Mehrheit gewählt. Er ist eingefleischter Antikommunist und steht, vergleichbar mit Bolsonaro in Brasilien, politisch rechts außen. Er ist neoliberal und möchte die Kapitalertragsteuer und die Erwerbssteuer senken und die 52-Stunden-Woche einführen. Zudem ist er für seine frauenfeindliche Einstellung bekannt. Von früheren Diktatoren meint er, sie hätten einen „guten Job“ gemacht. Er steht fest auf der Seite des US-Imperialismus und befürwortet dessen Militärbasen im Land. Er sieht China als Bedrohung, sein größter Feind aber ist Nordkorea, zu dem er praktisch alle Beziehungen abgebrochen hat.

In seiner überraschenden Fernsehansprache sagte Yoon, er „erkläre das Kriegsrecht, um pro-nordkoreanische Kräfte zu beseitigen und die freie verfassungsmäßige Ordnung zu schützen“. Er schwor, „die staatsfeindlichen Kräfte auszurotten“, das Kriegsrecht sei „eine unvermeidliche Maßnahme, um die Freiheit und Sicherheit des Volkes und ... des Landes vor den Aktivitäten staatsfeindlicher Kräfte zu schützen ...“. Der Opposition warf er vor, Handlanger des „kommunistischen Nordens“ zu sein. Yoon hat keinerlei Beweise für seine fadenscheinigen Behauptungen vorgelegt. Niemand in Südkorea glaubt, daß Pjongjang

vorhat, in Südkorea einzumarschieren und einen neuen Koreakrieg anzuzetteln. Die Hintergründe von Yoons Versuch der Machtergreifung liegen woanders.

Die PPP-Regierung ist seit Monaten blockiert. Yoon steht einer Minderheitsregierung vor. Die Opposition, angeführt von der sozial-liberalen Demokratischen Partei (DP), hat 192 Sitze im 300-köpfigen Parlament, während die PPP nur 108 Sitze innehat. Yoon versucht trotzdem zu regieren. Die Opposition weigert sich, seinem Haushaltsplan für 2025 zuzustimmen. Mit dessen Führer ist Yoon persönlich verfeindet und mit seinem Parteivorsitzenden liegt er im Streit. Seine Frau, die Kunstmanagerin Kim Keon-hee, wird der Korruption, des Steuerbetrugs und der Geldwäsche beschuldigt und soll in Aktienmanipulationen verwickelt sein. Die Opposition fordert die Einsetzung einer Ermittlungskommission für die Vorwürfe gegen Kim, Yoon legte sein Veto dagegen ein.

Yoon ist im Volk verhaßt. Die sozialen Spannungen haben sich seit seiner Präsidentschaft zugespitzt. Sinkende Löhne und steigende Preise machen es für die Menschen immer schwieriger, über die Runden zu kommen. Er bekämpft die Frauen- und die Arbeiterbewegung und schwor Washington im neuen Kalten Krieg gegen China die Treue. In nur zwei Jahren hat er Südkoreas Wirtschaft zum Opferlamm für Washingtons imperialistische Ambitionen gemacht, Korea an den Rand eines Krieges gebracht und mitgeholfen, die Region in gegnerische Militärblöcke zu spalten. Gemeinsame Militärbungen mit reaktionären Verbündeten sind seit Yoons Präsidentschaft an der Tagesordnung. Von Biden wurde er dafür als „visionärer Führer“ gepriesen.

Am 30. November fand in Seoul mit Beteiligung der DP und des Gewerkschaftsbundes KCTU eine Demonstration mit 100 000 Teilnehmern, die seinen Rücktritt forderten, statt. Das Krankenhauspersonal streikte, die Arbeiter des Autozulieferers Hyundai Transys hatten im Oktober, und die Lastwagenfahrer am 2. und 3. Dezember gestreikt. Die Eisenbahnergewerkschaft streikte am 5. und die U-Bahn-Beschäftigten am 6. Dezember. Die Beschäftigten der Rentenversicherung und der Korea Gas Corporation (KOGAS) hatten ebenfalls Streiks geplant.

In dieser verfahrenen Situation hatte Yoon zusammen mit seinem Verteidigungsminister, der Führung der Sicherheitskräfte und dem Stabschef der Armee den Putschplan ausgeheckt. Daß der Präsident auf das Kriegsrecht zurückgriff, liegt nicht an seinem Geisteszustand, sondern an der Krise des Kapitalismus.

Amtsenthungsverfahren

Die Opposition strebte nun ein Amtsenthebungsverfahren an. Dafür braucht sie eine Zweidrittelmehrheit im Parlament. Sie verfügt nur über 192 Stimmen, es fehlten also noch acht Stimmen von Überläufern aus Yoons Partei. Ein erstes Votum war für den 7. Dezember angesetzt. Obwohl der

PPP-Parteivorsitzende die Verhängung des Kriegsrechts abgelehnt hatte, rief er seine Parteigenossen dazu auf, gegen den Amtsenthebungsantrag zu stimmen. Am Vormittag hatte Yoon eine Entschuldigungsrede gehalten und sich danach mit seiner Partei getroffen.

Die Sitzung des Parlaments wurde auf öffentlichen Bildschirmen übertragen, vor denen sich eine Million Südkoreaner versammelten. Als der Antrag zur Debatte kam, erhoben sich die Abgeordneten der PPP in einem feigen Akt von ihren Plätzen und verließen den Saal. Damit wurde das Quorum verfehlt. Wut breitete sich bei den Menschen auf der Straße aus. Die PPP hielt offensichtlich an Yoon fest, um Neuwahlen zu verhindern, die notwendig werden, wenn der Präsident abgesetzt wird. Aktuell würde die PPP Neuwahlen mit Sicherheit verlieren.

„Um die Folgen zu minimieren“ hatte PPP-Chef Han mit Yoon abgesprochen, daß er bald zurücktreten werde. Man würde gemeinsam nach einem Weg für einen geordneten Abgang suchen. Yoons Amtszeit geht noch bis 2027. Am 12. Dezember aber rechtfertigte Yoon in einer neuen Fernsehansprache die Verhängung des Kriegsrechts und bezeichnete es als einen „entscheidenden Akt der Staatsführung“. Es sei lediglich eine Warnung an die Opposition und kein Aufstand gewesen. Er werde nicht zurücktreten und sich gegen das Amtsenthebungsverfahren zur Wehr setzen. Die von der Opposition kontrollierte Nationalversammlung sei zu einer destruktiven Kraft geworden, welche die verfassungsmäßige Ordnung der freien Demokratie untergrabe, die nationale Sicherheit gefährde und ihn daran hindere, „chinesische Spione“ zu verhaften.

Nach dieser trotzigsten Fernsehansprache stellte Han Dong-hoon seinen Parteigenossen frei, sich bei einer erneuten geheimen Abstimmung am 14. Dezember nach ihren „Überzeugungen und ihrem Gewissen“ zu entscheiden. Han stellte auch ein Parteiausschlußverfahren gegen Yoon zur innerparteilichen Diskussion. Mit 204 Stimmen dafür wurde der Antrag auf Amtsenthebung am 14. Dezember angenommen. Mindestens 12 Abgeordnete der PPP schlossen sich dem Antrag an. Der Premierminister übernimmt nun stellvertretend die Präsidentschaft.

Am 10. Dezember berichteten die Zeitungen von einer Kabinettsitzung, bei der Yoon die Teilnehmer von dem Putschplan vorher informiert hatte. Der Kommandant der zum Parlament entsandten Spezialtruppen sagte aus, er habe bereits zwei Tage vorher Bescheid gewußt. Am Tag des Putsches habe Yoon ihn sechsmal angerufen und ihm befohlen, „die Abgeordneten aus dem Verkehr“ zu ziehen und keinesfalls mehr als 150 Abgeordnete in das Gebäude zu lassen. Der Kommandant der Spionageabwehr habe ihn gebeten, 15 Personen zu verhaften, darunter die Vorsitzenden der PPP und der DP. All das sieht nicht nach einer harmlosen Warnung an die Opposition aus. Von Anfang an war klar, daß

Yoons Ausrufung des Kriegsrechts gegen die Verfassung verstieß. Weder waren die Voraussetzungen dafür gegeben noch durfte das Parlament besetzt werden.

Seit ihrer Gründung bis 1987 wurde Südkorea von Diktatoren regiert, die von den USA unterstützt wurden. Daß die Mentalität von Polizei und Militär noch nicht in der südkoreanischen bürgerlichen Demokratie angekommen ist, haben die Führung von Polizei und Militär sowie das Verteidigungsministerium, die keine Skrupel hatten, bei dem Putschversuch mitzumachen, bewiesen.

Die Opposition erstattete wegen Anzettelung eines Aufstandes Anzeige gegen Yoon, den Verteidigungsminister und den Stabschef der Armee. Für den Straftatbestand des Aufstands gilt die präsidentielle Immunität nicht, im Extremfall könnte Yoon sogar die Todesstrafe drohen. Die Nationalversammlung hat einen Gesetzentwurf zur Ernennung eines ständigen Sonderermittlers verabschiedet, um wegen Landesverrats gegen Yoon zu ermitteln, die Polizei hat den Verteidigungsminister festgenommen, den Yoon zum Hauptsündenbock machen will, da er ihm zu dem Putsch geraten habe. Auch Beamte des Sicherheitsapparates wurden festgenommen und verhört. Gegen Yoon verhängte das Justizministerium zusätzlich ein Ausreiseverbot.

Auswirkungen auf die USA

Die USA wurden auf dem falschen Fuß erwischt, doch ist es unwahrscheinlich, daß sie nicht im voraus informiert waren. Gerüchten zufolge liebäugelt Yoon schon seit 2023 mit einem Putsch. Die USA zeigen sich „besorgt“ über das entstandene Chaos, aber auch „erleichtert“ darüber, daß die „Demokratie gewonnen“ habe. Wäre der Putsch gelungen, dann hätten sie wohl ein Auge zugedrückt. Der mißlungene Putsch ist ein Rückschlag für die „regelbasierte Weltordnung“, welche die USA der Welt aufzwingen wollen. Für ihre Kriegsvorbereitungen gegen China braucht Washington Verbündete in der Region. Laut German Foreign Policy ist es auch „für Berlin, das seine Außenpolitik allgemein mit Schlagworten wie Menschenrechte und Demokratie legitimiert, ... leicht peinlich, daß ausgerechnet Yoon und Teile der militärischen Führung des Landes – enge Kooperationspartner Berlins also – versucht haben, per Ausrufung des Kriegsrechts Südkoreas Demokratie auszuhebeln“.

Die asiatischen Nationen sind China meist wohlgesinnt und wollen keinen Krieg vor der Haustür. Neben den Bleichgesichtern in Australien und Neuseeland sind es nur die chinesische Provinz Taiwan sowie Japan, Südkorea und die Philippinen, die ihr Heil in einer Allianz mit den USA suchen. Japan und Südkorea sind bedeutende Industrienationen mit einer hohen organischen Zusammensetzung des Kapitals. Das gilt auch für Taiwan. Seit

Yoon, der den Krieg der NATO gegen Rußland mit Waffenlieferungen an die Ukraine unterstützt, an der Macht ist, sind die Beziehungen zu China, Nordkorea und Rußland bei Null angelangt. Mit Nordkorea befindet sich das Land formell noch im Kriegszustand, da der Korea-Krieg 1953 mit einem Waffenstillstand und nicht mit einem Friedensvertrag endete. Zu Yoons Praxis gehört die Bekämpfung der Arbeiterbewegung. Linke Arbeiterführer werden verhaftet. Der Wert des koreanischen Won sinkt und die Lebenshaltungskosten schießen in die Höhe. In nur etwas mehr als zwei Jahren hat Yoon die Wirtschaft schwer geschädigt, sein Land an den Rand eines Krieges gebracht und mitgeholfen, die ganze Region in gegne-



Am 4. Dezember 2024 demonstrierten in Seoul Hunderttausende gegen das Kriegsrecht

rische Militärblöcke zu spalten.

Yoon hat die Beziehungen zu Japan verbessert, was in der Bevölkerung auf wenig Begeisterung stößt. Japan hatte im Zweiten Weltkrieg die Halbinsel Korea besetzt, sie ins japanische Kaiserreich eingebunden und dort schwere Kriegs- und Menschenrechtsverletzungen begangen. Die Männer wurden zur Zwangsarbeit herangezogen und die Frauen als „Trostfrauen“ für die japanischen Soldaten zur Prostitution gezwungen. Japan hat sich dafür bisher weder entschuldigt noch angemessene Reparationen gezahlt. Yoon bezeichnet Japan als „Partner, der unsere Werte teilt“.

Korea war von den Japanern vor und von den USA nach dem Zweiten Weltkrieg besetzt. Im August 2023 traf Yoon sich mit Biden und dem damaligen japanischen Ministerpräsidenten Kishida in Camp David, um wegen der „Bedrohung eines aggressiven China“ über gemeinsame Militärmanöver sowie über eine Zusammenarbeit in den Bereichen Verteidigung und Wirtschaft zu beraten. Bei diesem Treffen schloß Yoon ein Militärbündnis (JAKUS) mit den ehemaligen Kolonialherrn USA und Japan ab, das darauf abzielt, Krieg gegen China zu führen.

Südkorea ist mit der größten militärischen Streitmacht von 500 000 Soldaten und 3,1 Millionen Reservisten der wichtigste Stellvertreter der USA in der Region. Diese

würden bei einem Krieg mit China unter das operative Kommando der USA fallen. In Südkorea sind 30 000 US-Soldaten, die meisten von ihnen in Camp Humphreys, dem größten US-Stützpunkt im Ausland, stationiert. Daneben gibt es noch Camp Casey an der Grenze zu Nordkorea und die beiden Luftwaffenstützpunkte Osan und Kusan, wo sich US-Jagdgeschwader befinden. Zudem haben die USA das Raketenabwehrsystem THAAD in Südkorea stationiert.

Schlußbetrachtung

Die meisten Südkoreaner unterstützen die Amtsenthebung und hoffen, daß Yoon bald verhaftet und vor Gericht gestellt wird.

Nach der Fernsehansprache vom 12. Dezember fragen sich viele Südkoreaner, ob er noch alle Tassen im Schrank hat. Yoons Befugnisse sind ausgesetzt, aber er bleibt im Amt, bis das Verfassungsgericht ein Urteil fällt. Das Gericht muß innerhalb von 180 Tagen über den Antrag auf Amtsenthebung entscheiden. Wenn das Gericht zustimmt, werden nach maximal 60 Tagen neue Präsidentschaftswahlen fällig, nach denen die DP wahrscheinlich den neuen Präsidenten stellen wird. Wenn das Gericht die Amtsenthebung ablehnt, kommt Yoon in sein Amt zurück, was gewiß zu neuen Massenprotesten führen wird. Was die Strafverfahren gegen Yoon angeht, so ist ungewiß, ob er des Hochverrats und des Aufstands für schuldig be-

funden wird. Die Ermittler hatten ihn am 15. Dezember zum Verhör vorgeladen, einer Aufforderung, der Yoon bisher nicht nachgekommen ist.

Im Rahmen der Ermittlungen hat die Polizei ehemalige und noch amtierende Beamte des Nachrichtendienstes verhaftet. Da die ersten Soldaten nur zwei Minuten nach der Verhängung des Kriegsrechts am Parlament eintrafen, muß man davon ausgehen, daß sie im voraus Bescheid wußten oder sogar an den Vorbereitungen für die Verhängung beteiligt waren.

An der Außenpolitik Südkoreas wird sich kurzfristig nicht viel ändern. Aber die USA und Japan sind aufgeschreckt. Wenn die DP den nächsten Präsidenten stellt, wird Seoul die Beziehungen zu China, Nordkorea und Rußland wieder zu verbessern suchen. Tokio befürchtet einen politischen Kurswechsel mit einem Präsidenten, der Japan und dem trilateralen Sicherheitsbündnis JAKUS kritisch gegenübersteht und sich daraus zurückziehen könnte. Ishibas für Januar geplante Reise nach Seoul ist einstweilen auf Eis gelegt, ob die Reise noch stattfinden wird, bleibt abzuwarten. Der Vorsitzende der DP betrachtet Japan als einen feindlichen Staat und will das Thema „Trostfrauen“ und Zwangsarbeiter neu aufrollen. Er fragt sich auch, warum man China provoziert.

DIE LINKE, BSW und DKP

Eine Betrachtung aus der „neutralen“ Schweiz

In der BRD ist die Parteienlandschaft auf der linken Seite des politischen Spektrums im Umbruch. Die Gruppe um Sahra Wagenknecht ist aus der Partei DIE LINKE ausgetreten und hat zu Beginn des Jahres 2024 die neue Partei Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) für Vernunft und Gerechtigkeit gegründet.

Bei den Wahlen zum EU-Parlament im Juni 2024 hat das BSW auf Anhieb einen Wählerstimmenanteil von 6,2 % erreicht, während DIE LINKE noch auf einen Wählerstimmenanteil von 2,75 % gekommen ist. Bei den Landtagswahlen im September 2024 in Thüringen, Sachsen und Brandenburg hat das BSW DIE LINKE erneut deutlich überflügelt mit Stimmenanteilen von 15,8 % in Thüringen, 11,8 % in Sachsen und 13,5 % in Brandenburg und für DIE LINKE 13,1 % in Thüringen, 4,5 % in Sachsen und 3,0 % in Brandenburg.

Die Partei DIE LINKE, die aus der SED der DDR hervorgegangen ist, ist in ihrer Existenz als politischer Faktor in Deutschland bedroht. In ganz Deutschland und sogar in den früheren DDR-Bezirken Sachsen und Brandenburg ist sie unter die 5%-Marke gefallen, mit der Folge, daß sie im Landtag von Brandenburg nicht mehr und im Landtag von Sachsen nur noch dank zweier Direktmandate vertreten ist. Nach den Bundestagswahlen 2025 wird DIE LINKE voraussichtlich auch im Bundestag nicht mehr vertreten sein, während das BSW gemäß den alle paar Wochen publizierten Umfragen mit einem Wählerstimmenanteil von deutlich über 5 % rechnen kann.

Die PDS hat sich nach 1989/90 schnell von der DDR und der SED distanziert. Ihr Kopf, Gregor Gysi, erklärte schon unmittelbar nach der Namensänderung auf die Frage von Journalisten, die PDS sei keine kommunistische Partei. In seinen öffentlichen Verlautbarungen hat er keine Gelegenheit ausgelassen, zu erklären, die DDR sei eine Diktatur gewesen und niemand wolle die DDR zurückhaben.

Seit Anfang der 90er Jahre zog es die PDS und später DIE LINKE mehr und mehr zu allgemein links-sozialdemokratischen Positionen.

Typisch für diese Entwicklung ist die fortschreitende Annäherung an eine prowestliche euro-atlantische Linie. DIE LINKE wurde und wird geführt von Leuten, welche die Partei in dieses Fahrwasser gelenkt haben und nun diesen Kurs halten. Über die Kommunistische Plattform (KPF) haben sich die leitenden Parteifunktionäre bisher nur mit Hohn und Spott geäußert. Noch vor wenigen Monaten hat Gregor Gysi, als er von einem Fernseh-Journalisten auf die KPF angesprochen wurde, geantwortet: „Gibt es die überhaupt noch?“

Sahra Wagenknecht war anfänglich aktiv in der KPF. In einigen Fragen der Sozial- und Wirtschaftspolitik, der Zuwanderung aus dem Ausland oder der Gender-Politik hat sie später eigene Standpunkte entwickelt, die sie in ihren Büchern und in zahlreichen Erklärungen in Interviews erläutert und begründet. In geopolitischen Fragen nehmen Sahra Wagenknecht und die Genossinnen und Genossen, die ihr gefolgt sind, eine kritisch-distanzierte Haltung, z.B. zur NATO, zur EU und zu den USA, ein und unterstützen die weltweiten Bestrebungen zur Durchsetzung einer neuen multipolaren Weltordnung.

Das BSW ist keine kommunistische Partei, eher eine Art „Volksfrontbewegung“ mit dem Potential, eine Volkspartei mit Masseneinfluß werden zu können. Das ist es, was wir in Deutschland und Westeuropa in der jetzigen Zeit brauchen.

Die sozialistische Revolution steht heute und in naher Zukunft nicht auf der politischen Tagesordnung. Die Parole muß lauten: Engagement für eine Sozial- und Wirtschaftspolitik im Interesse der arbeitenden Bevölkerung, verbunden mit dem Kampf um die Erhaltung des Friedens, der täglich bedroht ist.

DIE LINKE ist ebenfalls keine kommunistische Partei, aber im Gegensatz zum BSW hat sie die westliche Weltordnung unter der Hegemonie der USA weitgehend akzeptiert und sich darin integriert.

Die DKP ist eine Partei, die in Deutschland bisher nicht zu einer wirklich relevanten

politischen Kraft werden konnte, was sich angesichts des grassierenden BRD-Antikommunismus in absehbarer Zukunft wohl auch nicht ändern wird, wobei das deutsche Wahlrecht mit der 5%-Hürde dabei eine nicht unwesentliche Rolle spielt. Ungeachtet dessen geht es dieser Partei darum, klassenmäßige Sichtweisen und Argumente in die politische Meinungs- und Bewußtseinsbildung zu tragen und bündnispolitische Allianzen zu fördern. Die KPF in der LINKEN hat sich bisher nicht mit der DKP zusammengeschlossen, weil sie auf dem Standpunkt steht, als organisierte Gruppe in einer Linkspartei, die in den Parlamenten vertreten ist und in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird, mehr bewirken zu können, als in einer Formation, die nicht einmal 1 % der Wähler gewinnt und von den Medien völlig ausgegrenzt wird.

Wenn nun DIE LINKE im nächsten Jahr aus dem Bundestag rausfliegen wird und bald auch in den Landtagen der neuen Bundesländer nicht mehr vertreten sein dürfte, stellen sich aus meiner Sicht bündnispolitische Fragen zur DKP und zum BSW neu.

Ein erfreulich großer Teil der Bevölkerung in ganz Deutschland und insbesondere in der früheren DDR ist heute für eine europäische Friedensordnung unter Einschluß von Rußland, für eine Beendigung des Krieges in der Ukraine unter Berücksichtigung der legitimen Sicherheitsinteressen Rußlands sowie der Kultur und des Selbstbestimmungsrechts der russischsprachigen Bevölkerung in der Ukraine. Diese Menschen darf man nicht der AfD überlassen und ihr in die Arme treiben. Ich stimme Sahra Wagenknecht zu, wenn sie sagt, daß man Bürger, welche die AfD gewählt haben, nicht einfach samt und sonders als Faschisten diffamieren darf. Auf die in vieler Hinsicht berechnete und verständliche Mißstimmung im Land muß man Antworten mit einer fortschrittlich-demokratischen Alternative zur AfD finden. Das BSW ist mit seinem politischen Programm eine Alternative.

Stefan Hofer, Basel/Schweiz

Das BSW strebt eigene Fraktion im EU-Parlament an

Das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) ist im Juni aus dem Stand mit sechs Abgeordneten ins EU-Parlament eingezogen. Einer Fraktion gehören sie nicht an, vielmehr wird die Gründung einer neuen parlamentarischen Gruppe angestrebt, wofür mindestens 23 Abgeordnete aus mindestens sieben Mitgliedsländern erforderlich sind.

Auf Nachfrage, warum das so ist, erklärt ein Mitarbeiter aus dem Büro des BSW-Abgeordneten Fabio De Masi, dies geschehe aus den gleichen Gründen, die bereits zur Parteigründung geführt hätten. Man könne nicht die Partei DIE LINKE verlassen, aber

auf europäischer Ebene in den verwandten Strukturen verbleiben. Das BSW führe weiterhin vertrauensvolle Gespräche und sei zuversichtlich, im Laufe dieser Legislaturperiode noch eine eigene Fraktion auf die Beine stellen zu können.

Die neue Partei ELA zählt im EU-Parlament 18 Abgeordnete, die Partei der Europäischen Linken 16. In der Fraktion „The Left“ sitzen 46 Abgeordnete, damit nach der extrem rechten Fraktion „Europa der Souveränen Nationen“ die kleinste Fraktion im EU-Parlament. 33 Abgeordnete, darunter die sechs vom BSW, sind derzeit fraktionslos. Das BSW

stellt doppelt so viele Abgeordnete wie Die Linke, muß aber zumindest vorläufig mit dem Nachteil leben, daß sie keiner Fraktion angehören. Denn Fraktionen können eine Tagesordnung festlegen, ihre Abgeordneten haben mehr Redezeit als die fraktionslosen und erhalten mehr Räume, Personal und Mittel vom EU-Parlament.

Carmela Negrete

Redaktionell gekürzt

Aus: junge Welt, 27.11.2024

RF dokumentiert Auszüge aus dem Referat von Manfred Sohn, Vorsitzender der Marx-Engels-Stiftung, Wuppertal, auf der 9. Tagung des Parteivorstandes der DKP am 16./17.11.2024 zum Thema

„Parteiengefüge und Klassenkräfte“

These 1:

Die Instabilität parlamentarischer Kräfteverhältnisse und allgemeiner von Parteien und ihrem Verhältnis zueinander darf nicht zu der irrigen Annahme einer Instabilität der Klassenkräfte führen. Klassen sind, zumindest in unserer Epoche – also im ersten Quartal des 21. Jahrhunderts –, in den imperialistischen Ländern stabiler als die ihre Interessen widerspiegelnden Parteiengebilde.

Die Klassenstrukturen etwa von Deutschland, Japan, Frankreich, Italien oder Britannien ähneln sich weit stärker als ihre jeweilige politische Verfaßtheit und ihre jeweiligen Parteiausprägungen. In dem Auf und Ab der dortigen Parteien ist diese Ähnlichkeit und Parallelität schwerer zu verorten als in ihren jeweiligen Klassenstrukturen.

Dieses Verhältnis der unterschiedlichen Varianzbreite von Klassen- und Parteienstrukturen gilt nicht nur auf der geographischen, sondern auch auf der Zeitachse. In Frankreich und Italien etwa hat es in den letzten 50 Jahren tiefe Umbrüche der Parteienstruktur gegeben – bei weitgehender Stabilität der Klassenkonstellation und der ihr entsprechenden Kräfteverhältnisse der Klassen. Wenn wir hier in Deutschland jetzt möglicherweise vor einem tiefen Umbruch der Parteienlandschaft stehen, darf das nicht zu dem Kurzschluß veranlassen, wir stünden vor einem Umbruch der Klassenstrukturen.

These 2:

Was allerdings gegenwärtig ins Rutschen gerät, ist die Stellung von mitgliederstarken Parteien im bürgerlichen Herrschaftssystem selbst. Das gilt auch für Deutschland.

Im Kaiserreich und noch mehr im Gefolge der Novemberrevolution widerspiegelten sich in Deutschland Klassenkämpfe vor allem in Massenparteien. Das betrifft nicht nur die KPD, die in ihren besten Zeiten rund 300 000 Mitglieder zählte. Die SPD hatte bereits 1906 rund 380 000 Mitglieder, 1914 eine Million und 1922 nach dem Übertritt der Rest-USPD rund 1,2 Millionen Mitglieder. Aber auch Parteien wie das „Zentrum“ hatten eine Mitgliederzahl, die nach unterschiedlichen Quellen zwischen 200 000 und 300 000 schwankte. Zu diesen Zahlen der Mitgliedschaft der Parteien kamen die von Massenorganisationen, nicht nur im Gewerkschaftsbereich. Der Arbeiter- und Sportbund hatte 570 000, die Freidenker 600 000 Mitglieder und diese Vereine und Bünde waren – häufig miteinander konkurrierend – eng verknüpft mit den ihnen nahestehenden Parteiorganisationen in Deutschland.

Diese historische Erfahrung führte dazu, daß der „Parlamentarische Rat“ in Westdeutschland in das „Grundgesetz“ gleich nach dem Abschnitt über die unveräußerlichen

Grundrechte und dem Artikel 20, der die Republik als sozialen und demokratischen Rechtsstaat definiert, den Parteien im Artikel 21 einen eigenen Artikel widmet und damit ihre zentrale Bedeutung für den ganzen politischen Machtapparat hervorhebt. Insofern ist es gerechtfertigt, die Entwicklungen dieser Parteien sehr aufmerksam zu verfolgen.

Es ist nach wie vor richtig, daß es kaum einen größeren Betrieb gibt, bei dem der Betriebsratsvorsitzende kein SPD-Parteibuch hat, kaum eine Personalratsvorsitzende gibt, die das nicht auch hat oder das der CDU oder seit einiger Zeit der „Grünen“. Für alle relevanten Positionen in Körperschaften der kommunalen Selbstverwaltung trifft das ebenfalls zu. Das darf allerdings nicht den Blick dafür verstellen, daß es in den letzten drei Jahrzehnten eine gravierende Unterströmung gibt, die diese zentralen Positionen unterspült. Die SPD hatte 1990 bundesweit knapp eine Million Mitglieder, die CDU zusammen mit der CSU ebenfalls. Ende 2023 war die SPD auf 365 000 Mitglieder geschrumpft, CDU/CSU auf 494 000. Alle anderen Bundestagsparteien zusammen kommen auf knapp 300 000 Mitglieder. Hinzu kommt: Während die Million Mitglieder etwa der SPD in der Weimarer Republik, aber auch bis in die 70er Jahre der Bundesrepublik Deutschland vor allem aus 30- oder 40-jährigen Berufstätigen bestanden, beträgt heute der Altersdurchschnitt der SPD-Mitgliedschaft 60 Jahre, der Anteil der unter 20jährigen ein Prozent. Bei der CDU sieht es ähnlich aus. Damit wird sich der Trend der Unterspülung betrieblicher Massenverankerung vor allem dieser beiden zentralen Parteien verstärken.

In gewisser Weise eine Vorwegnahme und Beschleunigung dieses Trends stellt das nach ihrer Abspaltung von der PdL entstandene Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) dar.

These 3

Bei der Analyse der politischen Ebene der Klassenkämpfe in den imperialistischen Ländern müssen wir über die Analyse von Parteien hinaus künftig verstärkt die ganze Vielfalt des bürgerlichen Herrschaftsapparates in den Blick nehmen – bis hin zur Möglichkeit bonapartistischer Wendungen im Zuge des laufenden reaktionär-militaristischen Staatsumbaus.

(...) Die schwindende Massenverankerung von Parteien durch Menschen aus Fleisch und Blut wird gegenwärtig in fast allen imperialistischen Hochburgen ersetzt durch die Zunahme des Einflusses von Medien auf die Erzeugung von Massenstimmungen. Weil Menschen nun mal ihren eigenen Kopf haben, erleichtert das die Stimmungsmache gegenüber dem Transport politischer

Botschaften über Zigtausende von Parteimitgliedern.

Spätestens seit Karl Marx es in der ihm eigenen Klarheit in der „deutschen Ideologie“ zu Papier gebracht hat, wissen wir: „Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche die herrschenden Gedanken, d.h. die Klasse, welche die herrschende materielle Macht der Gesellschaft ist, ist zugleich ihre herrschende geistige Macht.“

Heute wäre hinzuzufügen: Die in einer Gesellschaft herrschenden Emotionen sind in unserer Epoche die von den Herrschenden für ihre Zwecke notwendigen Emotionen nicht nur der eigenen herrschenden, sondern auch der unterdrückten Klassen.

Der sich auf sein letztes Gefecht zurobbende, ökonomisch absteigende Imperialismus, der sich in seinem Bunker verschanzt hat, zerfräst, sich auf eine letzte große Schlacht vorbereitend, auch die Errungenschaften der bürgerlichen Revolution. Sie war ein Sieg der Vernunft über die religiöse Unvernunft. Debatte und Kampf rationaler Argumente werden zunehmend ersetzt durch die Macht von Bildern und Emotionen. Sie über elektronische Medien zu erzeugen und zu steuern wird zu einer der Voraussetzungen, um dieses Volk kriegstüchtig zu machen.

Dahinter verbirgt sich übrigens eine weitere Gesetzmäßigkeit geschichtlicher Prozesse in Klassengesellschaften. Marx hat bemerkt, auf eine halbe Revolution folge immer eine ganze Konterrevolution. Dem liegt die Einsicht zugrunde, daß die Dynamik, die notwendig ist, um einmal entstandene Fortschrittspositionen wieder zu schleifen, praktisch nie bei dem stehenbleibt, zu deren Zerstörung sie angetreten ist. Sie wütet weiter. Deshalb hat es seine innere Logik, daß die Konterrevolution von 1989 nicht nur versucht, die Ergebnisse von 1917 zu tilgen, sondern im weiteren Prozeß mehr und mehr auch die von 1789 zu schleifen beginnt. Sie muß das tun, weil sie ihre Völker hineintreiben will in das unvernünftigste Projekt der Weltgeschichte: die Auslösung eines dritten Weltkriegs.

Wir müssen uns in dieser Analyse der Medien lösen von dem klassischen Bild, das würde sich über Presse, Rundfunk und Fernsehen vermitteln. (...)

Die Labilisierung, die durch die sich lösende Massenverankerung von Parteien erfolgt, erfährt eine weitere Verstärkung durch die Auflösung der klassischen Dominanz sogenannter Massenmedien, weil sie eben die Massen vielfach nicht mehr erreichen. Das zusammengenommen führt zu einer Situation, in der wir uns für die Zukunft auf politisch jähe Wendungen einstellen müssen, die durch Beobachtungen von Parteien- oder Mediendebatten auch schlechter vorherzusehen sein werden, als wir es in den letzten Jahrzehnten gewohnt waren.

Zu den sich abzeichnenden parteipolitischen Konstellationen mit Blick auf den 23. Februar 2024:

These 4

Die bevorstehenden Wahlen sind dadurch gekennzeichnet, daß die SPD als Kanzlerpartei ihre Schuldigkeit getan hat, einen reaktionär-militaristischen Staatsumbau einzuleiten, den die CDU als traditionelle Partei des deutschen Monopolkapitals nun forcieren soll und will. Sie drohen zu einer Wahl um die Frage zu verkommen, welche der anderen Parteien ihr dabei als Juniorpartner zur Hand gehen darf.

Woran eigentlich ist diese Ampel-Regierung im Kern gescheitert? Vordergründig an der Unfähigkeit, das Schrumpfen der Wirtschaft des imperialistischen Deutschlands zu verhindern und am Streit, ob dazu die im Grundgesetz verankerte Nettokreditaufnahmegrenze – gemeinhin „Schuldenbremse“ genannt – gelockert werden soll. Das sind Anlässe, doch die Ursache liegt tiefer. Angesichts zurückgehender Profitraten in den 70er Jahren setzte sich im darauffolgenden Jahrzehnt unter dem Begriff „Neoliberalismus“ eine Politik durch, nun auch solche Bereiche, die vorher der Profitmacherei noch nicht völlig überlassen waren, dem Profitprinzip zugänglich zu machen: Gesundheit, Bildung, Verkehr, Post, Telekommunikation usw. Das waren – zum Teil auch im Grundgesetz verankert – sogenannte staatliche Kernaufgaben, bei denen selbst bis in die Bourgeoisie hinein die Überzeugung bestand, sie sollten besser dem Profitprinzip entzogen werden, damit sich das Kapital, gestützt auf solide Bildung, Gesundheit, Verkehrs- und Kommunikationsstrukturen im Bereich der Produktion materieller Waren um so blühender entfalten könne. Unter dieser Flagge sind folglich staatliche Aufgaben bis zur Unfähigkeit, sie zu erbringen, zugunsten der Profitmacherei ausgedünnt worden. Mit einem so ausgefegten Staat aber ist kein Krieg zu machen, geschweige denn zu gewinnen. Um die „systemische Auseinandersetzung“ der NATO gegen die BRICS-Staaten zu gewinnen, wird aus der Sicht der Herrschenden ein Krieg unvermeidlich sein. Dazu muß die Staatsmaschine funktionieren: Gut ausgebildete und gehorsame Soldaten liefern, einen gesunden, kampffähigen Volkskörper nach dem Vorbild „schnell wie ein Windhund, zäh wie Leder, hart wie Kruppstahl“ erzeugen, Pünktlichkeit beim Transport von Truppen und Panzern sicherstellen usw. Das alles geht aber neoliberal nicht. Kurz und gut: Im Kern ist diese Regierung gescheitert am jetzt anstehenden Übergang vom Neoliberalismus zur Kriegswirtschaft.

Die Bundestagswahlen werden der vielleicht letzte Versuch sein, diesen Übergang vom Neoliberalismus zur Kriegswirtschaft noch mit dem gewohnten Parteienspektrum hinzubekommen.

These 5

Trotz der unübersehbar hohen Kosten, den der aggressive Konfrontationskurs von USA/NATO/EU/Japan gegen die BRICS-Staaten, insbesondere gegen Rußland und China, nicht nur für die deutsche

Arbeiterklasse, sondern auch für Teile des deutschen Kapitals bedeutet, zeichnet sich keine Rebellion wesentlicher Teile der deutschen Bourgeoisie gegen diesen Kurs ab. Der Protest vor allem aus dem Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen artikuliert sich parteipolitisch bislang nur in der AfD und dem BSW und wird politisch marginalisiert.

Immer wieder mal gibt es zwar in den Medien etwa aus Kreisen von Managern von VW oder Siemens oder auch der Chemieindustrie ein zartes Aufmucken gegen die völlige Unterordnung unter den Konfrontationskurs gegen Rußland und China, aber letztlich ordnen sie sich dann doch genauso regelmäßig politisch unter. Einen parteipolitischen Ausdruck findet die, vor allem bei kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) getragene, wachsende Unzufriedenheit folglich bislang nicht in den die politische Landschaft dominierenden Parteien CDU/CSU, SPD, Grüne und FDP, sondern nur in der AfD und dem BSW.

(...) Der Abstieg der Partei Die Linke wiederum hatte ebenfalls drei Voraussetzungen. Erstens den schleichenden Verlust des ersten Markenkerns „Ost-Partei“ gerade durch die Politik der Regierungsbeteiligung und -führung im Osten. Zweitens den ebenso schleichenden Verlust des zweiten Markenkerns „soziale Partei“ durch ebenjene Regierungsbeteiligungen sowie die symbolische Abkehr der SPD von der Agenda-Politik und auch den „Gewöhnungseffekt“ des Hartz-Systems als neue Normalität. Und drittens den Verlust des Markenkerns „Friedenspartei“, der zugunsten der Regierungsfähigkeit von der Parteilinken immer wieder angegriffen wurde und über verschiedene Umwege (z.B. den Einfluß sogenannter Antideutscher) beim Ausbruch des Kriegs in der Ukraine vollends zerbröselte. Die PdL kann die momentan massiven Angriffe der Regierung im Bereich Soziales und Frieden nicht für sich ausnutzen, da sie sich weigert, beide Fragen miteinander zu verknüpfen. Sie wird nicht als die Opposition gegen das momentan wichtigste Projekt der Herrschenden, die Kriegsfähigkeit, wahrgenommen. (...)

Aber vor allem hat sie es unterlassen, einen Zusammenhang zwischen Krieg, Wirtschaft und Sozialabbau herzustellen. Genau das tut aber das BSW und hat das unter den Stichpunkten „Wirtschaftliche Vernunft“ und eben „Frieden“ zum eigenen Markenkern gemacht. Daß das BSW vor allem den politischen Raum neu besetzt, den die PdL freigemacht hat, sieht man an den Wählerwanderungen: mit Abstand die meisten Wähler dazu gewonnen hat das BSW aus dem Lager ehemaliger PdL-Wähler. (...)

(...) Das BSW positioniert sich in der Parteilandschaft selbst bewußt nicht als links und verzichtet auch auf entsprechende Sprache und Symbolik. Das kann es sich erlauben, ohne linke Wähler zu verlieren, weil es aus der PdL hervorgegangen ist und die dort Unzufriedenen mitgenommen hat. Sein Anspruch ist es, sowohl als konsequente Opposition zur Ampel-Regierung als auch als echte Alternative zur AfD wahrgenommen zu werden. Die AfD stellt ihre Opposition aber besonders an den beiden Themen „Frieden“ und

„Migration“ heraus. Das BSW folgt ihr darin, um entsprechende Wähler abzuwerben. Wählerbefragungen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg haben gezeigt, daß das Thema „Migration“ bei der Wahlentscheidung für das BSW noch vor dem Thema „Frieden“ lag. In Regierungsverantwortung wird es entsprechend handeln (müssen). Die Positionen des BSW zu Migration sind dabei allerdings nicht „rechter“, als die aller etablierten bürgerlichen Parteien. (...)

Das BSW ist seiner ganzen Konzeption nach eine Parlamentspartei und daher unfähig, den Widerstand gegen die Ampel, den seine Wählerstimmen verkörpern, über das Korsett des Parlamentarismus hinauszutreiben. (...) In der Frage des Friedens, in der sich die Partei bewußt außerhalb des Mainstream stellt, übt die Partei allerdings auch außerparlamentarische Opposition (3. Oktober). Wie die Koalitionsverhandlungen in Thüringen aber zeigen, gefährdet die Ausrichtung der Partei auf parlamentarischen und Regierungseinfluß auch die Konsequenz in der Friedensfrage.

Ein Wort zur AfD

Die Dramatik der heutigen politischen Situation übertrifft noch die, mit der unsere Vorfahren angesichts des heraufziehenden europäischen Faschismus und des aggressiven japanischen Militarismus in den 30er und 40er Jahren konfrontiert waren. Die „Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunisten im Kampf für die Volksfront gegen Krieg und Faschismus“ ist wie in einem Brennglas nachzulesen in den Referaten des VII. Kongresses der Kommunistischen Internationale aus dem Jahre 1935.

Die Lektüre aller drei dortigen Referate ist auch deshalb zu empfehlen, weil es bei uns Linken immer wieder mal eine gewisse Tendenz zur Reduzierung politischer Zusammenhänge auf ihre ökonomischen Fundamente gibt. Der 7. Weltkongreß vergaß zwar keine Sekunde diese ökonomischen Fundamente, stellt aber Anforderungen für unseren Kampf um die Köpfe, die weit darüber hinaus weisen: „Wo liegt die Quelle des Einflusses des Faschismus auf die Massen? Dem Faschismus gelingt es, die Massen zu gewinnen, weil er in demagogischer Weise an ihre brennendsten Nöte und Bedürfnisse appelliert. Der Faschismus entfacht nicht nur die in den Massen tief verwurzelten Vorurteile, sondern er spekuliert auch auf die besten Gefühle der Massen, auf ihr Gerechtigkeitsgefühl und mitunter sogar auf ihre revolutionären Traditionen.“

Wem ginge da nicht Björn Höcke durch den Kopf, der auf einer in der DDR produzierten Simson durch Thüringen tourte und mit einem russischen Lada zum Wahllokal vorfuhr? Der Aufstieg der AfD erklärt sich auch dadurch, daß sie falsche Feinde haben: Der Überdruß an der Politik der Herrschenden, die Abstieg und Kriegsgefahr bedeutet, wächst. Die Lust auf Rebellion nimmt zu. Das ist gut. Aber durch die lange Praxis der Unterdrückung aller marxistischen Ansätze der Kritik der bestehenden Verhältnisse von KPD-Verbot über Berufsverbote bis zu den heutigen Repressionen wird der Geist der Rebellion rechtsten Kräften zugetrieben. Also gedeiht eine pervertierte

Rebellion. (...) Was nottut, ist die Entfaltung der wirklichen Rebellion – also der gegen Kapital und Imperialismus.

Die heutige Hauptgefahr resultiert aus dem Versuch der ökonomisch und politisch im G-7-Bunker zusammengedrängten, in die historische Defensive geratenen imperialistischen Mächte, einen militärischen Ausbruch aus diesem Bunker zu versuchen, um damit die aufstrebenden Mächte, die sich in den BRICS-Staaten zusammengefunden haben, militärisch und damit auch ökonomisch und politisch zu zertrümmern und auf diesen Trümmern ihre alte Vorherrschaft erneut aufzurichten.

Im Inneren dieses Bunkers folgt daraus die zwingende Notwendigkeit, die unter dem Niedergang leidenden Menschen in den alten kapitalistischen Hochburgen daran zu hindern, der Vernunft zu folgen.

(...) Der berechtigte und bei einem anderen Kurs erfüllbare schlichte Wunsch etwa nach pünktlichen Zügen, sauberen Bahnhöfen und Schulen, nach sicheren Straßen und Parks, nach der Gewissheit, daß auch die eigenen

Kinder in bescheidenem Wohlstand aufwachsen und alt werden können – das alles wird angesichts der Tabuisierung der sozialistischen Vernunft zum Nährboden des Aufschwung der demagogischen Unvernunft, zur Triebfeder der pervertierten Rebellion, die in ihrem logischen Endpunkt zu einem Kurs des kriegerischen Wahnsinns kulminieren kann. (...)

Ein Widerspruch in sich wäre es, darauf zu setzen, mit der AfD oder auch nur Teilen von ihnen gegen den Imperialismus zu Felde ziehen zu können. Das ist schon mit den Träumereien von einem Bündnis mit den Strasser-Kräften der NSDAP blutig gescheitert. (...) Die AfD ist Fleisch vom Fleische der CDU und es wird –leider – zusammenwachsen, was zusammengehört.

So wird das weitergehen – bis es, wenn es anders nicht geht, zu einer Bildung einer Regierung unter Einschluß der AfD kommt, der bis dahin lediglich die Bereitschaft zu einem Frieden mit Rußland noch ausgetrieben werden muß.

Das sind zwar alles keine schönen Aussichten. Aber vielleicht nützt ein letzter

Hinweis: In dem Moment, wo Parteien als Puffer schwächer werden und – siehe Musk in den USA oder vielleicht demnächst ein Blackrock-Kanzler in Deutschland – das Monopolkapital sich selbst ans Steuer der Staatsmaschine setzt, wird das politische Fahren zu einem Fahren ohne Stoßdämpfer. Es wird holpriger. Wir dürfen angesichts dessen zwei Dinge nie aus dem Blick verlieren: Zum einen ist die Haupttendenz der Stimmungsentwicklung in diesem Lande ein Anwachsen der Unzufriedenheit von Quartal zu Quartal. Diese Unzufriedenheit wird zunehmen, weil es bei Aufrechterhaltung des Kriegskurses nicht bei zwei oder drei Prozent bleiben wird, die dieses Volk für das Vorbereiten und Führen von Kriegen aufwenden soll. Im Vietnam-Krieg waren es für die USA fast 10 Prozent, in Deutschland im Zweiten Weltkrieg über 50 Prozent. Weil es objektiv eine Lösung der dieser Unzufriedenheit zugrundeliegenden Probleme in der Perspektive nur durch Sozialismus geben kann, wird sie früher oder später sozialistische Kräfte stärken.

Ein unermüdlicher antifaschistischer Mahner Zum Tod des Journalisten Kurt Nelhiebel

Die wenigsten unserer Leser werden Kurt Nelhiebel unter seinem bürgerlichen Namen kennen. Seine Veröffentlichungen erschienen seit vielen Jahrzehnten unter dem Pseudonym Conrad Taler.

Er wurde am 29. Juni 1927 geboren als Sohn eines antifaschistischen Vaters. Das hat ihn offensichtlich nicht unwesentlich geprägt und auch für sein langes Leben beeinflusst. Er wurde Journalist und später Rundfunkredakteur bei Radio Bremen.

Bereits in den 50er Jahren verfolgte er mit Aufmerksamkeit und höchst kritisch die Entwicklung der jungen Bundesrepublik. Er mußte miterleben, welche Ausrichtung diese nahm und erkannte die Gefahren, die unter anderem von der Wiederbewaffnung, der Errichtung der Bundeswehr und dem NATO-Beitritt ausgingen. Hiergegen schrieb er kritisch an. Die Erschießung des jungen Antifaschisten Philipp Müller 1952 in Essen bewegte ihn nachhaltig und den wenige Jahre später stattfindenden Prozeß um das Verbot der KPD vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe verfolgte er sehr intensiv und berichtete darüber unter anderem in der „Neuen Volkszeitung“, die von der KPD herausgegeben wurde. Dort lernte er unter anderem auch einen der Prozeßvertreter der KPD, Friedrich Karl Kaul, kennen. Wenige Jahre später sollte er ihm als Vertreter von Hinterbliebenen von in Auschwitz Ermordeten in dem gegen ehemalige SS-Angehörige in Frankfurt am Main durchgeführten Prozeß wieder begegnen. Über seine Erlebnisse während der Beobachtung der Verhandlung erschien später sein Buch „Asche auf verschneiten Wegen“. Als endlich vor

etwa einem reichlichen Jahrzehnt das verdienstvolle Wirken des früheren Hessischen Generalstaatsanwalts Fritz Bauer mehr und mehr in den Fokus der öffentlichen Warennahme rückte, nahm er das mit großer innerer Genugtuung zur Kenntnis. Er hatte Bauer während des Auschwitz-Prozesses einst kennengelernt und schätzte ihn sehr. Das veranlaßte ihn auch, gegen manche der Mythen, die über Bauer verbreitet wurden und die geeignet waren, dessen Ansehen zu schaden, nachhaltig vorzugehen. Sein Buch „Einem Nestbeschmutzer zum Gedenken“ kündigt davon und ist zugleich eine Hommage an Fritz Bauer und seine bleibenden Verdienste.

Der engagierte Journalist kämpfte gegen die vor allem in den 50er und 60er Jahren in der Bundesrepublik bestandene Vergessensmentalität und die drohende Verjährung der Verfolgung von Nazigewaltverbrechen. Er sah vor allem die Gefahren, die vom Nazi-Ungeist ausgingen und erhob immer wieder seine Stimme bis in die jüngste Zeit gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus. Kurt Nelhiebel war einer, den man mit Fug und Recht als geradlinig bezeichnen konnte. In seinen Überzeugungen war er nicht beeinflussbar und unbestechlich. Als meine Verbindung zu ihm entstand, hatte er schon fast sein 90. Lebensjahr erreicht. Der Briefwechsel mit ihm war für mich bereichernd. Besonders dankbar bin ich ihm für die Überlassung eines zeithistorischen Dokuments aus den Jahren des KPD-Prozesses. Er wollte es in gute Hände geben.

Nach 1990 befaßte sich Kurt auch mit den Prozessen der bundesdeutschen Justiz gegen

ehemalige Richter der DDR. Sein Buch „Zweierlei Maß – Oder: Juristen sind zu allem fähig“ ist eine kritische Auseinandersetzung, wie mit Richtern verschiedener Zeitepochen und in keiner Weise vergleichbaren gesellschaftlichen Verhältnissen umgegangen wurde. Da liegt es nahe, daß er auch Kontakt zu Verteidigern hatte, die in Verfahren gegen frühere Hoheitsträger der DDR aufgetreten sind. Dazu gehörte vor allem Heinrich Hannover, der Hans Modrow vertrat. Ihn hatte er bereits Jahrzehnte vorher kennen- und schätzengelernet. Nicht ohne Stolz berichtete er von einem Besuch bei diesem in Worpswede im Jahr 2016. Ein schönes Foto der beiden erinnert noch heute an diese Begegnung.

Es dauerte lange, bis das Wirken von Kurt Nelhiebel die gebotene Würdigung erfuhr. Im Jahr 2014 erhielt er den Kultur- und Friedenspreis der Villa Ichon (Bremen) und 2018 das Bundesverdienstkreuz am Bande.

Am 11. November 2024 starb er im Alter von 97 Jahren. Bis zuletzt war er rastlos und erhob seine Stimme. Seine Beiträge – vor allem im „Ossietzky“ – werden mir fehlen. Der „Weser-Kurier“ bezeichnete ihn zu recht einst als „Chronist mit Haltung“, der als engagierter Journalist gegen den Nazi-Ungeist kämpfte. Auf seiner Internet-Seite ist von ihm zu lesen: „Das kurze Gedächtnis der Menschen ist das Mistbeet, auf dem neues Unheil gedeihen kann.“ Wie recht er damit hat. Bezogen auf die Zeit nach ihm formulierte er einmal, wenn jemand später fragen sollte, wo er hergekommen sei: „Wo sich die Menschen einst vertrugen, wo Schwäche fand Applaus, bevor die Eintracht sie erschlugen, dort war er einst zu Haus.“

RA Ralph Dobrawa

Der historische Platz der DDR ist unverrückbar

75 Jahre nach ihrer Gründung und 34 Jahre nach ihrem Ende ist die DDR noch in aller Munde. Daß sie nur eine Fußnote in der Geschichte sein wird, wie 1990 vorhergesagt, hat sich erfreulicherweise nicht bewahrheitet. Dies könnte darin begründet sein, daß die DDR als sozialistischer Staat eine progressive Rolle in einem welthistorischen Transformationsprozess spielte.

Die 1989/90 siegreiche Konterrevolution führte einerseits dazu, daß unsere Niederlage bei vielen Zweifel an der Realisierbarkeit des Sozialismus und der Richtigkeit der Marxschen Theorie hervorrief als auch dazu, daß Unzählige ihre berufliche Existenz und Lebensperspektive verloren. Nicht wenige glaubten, umsonst gelebt zu haben.

Schon nach den ersten Stunden der Volkskammerwahl am 18.3.1990, aber spätestens nach dem 3.10.1990, wurde vielen DDR-Bürgern bewußt, daß sie nicht mehr in ihrem Land lebten. Das reale Leben im Kapitalismus, seine Kälte und Endsolidarisierung, sein Credo „Jeder ist sich selbst der nächste“ und das Erleben, daß nicht der Mensch, sondern nur der Profit zählt, wurde für Millionen DDR-Bürger zur alltäglichen Erfahrung.

Heute befinden wir uns in einer Zeit, in der das Fehlen der sozialistischen Staaten immer deutlicher und klarer als tragischer Verlust, als Tragödie für das Schicksal der Welt erkannt wird. Das Ende des Kalten Krieges brachte nicht die „blühenden Landschaften“, nicht ein Mehr an Menschlichkeit über offene Grenzen hinaus, sondern eine brutale, menschverachtende Erweiterung der imperialistischen Hemisphäre.

Es scheint sich die Richtigkeit des Leninschen Epocheprozesses zu bestätigen:

„... Er (der Imperialismus) hat die Produktivkräfte soweit entwickelt, daß der Menschheit entweder der Übergang zum Sozialismus oder aber ein jahre-, ja sogar jahrzehntelanger bewaffneter Kampf der ‚Großmächte‘ um die künstliche Aufrechterhaltung des Kapitalismus mittels Kolonien, Monopolen, Privilegien und jede Art von nationaler Unterdrückung bevorsteht.“ 1)

In diesem Kampf der „Großmächte, in dem wir uns befinden, sind die einfachen Menschen, die Arbeiter, die Bauern und die vielen anderen Lohnabhängigen die Opfer, die Verlierer. Es gibt in der heutigen Zeit kein „Volksinteresse“, das einen Krieg rechtfertigen könnte. Kommt es zum Einsatz nuklearer Waffen, kann der Untergang der Menschheit genauso wenig ausgeschlossen werden wie der Fortbestand der Erde.

Die Menschheit wurde in ihrer zivilisatorischen Entwicklung durch das Ende der europäischen sozialistischen Staaten um Dutzenden zurückgeworfen. Das ist zu beklagen. Der historische Platz der DDR wird dadurch aber dadurch deutlicher bestimmbar.

Was war nun die DDR? Als Staat „war (sie) wesentlich eine Regierung der Arbeiterklasse, das Resultat des Kampfs der hervorbringenden gegen die aneignende Klasse, die

endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte.“ 2)

Die in der „Pariser Kommune“ 1871 von Marx entdeckte qualitativ neue Staatlichkeit gilt ebenso für die DDR. So wie die Pariser Kommune „der Beginn der sozialen Revolution im 19. Jahrhundert“ war, war die DDR – wie andere sozialistische Staaten – deren Fortsetzung im 20. Jahrhundert.

Angesichts der realen Gefahr eines III. Weltkrieges können DDR-Bürger mit Stolz sagen, daß sie in einem Staat lebten, dessen oberstes Gebot die Erhaltung des Friedens und die Stärkung des Sozialismus war.

Die sozialistischen Staaten waren von 1949 bis 1990 der stärkste Garant für den Weltfrieden.

Wie sähe die Welt heute aus, wenn die DDR bereits 1953 in die kapitalistische BRD einverleibt worden wäre? Wäre Europa eine Friedenszeit bis 1990 beschieden gewesen?

Es darf niemals der Vergessenheit anheimfallen, daß in der BRD die Nazieliten in Wirtschaft und Staat, die Generäle und Obristen der Wehrmacht, der Gestapo, des SD, der Polizei, Staatsanwälte und Richter eines mörderischen Justizsystems, bei dem der Dolch unter der Richterrobe steckte, Ministerialbeamte, die Rassengesetze zur massenhaften Ermordung von Juden, Sinti und Roma ausgearbeitet haben, den Staatsaufbau und die Politik maßgeblich mitbestimmten und gestalteten.

Die Globkes, die Oberländer, die Speidels, die Heusingers, die Fränkels stehen für Tausende in den Ministerien, Kasernen, Gerichtssälen und Amtsstuben.

Adolf Heusinger, Generalleutnant der Wehrmacht, Mitautor der Aggressionspläne gegen die Tschechoslowakei und die Sowjetunion, Koordinator der Partisanenbekämpfung, gleich nach dem Krieg bei Gehlen Leiter der Spionage gegen die Sowjetunion, dann 1952 Wechsel in das Amt Blank, dem Vorläufer des bundesdeutschen „Verteidigungsministeriums“, 1957 erster Generalinspekteur der Bundeswehr, war deshalb auch der prädestinierte Vorsitzende des Militärausschusses der NATO und Planer der NATO-Nuklearstrategie gegen die sozialistischen Staaten. Hätte es die heutige BRD schon in den 50er Jahren gegeben, wüßte man, was Leute wie Heusinger getan hätten, denn der Drang nach Osten bleibt bei den deutschen Eliten des Kapitals stets eine Option.

Dank der Schutz- und Sicherheitsorgane der DDR, in denen bewährte Antifaschisten, Spanienkämpfer, Kämpfer der Resistance, Offiziere der Roten Armee, KZ-Häftlinge, die am Widerstandskampf gegen den Faschismus teilgenommen hatten, das Sagen hatten, konnte die Souveränität der DDR gewahrt werden. Es waren diese Persönlichkeiten, die der jüngeren Aufbaugeneration Vorbild waren. Nachdem die drei westlichen Besatzungszonen ihren separatistischen Kurs entgegen dem Potsdamer Abkommen durch die Währungsreform mit der Gründung der BRD gegen die Sowjetische Besatzungszone abgeschlossen hatten, war diese

ebenfalls gezwungen, einen zweiten deutschen Staat zu konstituieren. Dafür konnte u.a. die für ganz Deutschland konzipierte Volkskongressbewegung genutzt werden.

Das ND titelte am 7.10.1949: „Tag der Geburt der Deutschen Demokratischen Republik. Die Welt blickt auf Berlin.“

Punkt 12.00 Uhr eröffnete der 73-jährige Wilhelm Pieck, der selbst der Arbeiterklasse entstammte und stets deren Interessen vertrat, die 9. Tagung, auf der über die Gesetzesvorlage aller Fraktionen zu entscheiden war. Sie lautete: „Der Deutsche Volksrat erklärt sich zur Provisorischen Volkskammer im Sinne der ihm am 19. März 1949 beschlossenen Verfassung der DDR.“

Über das Grundgesetz der BRD (GG), welches am 23.5.1949 in Kraft trat, wurden 2024 zahllose Lobeshymnen gesungen; es sei das Fundament für Wohlstand und Frieden aller Deutschen gewesen und vieles andere mehr; selbst Politiker der Linkspartei reihten sich in diese Gesänge ein.

Der Verfassung der DDR, deren Annahme an diesem denkwürdigen 7. 10. 1949 beschlossen wurde, wurden derartige Elogen versagt, obwohl sie es viel mehr verdient hätte, denn die DDR-Verfassung schrieb die Enteignung der Betriebe der Kriegsverbrecher und aktiven Nationalsozialisten und deren Überführung in Volkseigentum fest (Art. 24 Abs. 3). Die Artikel 6, 135 und 144 enthielten Bestimmungen zur Überwindung des Nazismus, Faschismus und Militarismus sowie der Ahndung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Derartiges fehlt bis heute im GG. Es nimmt daher nicht Wunder, daß in dieser BRD nationalistische, chauvinistische, rechtsextremistische und in Teilen faschistische Parteien ganz legal immer mehr Einfluß gewinnen und „legal“ an die Macht gelangen.

Die Verfassung der DDR verankerte das bis dahin Erreichte. Und das war nicht wenig. Bis 1949 hatte sich in der SBZ einiges getan. Monopolkapitalisten und Großgrundbesitzer waren enteignet, Boden- und Bildungsreform durchgeführt. Der Volksentscheid in Sachsen über die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher 1946 war zugleich die erste direktdemokratische Abstimmung in Deutschland nach dem II. Weltkrieg. Dieser Entscheid war ein grundlegender Hoheitsakt der im Entstehen begriffenen antifaschistisch-demokratischen Macht im Osten Deutschlands. Entsprechende Aktivitäten wurden in den Westzonen unterbunden. Mit dem Abwurf der Atombombe, wenige Tage nach der Potsdamer Konferenz, beanspruchte der US-Imperialismus die Rolle als Welthegemon und leitete den Kalten Krieg ein. Im Kampf gegen den Kommunismus kamen den US-Strategen die Nazieliten sehr zupass. Verurteilte Nazi- und Kriegsverbrecher wurden begnadigt. Immer mehr Nazimilitärs wurden in dieses aggressive Militärbündnis der Welt integriert.

40 Jahre lang hatte die DDR, hatten ihre Bürger, ihre Staats- und Sicherheitsorgane die Kraft, die Potenzen und Fähigkeiten,

den sozialistischen Staat gegen einen ökonomische Übermacht, die die DDR beseitigen wollte, zu bewahren. 40 Jahre DDR sind keine Randnotiz deutscher Geschichte. Das Deutsche Kaiserreich, auch als antidemokratisch-monarchistischer Junker- und Kruppstahlstaat bezeichnet, existierte von 1871 bis 1918, mithin 47 Jahren. Die Weimarer Republik dauerte nicht einmal 15 Jahre an und endete mit der Machtübergabe an Hitler am 30. Januar 1933. Das „Tausendjährige Reich“, zutreffend als „offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ charakterisiert, endete am 8. Mai 1945, also nach 12 Jahren, mit der bedingungslosen Kapitulation vor den alliierten Streitkräften der Sowjetunion, des Vereinigten Königreichs, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Provisorischen Regierung der Französischen Republik. Die DDR als Staat bestand 40 Jahre und 275 Tage. Der Blickwinkel auf die DDR verändert sich nicht bei den Menschen, die in ihr lebten, die sie kennengelernt haben, die einen Großteil oder einen kleineren Teil ihres Lebens dort verbrachten. So scheint es zu sein, wenn viele die DDR zurückwollen, trotz „Stasi und Mauer“. In der offiziellen BRD ändert sich dieser Blickwinkel kaum. Umfragen mit positiven Aussagen zur DDR werden mit Unverständnis quittiert. In der Wissenschaft sieht es marginal etwas anders aus. So gibt es eine Forschungsstelle DDR-Recht in Jena. Dort will man unvoreingenommen an das DDR-Recht und an positive Entwicklungen herangehen, z.B. bei der Bekämpfung der Kriminalität, aber auch bei der rechtlichen Ausgestaltung der Gleichberechtigung usw. Im Ausland ist man da schon weiter. Es gibt erstaunlicher Weise amerikanische und

englische Gesellschaftswissenschaftler, die sich über die rätselhafte Stabilität der DDR, über Arbeit und Alltag im sozialistischen Deutschland den Kopf zerbrechen. So kommt der amerikanische Historiker Port in einer Studie zu dem Ergebnis: Weder Repression und die berühmt-berüchtigte Stasi noch der Rückzug ins Private oder die Loyalität gegenüber dem angeblich fürsorglichen Regime können die Stabilität hinreichend erklären. Port verweist vielmehr auf die ostdeutschen Funktionäre an der Basis, denen es offenbar gelungen ist, ein Miteinander zwischen Staat und Massen herzustellen. Es überrascht daher nicht, wenn deutsche Schriftsteller wie Jenny Erpenbeck für ihre Bücher, die sich eben mit der DDR differenziert auseinandersetzen, international geehrt werden. In ihren Romanen zeichnet sie die DDR als eine hochkultivierte Gesellschaft, einen Ort, an dem jeder Zugang zu Bildung, Ausbildung und einen Arbeitsplatz hatte. Die Familiengenerationen der Erpenbecks stehen stellvertretend für viele andere Gestalter der DDR. Die DDR ist ein Produkt von mindestens drei, für den menschlichen Fortschritt kämpfenden Generationen. Neben den Erpenbecks sind in dieser Reihe die Wolfs, Mebels, Benjamins, Friedemanns (Spanienkämpfer, Kommunist, Jude, im KZ ermordete Geschwister) zu erwähnen.

Die erste Generation, das waren diejenigen, die noch im 19. Jahrhundert geboren wurden. Sie waren theoretisch gebildete Sozialisten, stammten aus der Arbeiterklasse oder aus dem linksradikalen Bürgertum. Sie kämpften gegen Monarchie und Kapitalismus, gegen den Faschismus, für den Sozialismus.

Die zweite Generation, das waren die, die Anfang des 20. Jahrhundert geboren waren. Sie saßen in ihrer Jugendzeit im Gefängnis, im

KZ, kämpften in der Roten Armee, in der Resistance, im Spanienkrieg. Die etwas später Geborenen, um 1920, die Kriegsgeneration, der man die Jugend genommen hatte, kam meist nach mehrjähriger Kriegsgefangenschaft in die junge DDR. Die große Mehrheit - Kinder einfacher Arbeiter und Bauern. Sie bekamen und nutzten die Chancen, die ihnen der neue Staat bot. Sie kannten den Krieg, verabscheuten ihn. Aus dieser Generation ging die sozialistische Intelligenz hervor, die Ärzte, die Lehrer, die Architekten und Ingenieure, die Wissenschaftler und Künstler.

Die dritte Generation, das sind die nach 1945 Geborenen. Sie wurden in eine DDR hineingeboren, die ihnen alle Möglichkeiten bot. Sie hatten eine gute Schulbildung, Berufsausbildung und Hochschulbildung. Ihre Kinder konnten in einem Staat aufwachsen, der darauf angelegt war, Talente zu fördern und einen erfüllten Platz im Leben zu finden.

Was einte alle diese Generationen: Sie gehörten nicht zu den alten Eliten, zu denen, die das kapitalistische System stabilisierten. Wenn sie im Einzelfall dazu gehörten, wandten sie sich von ihm ab, unter ihnen bedeutende Kulturschaffende. Sie waren durchweg Gegner des Kapitalismus und kämpften oft unter Einsatz ihres Lebens für den Sozialismus.

Aufzuzeigen, daß die DDR ein Werk von diesen Generationen war, welche die Idee vom Sozialismus verband, sollte all denen Verpflichtung sein, die sich des historisch unverrückbaren Platzes der DDR bewußt sind.

Dr. Hans-Jürgen Joseph
Berlin

Fußnoten

Lenin Werke Bd. 21, 302
MEW 17, 342

Dank an „RotFuchs“

Mit großem Interesse und voller inhaltlicher Zustimmung lese ich schon sehr lange den „RotFuchs“.

Als kleines Dankeschön schicke ich Euch ein von mir verfaßtes Gedicht, aus dem Ihr meine politische Haltung erkennen könnt.

Ich bin 88 Jahre alt, noch Mitglied der Linken, gewählt habe ich das BSW. Von Beruf bin ich Erzieherin, habe viele Jahre an der Friedrich-Engels-Oberschule in Meerane als Hortleiterin gearbeitet.

Wir wollen Frieden!

Wenn ich durch die Straßen gehe,
Straßen meiner Heimatstadt,
muß ich staunend eingestehen,
wie sie sich verändert hat.

Und das Auge blickt mit Freude,
überall ein neu' Gesicht,
Straßen, Plätze und die Häuser,
fast erkenne ich sie nicht.

Müßte mich doch fröhlich stimmen
durch die neue Stadt zu gehn,
grübelnd suche ich nach Gründen,
um die Stimmung zu verstehn.

Also schaue ich den Menschen,
die ich treffe, ins Gesicht,
und ich spür die gleiche Trauer,
Freude ist es wirklich nicht.

Sind so viele alte Leute,
wenig Kinder sind zu sehn,
Liebespaare ganz zu schweigen,
was ist hier mit uns geschehn?

Welcher Trubel, welches Leben,
herrschte hier in früherer Zeit,
als es Arbeit gab für alle,
selbst in trister Dunkelheit.

Doch wir sollen Danke sagen,
schließlich sind wir endlich frei,
können wählen, kaufen, reisen,
„Stasizeiten“ sind vorbei.

Was spielt es für eine Rolle,
daß man uns bestohlen hat,
und die großen Taschen füllte,
sich so mancher Nimmersatt.

Und dann fragen sie noch blind,
wie dumm doch die Ossi sind.
Wir bringen jedes Opfer hier,
bald steht der Russe vor der Tür.

Wenn das so kommt, kann ich nur sagen,
wir haben dazu beigetragen.
Die NATO rückt vor Rußlands Tür,
und mittendrin, natürlich wir.

Im Krieg zahlt stets das Volk den Preis.
Schon immer ließ es sich belügen.
Genug der Toten! Endlich wollen wir den Frieden!

Dorothea Fischer, Meerane

AUS DEM „ROTFUCHS“-ARCHIV

Nach Abschluß der Vortragsserie „Wissenschaftliche Weltanschauung“ des damaligen „Deutschlandsenders“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) werden wir den Lesern des „RotFuchs“ in den nächsten Monaten eine Auswahl historischer Texte aus unserem Archiv zur Verfügung stellen – zunächst aus der Zeitung des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ (1944 und 1945). Wir verstehen diese Beiträge als Kapitel eines Geschichtsbuchs, das Leserinnen und Leser mit eigenen Kenntnissen, Erfahrungen und Einschätzungen verknüpfen und erweitern werden.

Wer – wen?

Die gesamte Ostfront von Narwa bis Stanislau ist durch die russische Offensive aufgerissen und zerspalten im Zurückfluten, große Teile, wie zum Beispiel die Heeresgruppe Mitte mit ihren drei Armeen, vollständig zerschlagen, überrannt, eingekesselt und vernichtet! Bereits über zwei Dutzend Generale und gegen 200 000 Soldaten und Offiziere haben Hitler den weiteren Gehorsam aufgekündigt und in Gruppen und geschlossenen Verbänden den sinnlos gewordenen Kampf eingestellt.

Die gefangenen Generale der Heeresgruppe Mitte wenden sich jetzt mit einem Aufruf an die Wehrmacht, klagen Hitler an und rufen zum Kampf auf gegen ihn. Und endlich ist auch in der Heimat selbst die erste Tat geschehen: Generale und Offiziere kämpfen offen für den Sturz Hitlers und die Beendigung des Krieges!

Was bedeutet das?

Aus den Reihen der Wehrmacht heraus, die zuerst die Katastrophe der Hitlerschen Politik und „Feldherrnkunst“ am eigenen Leibe zu fühlen bekommt, die durch Absetzung und Verurteilung verdienter und erfahrener Generale, durch den immer wiederholten Betrug bewußt falsch dargestellter Lage und nicht eingehaltener Hilfsversprechungen an eingekesselte Verbände, durch den eintönigen und irrsinnigen Befehl vom sturen Aushalten und Kampf bis zur letzten Patrone innerlich gespalten, ausgehöhlt und durch Hekatomben sinnloser Opfer ausgeblutet ist, – aus dieser Wehrmacht heraus erhebt sich in letzter Stunde der befreiende Sturm gegen den Reichsverderber Hitler. Die Wehrmacht hat verstanden, daß Hitler in den Abgrund, in den

er mit seinen Gefolgsleuten stürzt, das ganze Deutschland mitreißen will.

Was auch immer in diesen Tagen über eine „Niederschlagung“ dieser Empörung gesagt werden wird – die Erhebung des deutschen Volkes gegen Hitler hat begonnen, sein Freiheitswille läßt sich nicht mehr unterdrücken, der Kampf geht weiter, er wird Hitler und sein verhaßtes System hinwegfegen.

Jetzt sind die Fronten geklärt. Jeder Deutsche steht vor der Wahl: entweder an der Vernichtung Hitlers und seiner Machtorgane teilzunehmen oder selbst durch diese vernichtet zu werden.

Von außen stürmen die Millionenheere der von Hitler überfallenen Völker gegen ihn. Drinnen tobt Hitlers Henkersknecht Himmler mit seinen schwarzen Horden gegen das eigene Volk. Wer nicht zwischen beiden Steinen zermahlen werden will, hat nur einen Ausweg: dem von der Welt bereits militärisch und politisch besiegtten Erzfeind des deutschen Volkes, Hitler, selber den Garaus zu machen, den Krieg sofort zu beenden und die Heimat vor der völligen Vernichtung zu bewahren.

Es genügt aber nicht, das zwar einzusehen, aber trotzdem weiter abzuwarten – nein, jeder einzelne muß jetzt sofort an seinem Platze aus eigenem Entschluß selber handeln.

An den Fronten gibt es überall in der kämpfenden Truppe, den Stäben und Verbänden einsatzbereite Männer – sie müssen sofort handeln, ohne erst Befehle oder Weisungen dazu abzuwarten.

Auch in der Heimat gibt es einsatzbereite Kräfte. Sie dürfen ebenfalls nicht abwarten, bis ihnen die Kampfführung im Lande Anweisungen gibt.

Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg! Das Ziel ist klar, die Generale der Heeresgruppe Mitte haben es in ihrem Aufruf in derselben Weise aufgezeigt, wie unsere Bewegung „Freies Deutschland“ es seit Jahr und Tag immer von neuem ausgesprochen hat:

Trennung von Hitler! Verweigerung des Gehorsams gegenüber seinen Befehlen und denjenigen seiner Beauftragten!

Sofortige Einstellung des sinnlosen Kampfes, Aufnahme der Verbindung mit den Frontbevollmächtigten des Nationalkomitees und Einreihen in die große Front für die Rettung Deutschlands durch den Sturz Hitlers!

Jedes Mittel, das zu diesen Zielen führt, ist recht. Von der Niederlegung der Waffen an der Front bis zur Niederlegung der Arbeit im Rüstungsbetrieb, von der Stilllegung wichtiger Betriebe, Verkehrs- und Nachrichtenmittel bis zum offenen bewaffneten Widerstand.

Gewalt kann nur durch Gewalt gebrochen werden! Schimpflich und Vaterlandsverrat ist nur eins: zögern, passiv bleiben, abseits stehen, weiter abwarten!

Verantwortungsbewußte und mutige Generale und Offiziere der Wehrmacht haben den Sturm gegen Hitler zur Rettung des Vaterlandes begonnen. Jetzt muß das ganze Volk, die ganze Nation sich ihnen anschließen. Das ganze Deutschland muß es sein! Es geht darum:

Wer – wen!

Soll nicht Hitler Deutschland vernichten, muß das deutsche Volk ihn in den Abgrund stürzen.

Oberst Frhr. v. Beaulieu, Mitglied des Bundes
Deutscher Offiziere
Freies Deutschland, 30. Juli 1944

Soldat, Offizier, General

Die deutschen Generale, die während des Zusammenbruchs der Heeresgruppe Mitte in Gefangenschaft gerieten, haben einen Aufruf erlassen, der klar und eindeutig zeigt, wie die Truppenführer die militärische Lage Deutschlands einschätzen.

Mancher deutsche Soldat wird sich fragen: Warum haben die Generale nicht ebenso entschlossen gehandelt, als sie noch an der Spitze ihrer Verbände standen? Wußten sie nicht, daß die breite Masse der Soldaten genauso denkt wie sie und ihnen freudig gefolgt wäre? Wir können ihnen sagen, daß die Ansichten, die in dem Aufruf zum

Ausdruck kommen, unter den Soldaten schon seit langer Zeit immer mehr an Raum gewonnen und sich vertieft haben. Ja, die Mehrheit der Soldaten hat schon längst erkannt, wohin Hitlers verbrecherische Kriegspolitik führt, viele Soldaten haben schon längst die Notwendigkeit des Handelns gesehen. Unvergesslich sind mir die Äußerungen, die ich während meiner fast einjährigen Tätigkeit als Frontbevollmächtigter des Nationalkomitees hörte: „Wenn nur unsere Offiziere voranschreiten würden, einmütig und geschlossen folgten wir ihnen!“ Immer wieder wurde mir von den in der Truppe

bestehenden Wehrmachtgruppen gemeldet:

„Dem Befehl eines Generals, gegen Hitler zu handeln, würden 90 Prozent der Wehrmacht folgen.“ Sie haben auch durch die Tat bewiesen, daß sie gewillt sind, Hitler den Gehorsam aufzusagen und seinem blutigen Kriege ein Ende zu machen. In immer größerer Zahl leisteten sie dem Ruf des Nationalkomitees Folge und kamen auch gegen den Willen ihrer höheren Führung zu uns.

Einer Sache also können die Offiziere und Generale ganz gewiß sein: Wenn es um die Beendigung des Krieges durch den Sturz Hitlers geht, können sie sich auf die

Mannschaften verlassen; an dem entschlossenen Willen der Soldaten wird es nicht fehlen.

Gewiß, entscheidend und in Massen haben auch die Soldaten bisher nicht gehandelt. Aber gab es denn ein Anzeichen dafür, daß ihre Kommandeure sie verstehen und ihnen nicht in den Rücken fallen würden? Konnten sie gar auf die Unterstützung ihrer Generale im Kampf gegen Hitler rechnen? Sie hörten von ihrer Führung immer nur den Befehl zum Durchhalten.

Heute nun sieht die Lage anders aus. Generale in Deutschland fangen schon an zu handeln, Generale an der Front sagen sich los von Hitler und fordern zum Widerstand auf. Jetzt weiß der Mann: Ich kann anfangen. Aber ich kann mir vorstellen, daß sich angesichts dieses Umschwungs doch noch mancher Soldat zweifelnd fragt: „Denen sollen wir vertrauen, die uns gestern noch zwangen – getreu Hitlers Befehl – ‚bis zur letzten Patrone‘ zu kämpfen? Das sind nicht unsere Männer.“

Diesen Kameraden sagen wir: Es ist heute nicht der Zeitpunkt, um zu hadern. Wenn die militärischen Führer auch lange Zeit auf falschem Wege waren, jetzt hat ein Teil von ihnen Hitler und sein System erkannt. Nun entscheidet die Tat. Wer jetzt gegen Hitler kämpft, muß unterstützt werden. Je klarer die Haltung des einzelnen in Taten zum Ausdruck kommt, um

so tatkräftiger muß ihm gefolgt werden. So heißt es in dem in der letzten Nummer unserer Zeitung veröffentlichten Aufruf an Volk und Wehrmacht:

„Das Volk darf die nicht allein lassen, die zum Kampf gegen Hitler angetreten sind. Jeder

Indem wir den Truppenführern, die heute drüben vor der Entscheidung stehen, diese unsere Entschlossenheit mitteilen, möchten wir ihnen sagen, daß diese Verpflichtung auch für sie gilt. Wenn das Volk zum Kampf gegen Hitler antritt, wenn ein Truppenteil an einem Abschnitt ihres Befehlsbereichs zur Tat aufruft, um den Kampf einzustellen und Hitler die Weiterführung des Krieges unmöglich zu machen, so dürfen die Generale die Soldaten nicht im Stich lassen, Sie müssen sie nicht nur gewährleisten lassen, sie müssen sie tatkräftig unterstützen.

Hitler kennt die Gefahr, die ihm jetzt aus den Reihen der Wehrmacht droht. Darum versucht er, das Volk und die Soldaten gegen die Offiziere aufzuhetzen, wie er früher die Offiziere auf die Soldaten hetzte, die sich gegen seine Befehle erhoben.

Aber das wird Hitler nicht gelingen.

Wir sind heute Zeugen, wie sich zum Sturz Hitlers eine unverbrüchliche Kampfgemeinschaft zwischen Soldat, Offizier und General bildet. Sie wird siegen. Sie wird unserem gequälten Vaterlande den Weg zu Frieden und Freiheit bahnen!

Feldwebel Herbert Stresow,
Mitglied des Nationalkomitees „Freies Deutschland“
Freies Deutschland, 30. Juli 1944



Museum des deutschen Antifaschisten in Krasnogorsk bei Moskau. Hier wurde 1943 das NKFD gegründet.

Schlag gegen das Hitlersystem, wer ihn auch führen möge, ist ein Schlag gegen den Todfeind unserer Nation.“

BUCHTIPP

► Menschen im weltweiten Widerstand gegen deutsche Naziregime

Peter Franz

Nur von 32 000 Menschen ist bekannt, warum, aus welchen persönlichen Antrieben und mit welchen persönlichen Folgen sie einem menschenverachtenden System widerstanden – seit Beginn des Aufstiegs der Nazidiktatur: von Berlin bis Paris, von München bis Warschau, von Hamburg bis Rom, Tokio und New York.

Der Autor schreibt: „Vor vielen Jahren kam ich mit einem Bekannten ins Gespräch über die Frage, wer wohl den Hauptanteil des Widerstands gegen die Nazidiktatur getragen hat. Ich äußerte ihm gegenüber die Meinung, daß sicher der Anteil der Kommunisten am Widerstand der größte gewesen sei. Dieser Mann, genau wie ich als Christ beheimatet in der CDU der DDR, wollte diese Behauptung nicht gelten lassen. Er meinte, daß die

Hervorhebung des kommunistischen Widerstands eine der bekannten Propagandathesen der regierenden SED sei. Statt dessen habe der christliche und kirchliche Widerstand einen noch größeren Anteil am Kampf gegen das Terrorregime gehabt. Ich tat ihm darauf meinen Zweifel an seiner Behauptung kund, aber beharrte nicht auf einer tiefergehenden Nachfrage, auch weil ich merkte, daß ich für meine Behauptung keinen stichhaltigen Nachweis vorbringen konnte.

Dieses Gespräch, das jetzt über 40 Jahre zurückliegt, habe ich nie vergessen. Und weil mich die fehlende Begründung für meine damalige Behauptung nie losgelassen hat, habe ich mich endlich daran gemacht, anhand der mir vorliegenden Fakten ein quellengestütztes Erscheinungsbild vom Widerstand gegen den Nazifaschismus in all seinen Facetten zu erarbeiten. Dem soll die vorliegende Untersuchung dienen.“

VerlagBoD – Books on Demand 2024, 248 Seiten, 9,99 Euro, ISBN978-3-7597-5593-3



„RotFuchs“-Veranstaltungen im Januar

■ RotFuchs“-Gruppe Magdeburg

Am Dienstag, dem 14. Januar, um 16.30 Uhr:

Auswertung der 30. Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz

Diskussion zur Arbeit des Jahres 2024 und Vorschläge für die weiteren Aktivitäten der „RotFuchs“-Regionalgruppe im Jahr 2025

Ort: Begegnungsstätte „Pik ASZ“, Leipziger Straße 43, 39120 Magdeburg

■ Regionalgruppe Dresden

Am Sonnabend, dem 18. Januar, um 10 Uhr spricht Torsten Reichelt zum Thema: **Faschismus vorgestern, gestern und heute**

Ort: „Drogenmühle“, Dresdner Straße 26, 01809 Heidenau

■ Regionalgruppe Berlin Marzahn-Hellersdorf

Am Dienstag, dem 21. Januar, um 18 Uhr spricht Dr. Artur Pech, Karl-Liebknecht-Kreis Brandenburg, zum Thema: **Zustand und Entwicklung der Linkspartei**

Ort: Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

■ Regionalgruppe Halle

Am Dienstag, dem 21. Januar, um 15 Uhr spricht der Vorsitzende des „RotFuchs“-Fördervereins Dr. Arnold Schölzel zum Thema: **Die politische Lage nach der Amtseinführung von Donald Trump und vor der Bundestagswahl**

Ort: Sportgaststätte „Motor“, Ottostraße 27, 06130 Halle

■ Regionalgruppe Leipzig

Am Mittwoch, dem 22. Januar, um 18 Uhr spricht Stefan Natke (Vorsitzender der DKP Berlin) zum Thema: **Mit der antifaschistischen Karawane im Donbass – Ein Reisebericht**

Ort: Villa Davignon, Friedrich-Ebert-Straße 77, 04109 Leipzig

■ Regionalgruppe Strausberg

Am Donnerstag, dem 23. Januar, um 15 Uhr spricht der Militärgeschichtler Dieter Neitzel zum Thema: **Wie wird die Außen- und Militärpolitik der USA unter der Präsidentschaft von Donald Trump gestaltet?**

Ort: Volkssolidarität, Gerhart-Hauptmann-Straße 6, 15344 Strausberg

■ Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau

Am Sonnabend, dem 25. Januar, um 10 Uhr Diskussion zum Thema: **Der gemeinsame Kampf für Frieden, ohne Wenn und Aber**

Ort: Seniorenbüro, Kopernikusstraße 7, 08056 Zwickau

■ Regionalgruppe Rostock

Am Sonnabend, dem 25. Januar, um 10 Uhr spricht der Journalist und Buchautor Patrik Baab über den Ukraine-Krieg: **„Auf beiden Seiten der Front“**

Ort: INVIA MGH Rostock, Lütten Klein, Danziger Straße 45 D

■ Regionalgruppe Bernau

Am Sonnabend, dem 25. Januar, um 15.00 Uhr Vortrag und Diskussion von und mit dem Journalisten Tilo Gräser zum Thema: **„Wer die Sprache beherrscht, beherrscht die Hirne!“**
Ausblick in das Jahr 2025

Ort: Treff 23, Breitscheidstraße 43 A, 16321 Bernau bei Berlin

VERANSTALTUNG IM FEBRUAR

■ Regionalgruppe Schwerin

Am Donnerstag, dem 13. Februar, um 16 Uhr spricht Wolfgang Dockhorn, stellv. Vorsitzender des „RotFuchs“-Fördervereins, zum Thema: **Friedenskampf und Bundestagswahl.**

Ort: Begegnungsstätte der Volkssolidarität „Quartier Friedrichs“, Friedrich-Engels-Straße 38, 19061 Schwerin



**„RotFuchs“ abonnieren
einfach gemacht**

**Für den Bezug des RF
als Printausgabe
genügt ein Anruf bei**

**Rainer Behr: 030-98 38 98 30
Wolfgang Dockhorn: 030-241 26 73**

**oder die formlose Bestellung
per E-Mail:**

vertrieb@rotfuchs.net

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats Januar!

Zum 99. Geburtstag

Prof. Dr. Hermann Klenner (Berlin) am 5. Januar

Zum 96. Geburtstag

Dr. Ulf Franke (Lüssow) am 16. Januar

Zum 95. Geburtstag

Günter Marx (Berlin) am 5. Januar
Henning Wesarg (Halberstadt) am 12. Januar

Zum 94. Geburtstag

Wolfgang Pingel (Mesekenhagen) am 14. Januar

Zum 93. Geburtstag

Gerhard Tressel (Halle) am 11. Januar

Zum 92. Geburtstag

Hans-Peter Wokittel (Berlin) am 16. Januar
Hans Ludwig (Wildau) am 23. Januar

Zum 91. Geburtstag

Herbert Fischer (Güstrow) am 25. Januar

Zum 90. Geburtstag

Prof. Dr. Harry Conrad (Dresden) am 23. Januar
Hans Remmel (Neuzelle) am 25. Januar

Zum 85. Geburtstag

Rolf Uhlig (Berlin) am 2. Januar
Rita Berger (Berlin) am 3. Januar
Karl Scheffsky (Schwerin) am 10. Januar
Herbert Würbach (Dresden) am 12. Januar
Eberhard Plaumann (Rüdnitz) am 13. Januar
Sylvia Scheller (Ostseebad Wustrow) am 19. Januar

Zum 80. Geburtstag

Ilona Eilwardt (Dresden) am 8. Januar
Edmund Peltzer (Leipzig) am 11. Januar
Werner Schindler (Leisnig) am 17. Januar
Bernd Ehrenbrecht (Magdeburg) am 20. Januar
Siegfried Bonsack (Berlin) am 24. Januar

Zum 75. Geburtstag

Rita Waldukat (Berlin) am 6. Januar
Reinhardt Koblichke (Aschersleben) am 9. Januar
Herbert Hambach (Magdeburg) am 14. Januar
Eckehardt Möckel (Großhain) am 16. Januar

Zum 70. Geburtstag

Olaf Dietrich (Halle) am 8. Januar

Zum 65. Geburtstag

Angelika Metzler (Berlin) am 26. Januar

Wie immer gilt unsere Gratulation auch allen anderen Geburtstagskindern des Monats.



LESERBRIEFE

Wahlkompas – Was braucht Deutschland?

Die Leipziger Volkszeitung befragte die Leser, was Deutschland brauche als Wahlkompas. Warum nicht lieber fragen, was Deutschland nicht braucht.

Was Deutschland nicht braucht, sind Regierungen und Regierende, die Politik gegen Mehrheiten des Volkes machen. Dafür braucht Deutschland unabhängige, kritische Medien, die nicht den Regierenden hörig sind, sondern die Meinung aus dem Volk an Regierende herantragen. Deutschland braucht – im Sinne des historischen „Nie wieder!“ – nie wieder Regierende, die dem Volke einreden, mit Krieg den Frieden zu schaffen. Deutschland braucht Regierende, die dem Volke nicht Feindbilder ausmalen, Ängste wecken und eine gesellschaftliche Atmosphäre schaffen, die von Haß, Hetze, Menschenverachtung geprägt wird.

Es ist nicht die Frage, was das Deutschland der Regierenden, des Kapitals und des Geldes braucht, sondern was das arbeitende, werbeschaffende Volk, was die Alten, Kranken, Armen, Kinder, Familien, Schüler, die Ausgegrenzten, die Diskriminierten, Diffamierten brauchen.

Wer immer noch und wieder glaubt, die seitenlangen Wahlprogramme aller Parteien würden Auskunft über das geben, was dem Willen des Volkes in seiner Mehrheit nahe käme, der wird mit der nächsten Regierung in kürzester Zeit sein „blaues Wunder“ erleben. Frieden hat noch nie Kriegsbereitschaft, Rüstung und Feindbilder gebraucht. Die Geschichte hat den Beweis erbracht, daß alle Völker, Menschen aller Nationen, Glaubens und Weltanschauungen einander friedlich und respektvoll begegnen können. Immer waren und sind es politische Interessen, Macht- und Herrschaftsinteressen der scheinbar auserwählten, wertebasierten, über allen anderen stehenden Mächte, die darauf aus sind, gegen vermeintlich schwächere Staaten, gegen deren Sicherheitsinteressen vorzugehen, „friedliche“ Farbenrevolutionen und Bürgerkriege in Szene zu setzen und am Ende Kriege zu provozieren.

Was braucht Deutschland? Das deutsche Volk brauchte nach aller Erfahrung mit zwei Weltkriegen, nach einem Nürnberger Prozeß 1945 die endliche Erkenntnis über diese Zusammenhänge, von denen es sich bis heute – heute wieder – beherrschen läßt.

Roland Winkler, Aue

Forcierung der Kriegstüchtigkeit

Ich bin erstaunt, daß manche Leute immer noch glauben, die SPD verfolge ernsthafte Absichten, um positive gesellschaftliche Veränderungen anzustreben. Die Entscheidung für Scholz als Kanzlerkandidat ist doch angesichts der zu erwartenden Niederlage eine Offerte an die CDU, um so mit einer künftigen Regierungsbeteiligung belohnt zu werden.

An den Pfründen der Politik beteiligt zu bleiben, ist das Credo! Green is out. Inzwischen schafft die Forcierung der Kriegsfähigkeit immer neue Fakten. So fordert das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, daß ein Bunkersystem das Land überzieht und Eigenheime ebenfalls mit Bunkern zu versehen sind. Probealarme hatten wir ja erst kürzlich. An der erforderlichen Wehrpflicht wird auch schon aktiv gebastelt. Sicher werden demnächst auch wieder Gasmasken an die Haushalte ausgegeben. Der Druck der Lebensmittelkarten muß verschoben werden, denn das Papier wird für die überraschend benötigten Wahlscheine benötigt.

Das Ganze im Sinne der US-amerikanischen Politik, Europa in einen Stellvertreterkrieg gegen Rußland zu verstricken. Das hatte ja Präsident Truman bereits 1941 als Doktrin verkündet: „Wenn wir sehen, daß Deutschland gewinnt, müssen wir Rußland helfen; wenn Rußland gewinnen sollte, müssen wir Deutschland helfen.“

Nun eben Europa und Rußland. So sollen sich beide gegenseitig schwächen, und die USA-Herrschaft auf diesem Kontinent ist gesichert. Aber ob China da zusieht?

Klaus Baltruschat, Berlin

Woran zu erinnern ist

In letzten 11 Jahren war die SPD Teil einer Bundesregierung. Ab 2021 stellte sie sogar den Bundeskanzler.

Wem das „Treiben“ der Sozialdemokraten ein Rätsel ist, der schaue bitte in die Vergangenheit, hier findet er dessen Lösung. Ich zitiere aus dem Buch von Albert Norden (bis 1981 Mitglied des Politbüros des ZK der SED und ab 1976 Mitglied des Staatsrates der DDR) „Ereignisse und Erlebtes“, Dietz Verlag Berlin 1981: „Was diese Arbeit (Politisches Wirken in der Emigration – d.R.) betrifft, so gründeten wir im Mai 1944 die Halbmonatszeitschrift ‚The German American‘, als deren Herausgeber der linkssozialistische ehemalige preußische Justizminister Dr. Kurt Rosenfeld fungierte. Im Gegensatz zu den damals noch existierenden 200 deutschsprachigen Zeitschriften und Zeitungen, davon über ein Dutzend Tageszeitungen, war ‚The German American‘ das einzige konsequent antifaschistische Publikationsorgan in den USA. Fast alle anderen Blätter verstanden sich mehr oder weniger als Fahnenträger des ‚Großdeutschen Reiches‘.

Ferner gaben wir vierzehntäglich in englischer Sprache das gedruckte Bulletin ‚Germany Today‘ heraus. In ihm legten wir die Fäden bloß, die Amerikas Weltrusts und die momentan geschwächten deutschen

Imperialisten verbanden. Die Tatsachen und Beweise dafür wurden uns von liberalen amerikanischen Besatzungsoffizieren übermittelt.

Einige große Zeitungen der kapitalistischen Staaten griffen ebenso wie die sowjetischen Massenmedien diese Enthüllungen auf. Sie erhellten einmal mehr die Situation diesseits und jenseits des Atlantik und nannten jene Kräfte beim Namen, die danach trachteten, die ‚deutsche Frage‘ auf reaktionäre Weise zu lösen. Dabei mußten wir uns auch mit dem rechtssozialdemokratischen Flügel der deutschen Emigration auseinandersetzen. Ihr geistiger Kopf und ständiger Leitartikler in der New-Yorker ‚Neuen Volkszeitung‘ war Friedrich Stampfer, ehemaliger Chefredakteur des Zentralorgans der SPD ‚Vorwärts‘. Jetzt forderte er, und mit ihm sozialdemokratische Parlamentarier der Weimarer Republik, daß die Westmächte nicht Hitler und seine Armeen vernichten, sondern ein Bündnis mit Deutschland schließen sollten, um gemeinsam einen Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion zu führen.

In dem Maße, wie in den USA die Zahl der Kriegsgefangenen zunahm, machte ‚The German American‘ auch Front gegen die unbelehrbaren Nazielemente, die in den Kriegsgefangenenlagern unter Duldung, ja Begünstigung amerikanischer Behörden die leitenden Funktionen an sich rissen. Dort kam es zu regelrechten Femorden, deren Opfer antifaschistische Kriegsgefangene waren. Uns lag am Herzen, dieses Geschwür auszutrocknen.“

Johann Weber, Niederbayern

Der Noch-Kanzler

Der „Noch-Kanzler“ unternahm am 2. Dezember einen „Abtrittsbesuch“ in der Ukraine und brachte als Weihnachtsgeschenk nochmals 650 Mio. Euro mit. Auf daß die Ukraine mit ihrem Selenskyj-Regime bis zum Sieg über Rußland durchhält, koste es was es wolle. Deutschland und die EU zahlen ja. Ganz im Sinne der Biden-Regierung, die noch das Letzte aus ihrem Budget herausholt, um die Lage in der Ukraine zu eskalieren.

Von der krisengebeutelten EU und der säbeltragenden Frontfrau von der Leyen hört man nur scharfmacherische Reden, kein Wort von Diplomatie oder von aufeinander zugehenden Aktivitäten. Aus dutzenden Kehlen dieser EU-Hilfspolitikern erschallt der Ruf nach mehr Waffen bis zum „Endsieg“ über den russischen Feind, der laut deutschem Kriegsminister spätestens 2029/30 die EU angreifen und vereinnahmen will. Er ist ein Hellseher unter den vielen Blinden, die ihn in Deutschland und der EU umgeben. Und zur rechten Zeit, wie bestellt, arbeitete die Noch-Regierung an einem Bunkerplan für Deutschland. Solche schizophrenen Aktivitäten gab es schon einmal während des Kalten Krieges. Wenn dieses Land in atomaren Staub zerfallen ist, steigen wahrscheinlich die Bunkerbewohner nach Wochen frisch gestählt und gesund wieder an die Oberfläche und gehen in den nächsten Supermarkt einkaufen.

In einer renommierten bundesdeutschen Wochenzeitschrift las ich, daß Frau Merkel herausgefunden hätte, wann Putin sie angelogen hätte. Da bleibt einem doch glatt die Spucke weg. Sie, die Putin, der mit offenen Armen auf sie zuzuging, absichtlich, hinterlistig, unverfroren und wissentlich bezüglich Minsk angelogen hat, erdreistet sich, Putin der Lüge zu bezichtigen. Glaubt diese Dame wirklich, daß die übrige Welt diesen papiergewordenen Unsinn in Form von sogenannten Memoiren nicht durchschauen würde? Es sind die in US-geführten Denkfabriken, NGO's und sonstigen einschlägigen Organisationen herangezuchteten neuen nichts-wissenden Eliten, die, wie Hunde, nur das Apportieren beherrschen. Sie sind erzogen, dem Hegemonen zu dienen.

Der gegenwärtige NATO-Generalsekretär Rutte will keine Diskussionen über Frieden, sondern nur mehr Waffen. Agnes Flak-Ballermann, Wüterich Kiesewetter und all diese Sofakrieger würden lieber heute als morgen den großen Krieg beginnen. Folgen interessieren nicht. Denn dann müßte man ja Situationen hinterfragen und Ursachenforschung betreiben. Doch diese Denkprozesse finden nicht statt, denn das würde heißen, den Kapitalismus als System zu hinterfragen.

Reiner Neubert, Berlin

„Bombengeschäft“ für Kriegsindustrie

In einem Beitrag der Tageszeitung MOZ war jüngst zu lesen, wie Deutschland sich für den Krieg gegen Rußland vorbereitet. Deutschland bildete 2024 mindestens 10 000 ukrainische Soldaten aus. Andere Staaten aus der EU nochmal 60 000 für den Krieg gegen Rußland. Mit dem Ende der Sowjetunion gab es für NATO und die USA kein Halten mehr. Sie stehen, inzwischen vorgerückt bis an die Grenzen Rußlands, „Gewehr bei Fuß“, um Rußland in die Knie zu zwingen.

Die MOZ kommentierte: „Aus der Traumwelt ohne Krieg aufgewacht, wird das Vorrücken der NATO durch Putins Angriffskrieg auf die Ukraine gerechtfertigt.“ Offen wird zugegeben, daß der Krieg viele Soldatenopfer fordert. Deshalb soll das Mindestalter für den Wehrdienst auf 18 Jahre herabgesetzt werden. Was für die Ukraine gilt, ist auch für deutsche Wehrdienstleister vorgesehen. Ja, Deutschland bereitet sich auf einen Krieg gegen Rußland vor. Die Kriegsindustrie bekommt ihr „Bombengeschäft“, Kriege machen es möglich! Es interessiert nicht, daß im Grundgesetz der Bundesrepublik die Verpflichtung zum Frieden festgeschrieben ist. Es interessiert auch nicht, daß die Menschen im Frieden leben wollen. Sie wollen nicht im Atomstaub verrecken.

Viele Menschen und immer mehr Initiativen für Frieden und Abrüstung wenden sich gegen die Militarisierung der Wirtschaft, der gesamten Gesellschaft und gegen die Produktion von Waffen, Munition und Marschflugkörpern. Ein deutliches „Nein“ für eine „kriegstüchtige“ Bundesrepublik!

Ernst Jäger, Panketal

Ja zum Frieden!

Als sich Marion Nawroth aus Bautzen auf den Weg nach Berlin machte, um mit einem Hungerstreik gegen den Kriegskurs der deutschen Regierung zu protestieren, schloß sie sich zunächst einem Friedenscamp an, das sich schon seit längerer Zeit hinter dem Berliner Dom postiert hatte.

Sie konnte Kontakte zu weiteren Organisationen in Berlin knüpfen, darunter „Frauen für den Frieden“ und die „Friedensglockengesellschaft“. Neben Besuchen bei ihr im Camp gab es Unterstützung für öffentliche Auftritte, darunter am 7.12. auf dem Potsdamer Platz und am 16.12. am Jakob-Kaiser-Haus und am Bundestag.

Am 7.12. fanden sich leider nur wenige Unterstützer auf dem Potsdamer Platz ein, aber es gelang, ihren Brief an den Bundeskanzler und alle Abgeordneten des Bundestages zu verlesen, um vielleicht Nachdenklichkeit bei den zum Weihnachtsmarkt strömenden Menschen zu erreichen. Musik und der Vortrag literarischer Mahnungen ergänzten ihren Aufruf.

Der 16.12. vereinte eine Aktionsgruppe um die Künstlerin Ute Bella Donner, die sich am Jakob-Kaiser-Haus mit Regenschirmen, auf denen Friedenstauben prangten, Friedensliedern und Rufen nach Frieden den ins Haus strömenden Abgeordneten präsentierte und damit ihren Friedenswillen zum Ausdruck brachten. Nach einer Stunde zog die Gruppe zum Brandenburger Tor und wiederholte die Aktion an der dortigen riesigen Tanne, wobei es zu Gesprächen und Selfies mit Touristen kam, denen der Hintergrund der Aktion erläutert wurde. Den Abschluß bildete der Marsch zum Bundestag, wo es am Parkplatz zu einer weiteren Friedensbekundung kam, die allerdings schnell von der Polizei beanstandet wurde, da es keine Anmeldung für eine „Demonstration“ gab. Bei etwa zehn anwesenden Menschen von einer Demo zu sprechen, ist allerdings etwas übertrieben, aber immerhin erregte man Aufmerksamkeit!

Gabi Parakeninks, Berlin

„Was-tun-Netzwerk“ zur Abstimmung im Sächsischen Landtag

Als Koordinierungskreis des „Was-tun-Netzwerkes“, einem Zusammenschluß linker Personen aus der gesamten Bundesrepublik, die sowohl Mitglied der Partei Die Linke, des BSW, als auch parteiungebunden sind, haben wir mit Genugtuung den Beschluß des Hallenser Parteitages zur breiten Unterstützung des Berliner Appells „Gegen neue Mittelstreckenwaffen und für eine friedliche Welt“ zur Kenntnis genommen. So, wie im Berliner Appell formuliert, sind auch wir tief besorgt über „die Gefahr, in einen atomaren Abgrund zu taumeln oder durch einen konventionellen Krieg umzukommen“. Daß diese Gefahr real ist, zeigt sich augenblicklich insbesondere im Raketen- und Marschflugkörperinsatz auf beiden Seiten im Krieg um die Ukraine. Damit wird eine Eskalationsstufe erreicht, die uns alle in einen dritten Weltkrieg führen kann (General a. D. Kujat). Wir schließen uns dem Bemühen der Genossinnen und Genossen in

der Partei Die Linke an, die weiterhin sehr aktiv darum kämpfen, daß es bundesweit innerhalb der Partei endlich zu einer klaren Positionierung zum „Frieden ohne Bedingungen“ kommt und die weiterhin dafür streiten, daß die Eskalationsspirale rückläufig ist und nicht noch stärker angetrieben wird. Und genau darum ging es im Sächsischen Landtag. Die AfD (warum nicht die Partei Die Linke ?) hatte einen Antrag zur Abstimmung eingebracht, der, in voller Übereinstimmung mit dem Berliner Appell, die Sächsische Staatsregierung aufgefordert hat, sich genau für dessen Verwirklichung einzusetzen. Bei Zustimmung der Partei Die Linke wäre dieser Antrag angenommen worden und hätte für die Bundesregierung und auch für die Bundespolitik hinsichtlich Raketenstationierung und Krieg um die Ukraine weitreichende Bedeutung gehabt. Das Ergebnis der Abstimmung war für uns jedoch eine tiefe Enttäuschung. Gemeinsam mit den Kriegsparteien CDU, SPD und Grüne haben die Abgeordneten der Partei Die Linke gegen den Antrag gestimmt. Damit haben die Abgeordneten in der sich augenblicklich außerordentlich zuspitzenden Situation in der Frage von Krieg und Frieden gegen eine aktive Friedenspolitik gestimmt.

Ein solches Abstimmungsverhalten in einer solchen Existenzfrage der Menschheit stärkt vielleicht die Brandmauer zur AfD, aber sendet gleichzeitig Signale in die Gesellschaft, die diese Partei keinesfalls schwächen – im Gegenteil. Die AfD ist auch für uns aufgrund konträrer Positionen in vielen Punkten keine Friedenspartei, aber wir müssen uns inhaltlich mit ihr auseinandersetzen und – so schwer es uns auch fallen mag – richtigen Inhalten ggf. auch zustimmen. Der AfD wird man nicht durch Brandmauern oder Ausgrenzungspolitik die Basis entziehen, sondern nur durch eine konsequente Friedens- und Sozialpolitik.

Karl-Heinz Gläser, Magdeburg

Weltstrafgericht erläßt Haftbefehle gegen Netanjahu, Galant und Hamas-Führer

Höchste Zeit, daß die Weltgemeinschaft akzeptiert, daß die Palästinenser als Volk, deren Territorium besetzt ist, das Recht haben, sich zu verteidigen.

Deutschland leistete Israel 2023 für 326 Millionen Euro Militärhilfe. Die Haftbefehle des Internationalen Strafgerichtshofes gegen Premierminister Netanjahu und den einstigen Verteidigungsminister Galant, begründet durch Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, waren lange fällig. Das politische Regime Israels will den Genozid der Palästinenser. Mehr als 43 972 Getötete und 104 008 Verletzte sind Beweis genug. Hinzu kommen das Aushungern der Bevölkerung und die sehr prekäre medizinische Versorgung im Gazastreifen.

Seit Gründung des Staates Israel am 18. Mai 1948 verhindert seine politische Elite mit Gewalt die Gründung des Staates Palästina, obwohl die UNO-Vollversammlung am 29. November 1947 die Schaffung beider Staaten beschloß; 77 Jahre wird den Palästinensern ihr eigener Staat gewaltsam durch Israel vorenthalten. Palästinensische Gebiete wie das

Westjordanland, Ostjerusalem, Golanhöhen und der Gazastreifen sind von Israel besetzt und werden von 490 000 israelischen Siedlern völkerrechtswidrig genutzt.

Von den USA und Deutschland hört man gelegentlich, es wäre an der Zeit, die Zwei-staatenlösung zu verwirklichen. Aber nichts geschieht.

Wilfried Schubert, Güstrow

Wie lebt man heute in Israel?

Meine Freunde in Israel, die ich aus meiner Studienzeit in Belarus kenne, berichteten mir, daß sie bisher sehr großes Glück hatten, denn niemand aus ihrer Familie wurde in dem sich auch immer stärker auf Israel ausdehnenden Krieg getötet oder verletzt. Doch ihr jetziges Leben ist durch den Krieg stark geprägt. Es gibt, obwohl sie sich bemühen, alles so wie vorher zu handhaben, sowohl staatliche (kommunale) Verhaltensregeln als auch Absprachen in der großen Verwandtschaft, die sie für sich selber trafen. So haben sie sich bei Fliegeralarm entweder in das in jeder Wohnung vorhandene besonders geschützte Zimmer, in einen Bunker oder mindestens in einen der häufig auf den Straßen anzutreffenden Betonwinkel zu begeben. Dieses System war bis zum Beginn der Kampfhandlungen ausreichend und wurde damals als sicher empfunden, da es die Bevölkerung vor den primitiven Raketen mit kleiner Sprengladung aus dem Gaza-Streifen und von der Hisbollah ausreichend schützte. Heute durchschlägt ein Teil der aus dem Iran und dessen Stellvertretern Libanon und Jemen auf Israel abgeschossenen Raketen, worunter sich auch solche mit Hyperschall- und Überschall befinden, den bisher so sicher funktionierenden Iron Dom, wodurch das Leben bedeutend unsicherer wurde.

Da bei dem Beschuß am 22.12. in Tel Aviv 15 Menschen zum Teil schwer verletzt wurden, entschied der Familienrat schweren Herzens, die geplante gemeinsame Weihnachtfeier wegen des erhöhten Risikos abzusagen. Persönliche Treffen werden stark eingeschränkt, worunter besonders die an ihre Wohnungen gebundenen älteren Familienmitglieder leiden.

Das ist die eine, die menschlich zu bedauernde Seite, jene, unter denen aber die Kinder aus Gaza in ganz anderer Dimension und Auswirkung leiden. Die andere ist die, daß meine israelischen Freunde kaum Mitleid mit den von Vernichtung und Zerstörung betroffenen Palästinensern empfinden. Sie sind der irreführenden Apartheits- und Großisrael-Politik der Netanjahu-Regierung, wenn auch nicht vollständig, so doch auf den Leim gegangen.

Gerhard Giese, Strausberg

Gleich und gleich – zwei völlig verschiedene Dinge

Das Assad-Regime ist gestürzt und Israel macht sich über Syrien her, obwohl noch gar keine neue Regierung vorhanden ist. Aber vielleicht gerade deshalb ist es günstig vorzusorgen. Damit auf gar keinen Fall irgendwie die Möglichkeit entstehen könnte, daß der neu entstehende Staat Israel etwas

antun könnte, wird in Syrien alles platt geschossen, sogar die ganze Infrastruktur des schon geschundenen Landes. Zivilschäden sind Kollateralschäden. Israel beruft sich auf Art. 51 der UN-Charta, der Westen sagt dazu kein Wort und akzeptiert das natürlich, „Israel hat das Recht zur Selbstverteidigung“. Das sind noch nicht einmal Kampfhandlungen, denn ein Gegner ist nicht vorhanden. Daß im Gazastreifen weit über 40 000 Palästinenser getötet worden sind, ist okay, wenn es der Sicherheit Israels dient? Wenn Putin für die Sicherheit seines Landes sorgt, dann ist er der größte Verbrecher aller Zeiten. Der Westen hat ihm Sicherheitsgarantien verweigert und das Recht auf Selbstverteidigung abgesprochen. Dazu wird ihm die Berufung auf Artikel 51 der UN-Charta verwehrt, denn nach Ansicht des Westens hat Rußland kein Recht auf Sicherheit. Daß der Unsicherheitsfaktor die Ukraine ist, wird öffentlich unter den Teppich gekehrt. Welche Verbrechen die Kiewer Regierung an den russischen Ethnien, vor allem in der Südost-Ukraine, begangen hat, ist in den Mainstream-Medien auch kein Thema. Von Rußland geht ja Gefahr für den kompletten Westen aus, man unterstellt ihm, er wolle sich nicht nur die Ukraine einverleiben, sondern ganz Westeuropa incl. des Baltikums annectieren. Hat der Westen dafür auch nur einen absolut belastbaren Beweis? Nein, den gibt es nicht, aber es ist hinreichend bekannt, wie die US-amerikanische Geostrategie in dieser Richtung aussieht. Und man braucht ja ein festes Feindbild, damit die Rüstungsindustrie gefüttert werden kann. Wie dringend werden diese vom Staat vertanen Gelder in anderen gesellschaftlichen Bereichen gebraucht! Aber wer „kriegsfähig“ gemacht werden soll, muß den Gürtel natürlich enger schnallen und dem muß eine Bedrohung aus dem Osten in allen Medien immer wieder eindringlich dargestellt werden. Wie ist es dann zu erklären, daß sich viele Staaten der BRICS-Gruppe zuwenden, wenn Putin aus westlicher Sicht eine solche nicht berechenbare Gefahr darstellt? Aber der Westen hat eben seine eigene Sichtweise. Sie und nicht Putin ist es, die ihn unberechenbar machen. Es ist zu hoffen, daß die Menschen der westlichen Hemisphäre einen Blick dafür bekommen, wie sie hinters Licht geführt werden.

Wolfgang Mengel, Stralsund

Erinnern an Erwin Eckert

In der RF-Dezember-Ausgabe erschien der Beitrag „genosse Pfarrer“ von Dr. Ralf Hohmann. Dazu möchte ich ergänzen, daß Erwin Eckert (1893–1972) auch dem westdeutschen Friedenskomitee angehörte. Das bereits 1952 beim BGH eingeleitete Ermittlungsverfahren dauerte drei Jahre bis zum Beginn der Voruntersuchungen, die dann 1957 abgeschlossen waren. Ein Jahr später erhob der Generalbundesanwalt Anklage gegen mehrere Mitglieder des Komitees, darunter Erwin Eckert, wegen angeblicher Tätigkeit „gegen die verfassungsmäßige Ordnung“ und weil sie als „Rädelführer“ eine Vereinigung gegründet hätten, die strafbare Handlungen begehen wolle. Hinter alledem steckte die Argumentation, das Friedenskomitee sei von der KPD bzw. der SED

abhängig. Ab 10. November 1959 bis 8. April 1960 wurde vor dem Landgericht Düsseldorf verhandelt. Eckert erhielt eine Haftstrafe von neun Monaten, deren Vollstreckung der Bewährung ausgesetzt wurde. Alle Bemühungen der Verteidigung stießen beim Gericht auf taube Ohren. Das Ergebnis schien vorprogrammiert. Das gegen die Entscheidung eingelegte Rechtsmittel blieb erfolglos. So wurde in der BRD versucht, den Kampf für den Frieden zu kriminalisieren.

Ralph Dobrawa, Gotha

Kleine Ergänzung

Im Beitrag „Regierungswechsel in Indonesien (Teil 1)“ von KLJ in der November-Ausgabe 2024 ist vom „Vorfall im Golf von Tongkin“ 1964 die Rede. Dazu möchte ich präzisieren, daß dieser „Vorfall“ eine Erfindung ist, um das direkte militärische Eingreifen der USA in den Vietnamkrieg, insbesondere die Bombardierung von Hanoi, zu „begründen“. Siehe dazu WIKIPEDIA: „Seit den 1980er Jahren ist erwiesen, daß am 4. August 1964 kein Torpedoangriff auf die US-Kriegsschiffe erfolgt ist. Die Pentagon-Papiere (erschienen 1971) und die Memoiren von Robert McNamara (1995) belegen, daß die US-Regierung die Vorfälle durch bewußte Falschdarstellung zur Durchsetzung ihres seit 1963 geplanten direkten Kriegseintritts benutzte.“

Otto Pfeiffer, Berlin

Wer soll das bezahlen?

Als in Wismar die neue Werft eröffnet wurde, gaben sich viele Politiker die Klinke in die Hand. Es gab auch einen Besichtigungstag fürs Volk. Zu bestaunen war eine neue moderne Werft. Die alte Schiffsbauhalle gibt es noch. Sie wirkt wie ein kleiner Schuppen. In der neuen Halle können zwei Schiffe parallel gebaut werden, der Portalkran kann 800 t heben, vorgefertigte Segmente können seeseitig angeliefert werden, alles Superlative. Als ich jemandem, der selbst zur See gefahren war, davon erzählte, sagte dieser nur: „Wer braucht so viele Schiffe?“ Wettbewerbsfähig wurde der deutsche Schiffbau nicht. Der Bremer „Vulkan“ hatte in den 90er Jahren eine Milliarde DM im Cashmanagement verschwinden lassen. 2024 meldete die deutsche Autoindustrie Krise. Diese Krise wirkt sich auf die gesamte Wirtschaft aus. Die Autoindustrie stottert schon seit 2019. Trotzdem wurde Tesla genehmigt und mit mehr als einer Milliarde Euro Fördermittel gebaut. Nun frage ich: Wer braucht so viele Autos? Als die Ära Merkel zu Ende ging, wurde bekannt, daß in dieser Zeit 61 neue Staatssekretäre eingestellt wurden. Was keiner erwähnt, ist, daß die Verwaltungen überall um mindestens 20 % mehr Personal aufgestockt wurden. Wer kann so viele Kontrolleure und Posteninhaber bezahlen? Die bundesdeutsche Staatsverschuldung ist derzeit kräftig angestiegen. Seit meiner Kindheit ist sie je Bürger unermesslich gewachsen. Wer kann so viele Schulden zurückerzahlen?

Reinhard Albrecht, Mirow



Monat für Monat: Ehrenamtliche Helfer beim „Eintüten“ des „RotFuchs“

Foto: Bernd Mewes

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e. V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
Bruni Steiniger

Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Tel. 0157 - 524 461 43
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout: Hinkelsteindruck, soz. GmbH

Herstellung: Druckerei Gottschalk

Internet: www.rotfuchs.net

Redaktionsschluß für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.

ISSN (Print) 2628-7900
ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin
Dr. Martin Baraki
Ralph Dobrawa
Dr. Peter Elz
Peter Franz
Dr. h.c. Gerhard Giese
Georges Hallermayer
Wolfgang Herrmann (Dreesch)
Dr. Ralf Hohmann
Lutz Jahoda
Rico Jalowietzki

Uli Jeschke

Dr. Hans-Jürgen Joseph

Prof. Dr. Anton Latzo

Dr. Holger Michael

Horst Neumann

Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Wien)

Hans Schoenefeldt

Johann Weber

Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)

Künstlerische Mitarbeit:

Renate Aulfes
Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
12504 Berlin, Tel. 030 - 983 898 30
vertrieb@rotfuchs.net

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030 - 241 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen:

Gabriele Parakeninks
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Mail: parakeninks@rotfuchs.net
Tel. 0151/68 51 51 56

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
BIC: BELADEBEXXXc

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.